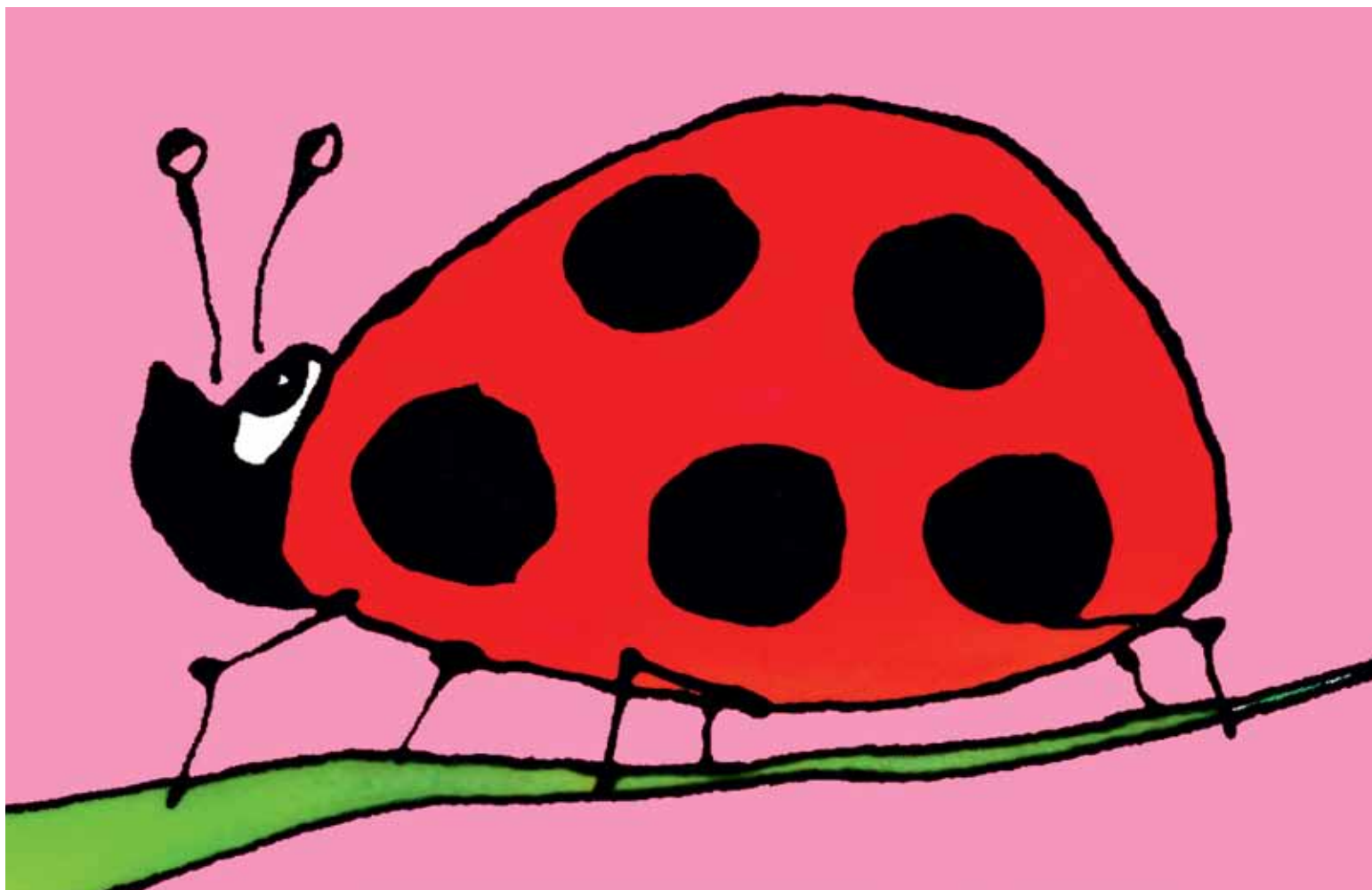


Der Chorsänger: Urs Paul Engeler über den designierten FDP-Chef

Nummer 15 – 12. April 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.40

DIE WELTWOCHEN



Warum Optimisten recht haben

Noch nie ging es so vielen Menschen objektiv so gut wie heute. *Von Peter Keller*

Die Roma-Debatte

Mit Klagen und Denkverboten ist den Misständen nicht beizukommen.
Von Philipp Gut und Kari Kälin

Verfolgung auf der «Titanic»

Wie der Präsident des Bankvereins auf dem Unglücksdampfer
einem Arboner Pleitier hinterherjagte. *Von Rico Bandle*



STARKE ZEICHEN SETZT MAN HEUTE LEISE.



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH

TOYOTA Hybrid.



Yaris Hybrid
Energieeffizienz: A**
CO₂-Emissionen: 79 g/km**
Erhältlich ab Juni 2012

Auris Hybrid
Energieeffizienz: A
CO₂-Emissionen: 89 g/km
Ab Fr. 30'900.– inkl. Cash Bonus*

Prius
Energieeffizienz: A
CO₂-Emissionen: 89 g/km
Ab Fr. 35'900.– inkl. Cash Bonus*



Prius* Wagon
Energieeffizienz: A**
CO₂-Emissionen: 96 g/km**
Erhältlich ab Juni 2012
Ab Fr. 40'500.– inkl. Cash Bonus*

Prius Plug-in Hybrid
Hybrid mit höherer
Batterieleistung
Energieeffizienz: A**
CO₂-Emissionen: 49 g/km**
Erhältlich ab August 2012



toyota-hybrid.ch

* Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug des Cash Bonus, inkl. MwSt. **Yaris Hybrid** 1,5 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 74 kW (100 PS), 5-Türer, Preise zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt. **Auris Hybrid** Luna 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 34'400.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.– = Fr. 30'900.–. **Prius** Luna 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 38'900.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'000.– = Fr. 35'900.–. **Prius* Wagon** 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), Fr. 44'200.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'700.– = Fr. 40'500.–. **Prius Plug-in Hybrid** 1,8 VVT-i Plug-in Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Preise zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt. Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 159 g/km. Diese Angebote sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung bis 30.06.2012 oder bis auf Widerruf. Für Prius* Wagon gilt Vertragsabschluss bis 30.06.2012; nur bei den teilnehmenden Toyota Partnern.

** Provisorische Werte. Die tatsächlichen Homologationsdaten können von diesen Werten abweichen.

Intern

Ist die Schweiz nicht beneidenswert? Sie legt sich eine freiwillige Beschränkung von Zweitwohnungen auf und diskutiert seit Monaten darüber, ob sie überhaupt eine funktionstüchtige Flugwaffe haben soll oder nicht. Luxusprobleme. So viel Wohlstand und Frieden war nie. Nicht nur in Europa, auf der ganzen Welt. Leider hat der Optimismus einen schlechten Ruf – und der Fortschritt offenbar die falschen Eltern: Globalisierung, freier Handel, der Kapitalismus haben wesentlich dafür gesorgt, dass es mehr Menschen gutgeht als je zuvor in der Geschichte. Peter Keller hat die erfreulichen Zahlen und Fakten recherchiert. **Seite 24**



Wohlstand und Frieden: Besucher in St. Moritz.

Einst war die Ostschweizer Stickerei-Industrie die wichtigste Exportbranche der Schweiz. Eine schillernde Figur jener Epoche ist Arnold Baruch Heine, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der in Arbon die zweitgrösste Stickerei der Welt aufbaute, bevor sie jäh zugrunde ging. Rico Bandle ist in Arbon aufgewachsen und hat schon als Kind die spektakuläre Geschichte vom «Stickereikönig von Arbon» gehört: Im Frühjahr 1912 flüchtete er vor seinen Gläubigern per Schnellboot über den Bodensee und dann per Dampfschiff in die USA. Zwei prominente Schweizer Wirtschaftsvertreter, darunter der Verwaltungsratspräsident des Bankvereins, verfolgten ihn – ausgerechnet auf der «Titanic». Was geschah zwischen Arbon und New York? **Seite 48**

Im Wochentakt stiften Meldungen zum Kampfjet-Kauf Verwirrung. Letzte Woche wurde bekannt, dass die erste Staffel der modernen

Gripen E/F statt wie geplant 2015 frühestens 2020 bereit sein wird. Urs Gehrig hat den langjährigen Chef-Testpiloten Res Schmid getroffen, der in der Evaluation sämtliche Kampfjets geprüft hat. Schmid stellt sich hinter den Gripen-Entscheid. Sollte sich die Auslieferung verzögern, drohe allerdings eine Sicherheitslücke. In diesem Fall müssten die Schweden den Schweizern mit Flugzeugen



Schwedische Kampfjets: Gripen-Kenner Schmid.

aus ihrer eigenen Staffel aushelfen, fordert Schmid. Einen Alleingang bei der Entwicklung sieht er als wenig sinnvoll an. Dadurch würden die Schweizer zu Versuchskaninchen. **Seite 38**

Er gilt als berühmtester Häftling Russlands. Im Oktober 2003 wurde der Chef des Ölkonzerns Yukos, Michail Chodorkowski, in einem kafkaesken Prozess verurteilt. Man sagte ihm, Präsident Putin habe beschlossen, er solle acht Jahre lang «die Schleimsuppe» der Gefängnisse «löffeln». Letzte Woche lehnte Präsident Medwedew eine Begnadigung ab, Chodorkowski bleibt vier weitere Jahre hinter Gittern. Die *Weltwoche* druckt einen Essay des Kreml-Kritikers, in dem er seine Eindrücke des Lagerlebens schildert. **Seite 46**

Eine Meldung in eigener Sache: Die *Weltwoche* investiert weiter in die Redaktion. Lucien Scherrer verstärkt ab sofort unser Inland- und Recherche-Team. Der 1978 geborene Journalist studierte Geschichte, Medien- und Politikwissenschaft an der Uni Bern. Seine Lizentiatsarbeit schrieb er über die internationalen Kontakte linksextremer Schweizer Organisationen. Zuletzt arbeitete er für die *Zürichsee-Zeitung*. Wir begrüssen den neuen Kollegen herzlich und wünschen ihm viel Erfolg. *Ihre Weltwoche*

Die Weltwoche sucht ab August 2012 oder nach Vereinbarung eine/-n

Leiter/-in Werbemarkt (100%)

Sie sind ein ausgewiesener Verkaufsprofi, kennen die schweizerische Medien- und insbesondere die Printmedienbranche und weisen eine entsprechend erfolgreiche Karriere im Werbemarkt/-verkauf vor. Sie haben exzellente persönliche Kontakte zu Kunden wie Agenturen aller Entscheidungsstufen, sind verhandlungs- und abschlussicher, stark dienstleistungsorientiert und bauen Ihren Kundenstamm aktiv, strukturiert und sehr zielstrebig aus. Sie sind es gewohnt, Umsatz- und Budgetverantwortung zu übernehmen, Verkaufsstrategien zu entwickeln, und Sie haben Erfahrung in der Führung eines kleinen Teams.

Um diese anspruchsvolle Funktion erfolgreich wahrnehmen zu können, verfügen Sie über eine kaufmännische oder gleichwertige Ausbildung (eid. Fachausweis). Mehrjährige Berufserfahrung im Verlagsbereich ist unerlässlich. Sie sind zwischen 28 und 45 Jahre alt, kommunikativ, belastbar, initiativ und selbständig, haben eine kreative Ader, gehen offen auf Menschen zu, übernehmen gerne Verantwortung, und Sie sind humorvoll. Selbstverständlich sind Sie langjährige/-r Weltwoche-Leser/-in, Sie kennen das Produkt.

Kurz: Wir suchen eine engagierte und aufgestellte Person mit viel gesundem Menschenverstand und offerieren eine vielseitige Tätigkeit in einem kleinen, eng vernetzten und unkomplizierten Verlagsteam. Arbeitsort ist Zürich, Arbeitsbeginn August oder nach Vereinbarung.

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige, schriftliche Bewerbung inklusive Foto:

Weltwoche Verlags AG
Human Resources / Corinne Müller
Förlibuckstrasse 70
Postfach
8021 Zürich

E-Mail: stellen@weltwoche.ch

DIE WELTWOCH

Italien hat auch Monumente, die nicht aus Marmor sind.



SÜDTIROL
bewegt



Vor Jahrmillionen vom Meer umspült, erheben sich in der nördlichsten Provinz Italiens Dolomitengipfel* wie die drei Zinnen über 3000 m in die Höhe. Sie stehen für eine lange Geschichte alpiner und mediterraner Einflüsse, welche Landschaft, Kultur und Menschen Südtirols so typisch macht.

* Die Dolomiten gehören seit 2009 zum UNESCO-Weltnaturerbe.

Mehr übers Südtirol erfahren Sie unter www.suedtirolmagazin.ch

Roma

Darf eine Zeitung Realitäten abbilden, die mit Tabus behaftet sind? Deutsche Gründlichkeit und Schweizer Skepsis.

Von Roger Köppel

Die letzte Titelgeschichte über die steigende Kriminalität von Roma-Banden in der Schweiz und den Missbrauch von Roma-Kindern für Verbrechen und Prostitution hat massive Diskussionen und Kritik ausgelöst. Aus Deutschland und Österreich trafen Klagen ein. Einzelne Kläger klagten erklärermassen, ohne den Artikel gelesen zu haben. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma möchte gar ein Vertriebsverbot der *Weltwoche* in Deutschland verfügen. Wir luden die Kläger ein, ihre Argumente in der aktuellen Ausgabe darzulegen, doch die Kritiker lehnten ab. Stattdessen soll die *Weltwoche* juristisch belangt werden.

Die Vorgänge werfen grundsätzliche Fragen auf: Wie weit darf eine Zeitung unerfreuliche, mit Tabus behaftete Realitäten abbilden? Wie weit ist es erlaubt, politisch unkorrekte oder politisch unerwünschte Missstände aufzudecken? Es ist eine Tatsache, dass die Roma-Kriminalität in der Schweiz auf einem hohen Niveau weiter stark zunimmt. Es ist zudem eine Tatsache, dass für die kriminellen Aktivitäten gezielt Roma-Kinder missbraucht werden. Darüber berichtete differenziert auf mehreren Seiten die letzte *Weltwoche*. Man kommt diesen Problemen nicht durch Klagen und Maulkörbe gegen Journalisten bei.

Es heisst, die Darstellung solcher Missstände sei «rassistisch». Diesen Vorwurf weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Rassismus entsteht dort, wo die negativen Begleiterscheinungen von Migration tabuisiert und verschwiegen werden. Es muss gestattet sein, die Abgründe des freien Personenverkehrs in Europa auszuleuchten. Die Schweiz ist beileibe nicht das einzige Land, das unter den Roma-Banden leidet. Die gereizte bis hysterische Reaktion auf unseren Artikel beweist allerdings, dass man die offene Diskussion darüber scheut und verhindern will. Die *Weltwoche* wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass echte Missstände ans Licht kommen, damit sie diskutiert und schliesslich behoben werden können.

Der Schriftsteller George Bernard Shaw erkannte die Schattenseiten der deutschen Gründlichkeit, die in Kultur und Wissenschaft glanzvolle Leistungen hervorbrachte, in der Politik allerdings Unverträglichkeiten und Katastrophen produzierte: «Die Deutschen



Weltmeister des Entgegenkommens.

haben grosse Vorzüge, aber auch eine gefährliche Schwäche: die Besessenheit, jede gute Sache so weit zu treiben, bis eine böse Sache daraus geworden ist.»

Der Satz stimmt. Er gilt noch heute. Die Deutschen sind keine Skeptiker, die sich mit dem Zweifel zufriedengeben, sondern Leute, die den Dingen bis zur letzten Gewissheit auf den Grund gehen wollen. Ambivalenz, Unschärfe verunsichert sie. Eine vage Ahnung des Richtigen genügt ihnen nicht. «Was immer der Deutsche ergreift, dessen bemächtigt er sich bis in die letzten Intensitäten hinein», schrieb der Mediziner und Politiker Willy Hellpach in seinem lesenswerten Klassiker «Der deutsche Charakter» von 1954.

Die deutsche Gründlichkeit läuft logisch auf politische Intoleranz hinaus. Der Gründliche duldet keinen Widerspruch, weil es keinen Widerspruch geben kann, wenn eine Sache ergründet worden ist. Hat der Gründliche den letzten Grund einmal erreicht, kann nur einer vollständig recht und können nicht mehrere teilweise recht haben. Der Gründliche geht davon aus, dass alle Menschen, hätten sie die Dinge so durchschaut wie er, nach den gleichen Vorstellungen leben würden. Andere Lebensweisen irritieren ihn, weil sie ihm als Ausdruck schlechter Moral oder mangelnder Intelligenz erscheinen. Kompromisse kommen vor, aber eigentlich streben die Gründlichen die Schönheit vollkommener Konzepte und absoluter Begriffe an (Gerechtigkeit, Moral, Gemeinschaft, Solidarität).

Aus dem Gesagten wird klar, warum die Schweizer im Steuerstreit mit den Deutschen scheitern mussten. Die Schweizer sind sorgfältig, aber nicht gründlich. Es fehlt ihnen die Fähigkeit zur dogmatischen Intoleranz, zur moralischen Absolutsetzung des eigenen Standpunkts. Die Schweizer sind Skeptiker, Pragmatiker und deshalb Weltmeister des Entgegenkommens. Politisch sind sie auf Kompromiss programmiert, und eine ihrer grössten Schwächen besteht darin, dass sie auf die gleiche Nachgiebigkeit hoffen, die sie selber in Konflikten so freigiebig offerieren.

Für die Deutschen war von Anfang klar, dass sie im Steuerstreit ihre eigenen, aus ihrer Sicht objektiv richtigen Vorstellungen durchsetzen werden. Die Schweizer hingegen traten mit dem schlechten Gewissen des ehrlichen Zweiflers in den Ring, der von Geburt an gewohnt ist, dem Hausfrieden zuliebe der anderen Seite recht zu geben.

Um fair zu bleiben, muss man sich die Frage stellen, wie die skeptischen Schweizer den gründlichen Deutschen erfolgreicher hätten begegnen können. Die Antwort ist einfach. Unsere Rettung und die unserer Politiker ist die direkte Demokratie. Was heute auf oberster Stufe verhandelt wurde, kann morgen an den Urnen wieder versenkt werden. Das ist die grosse Stärke der Schweiz. Das Wohl des Landes hängt dank der direkten Demokratie zu einem geringeren Teil von der Qualität der jeweils amtierenden Politiker ab. Das System kommt ohne Helden aus.

Wie soll sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) angesichts des steten Aufwertungsdrucks auf den Franken verhalten? Noch verteidigt sie eisern die Euro-Untergrenze bei 1.20. Linke Politiker und auch Industrieverbände wollen der Notenbank eine weitere Schwächung des Frankens zumuten. Es wäre das falsche Ziel. Kürzlich hielt der renommierte Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann an einem Anlass der Luzerner Privatbank Reimuth & Co einen interessanten Vortrag. Er zeigte sich am Schluss etwas verwundert und auch ehrlich ratlos, wie sich die SNB angesichts des bei 1.20 «festklebenden» Kurses verhalten möge. Anders als Ende der siebziger Jahre, als die Nationalbank gegenüber der D-Mark eine Untergrenze fixierte, ehe die Mark wieder zulegte, bleibt der Euro schwach.

Guter Rat ist teuer, aber eines ist sicher. Der Aufwertungsdruck auf den Franken bleibt, und irgendwann muss die Schweiz im Währungsbereich zur freien Preisbildung zurückkehren. Eine sprunghafte Aufwertung des Frankens hätte in der Exportindustrie einen hohen Blutzoll gefordert. Auf langsame oder gestufte Aufwertungen können sich die Unternehmen jedoch einstellen. Der Frankenkurs kann nicht auf ewig fixiert und politisch ferngesteuert werden.



Schauplatz: Untergang der «Titanic». Seite 48



Ja zum Gripen: Testpilot Schmid (r.). Seite 38



Alles wird gut: glückliche Zeiten. Seite 24



Albtraum: Häftling Chodorkowski. Seite 46

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 **Kommentar** Das hohle Drei-Finger-Ritual

11 **Im Auge** Dietrich Mateschitz, Verkaufsgenie

12 **Justiz** Jeder sein eigener Strafrichter

13 **Personenkontrolle** Gehrig, Grunder, Frehner, Scholl, Jordan, Bäumle

13 **Nachruf** Mike Wallace, Journalist

14 Die Roma-Debatte

Mit Denkverboten ist den Missständen nicht beizukommen

16 **Rassismus-Kommission** Kritik am *Weltwoche*-Titelbild

18 **Die Deutschen** «Amateur Night»

18 **Wirtschaft** Verbote machen erfinderisch

19 **Ausland** Anti-Sarko-Stimmung

20 **Mörgeli** Brandbeschleuniger auf Wallfahrt

20 **Bodenmann** Grünes Licht von Schäuble

21 **Medien** Der Pakethändler

21 **Kostenkontrolle** 12 000 Franken für Klima-Landsgemeinde

22 **Leserbriefe** / Darf man das?

Hintergrund

24 Warum Optimisten recht haben

Noch nie ging es so vielen Menschen so gut wie heute

28 Einst Klartextredner, heute Chorsänger

Der Wandel des designierten FDP-Präsidenten Philipp Müller

30 Nur Vorteile für Deutschland

Die Schweiz zieht beim Steuerabkommen den Kürzeren

31 Schattenwirtschaft Die dunkle Seite der Deutschen

32 Schweizer Trumpf an der Grenze

Grenzhandelszonen würden neue Chancen eröffnen

34 Invalidenrente Falsche Anreize für alleinerziehende Frauen

35 Verbrechen Prozess im Fall Paul Baltensperger

36 Die Schattenseiten des Sonnenstroms

Fotovoltaik-Strom belastet die Umwelt mehr als Atomstrom

38 «Die Schweden sind gefordert»

Ex-Chef-Testpilot Res Schmid steht hinter dem Gripen

40 Der Präsident

Andreas Schmid hat sich ein besonderes Jobprofil erarbeitet

44 Politik Ist das Alter Vorteil oder Nachteil?

45 Essay Mit Friedrich August von Hayek aus der Krise

46 Aus dem Lager

Michail Chodorkowski über das Leben als Strafgefangener

48 Verfolgung auf der «Titanic»

Das Drama um den Arboner Stickerei-König Arnold B. Heine

52 Wenn Väter stören

Soll der Mann bei der Geburt seines Kindes dabei sein?



"WER EIN RENNFLUGZEUG MIT EINEM 3200-PS-MOTOR STEUERT, BENÖTIGT DIE ÜBERLEGENE PERFORMANCE DES **WELTBESTEN CHRONOGRAFEN.**"



Als der junge Thom Richard in die USA kam, hatte er einige Dollars in der Tasche und nur einen Traum: fliegen. Heute, nach über 9000 Flugstunden auf seinem Konto, lebt der versierte Pilot seine Leidenschaft voll aus und nimmt namentlich an den berühmten Wettkämpfen von Reno teil, am Steuer der «Precious Metal», dem mythischsten Rennflugzeug. Nun peilt er einen Sieg in Reno und den Geschwindigkeitsweltrekord an. An seinem Handgelenk trägt er das ultrarobuste und ultrazuverlässige Instrument Chronomat, in dem ein Hochleistungsmotor tickt, ein hundertprozentiges Breitling Werk. Für Thom Richard ganz einfach der weltbeste Chronograf.

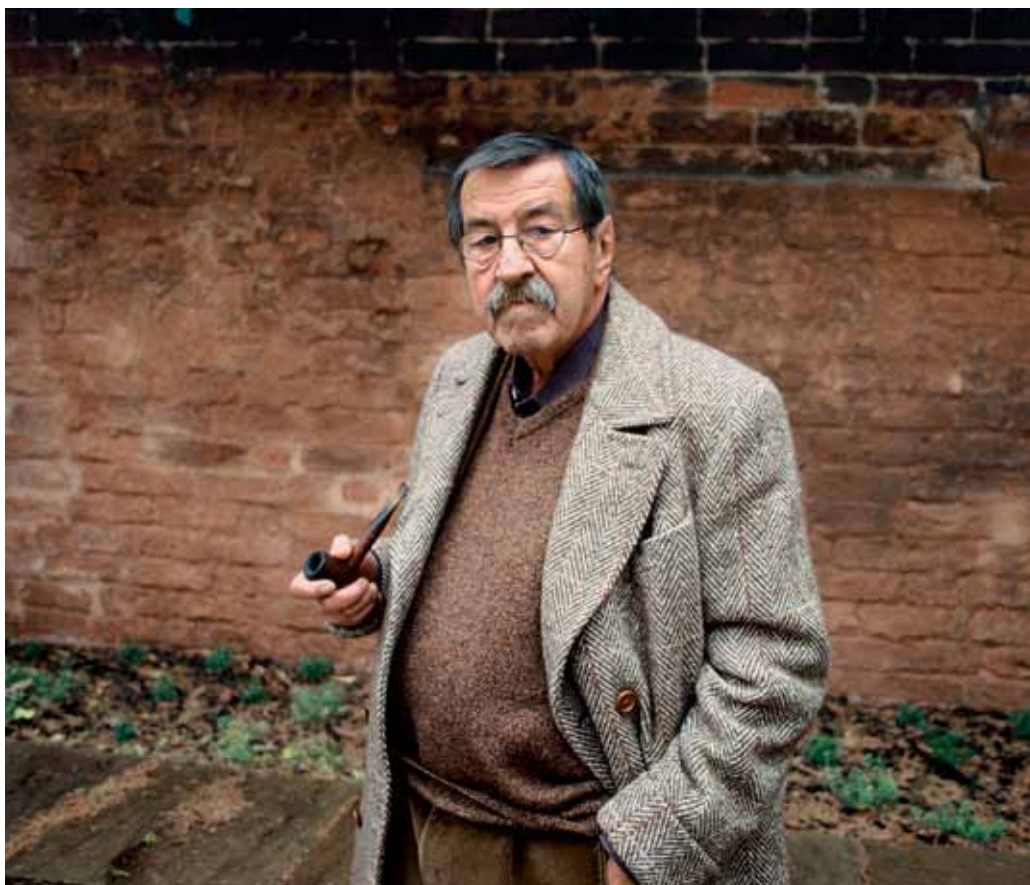
5-JÄHRIGE BREITLING GARANTIE CHF 8'690.- unverbindlicher Richtpreis


LES AMBASSADEURS
THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH +41 44 227 17 17



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



Intellektuelle Pose: Literaturnobelpreisträger und Israel-Kritiker Günter Grass. Seite 56

Debatte

56 Das Blech und sein Trommler

Im Gedicht «Was gesagt werden muss» beschuldigt Literaturnobelpreisträger Günter Grass den Staat Israel, mit seiner Iran-Politik den Weltfrieden zu gefährden. Der Schriftsteller Charles Lewinsky über Grass' Denkfehler

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Nicole Kidman, SchauspielerIn

56 Bestseller

57 Jazz Claudio Puntin & Gerdur Gunnarsdottir Streichquartett

58 Top 10

58 Kino «The Lady»

59 Fernseh-Kritik Glückskinder

60 Namen Liebesgrüsse aus Moskau

61 MvH Mein Garten

61 Gesellschaft Fellpflege

62 Wein Vallocaia Toscana 2007

62 Die Besten Es duftet nach Sommer

63 Thiel Der Preis der Überwachung

65 Auto Mercedes-Benz ML 350 Bluetec 4Matic

66 Hochzeit Nicole Gyurkovits und Juma Mtawa (Teil 2)

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 218.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Kari Kälin, Peter Keller, Andreas Kunz,

Christoph Landolt, Daniela Niederberger,

Alex Reichmuth, Lucien Scherrer,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Florian Schwab,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Pearlie Frisch (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Geschäftsführer: Sandro Rüeegger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





IHR VOLVO XC60
**JETZT MIT 21%
EURO-VORTEIL**



**ANGEBOT GÜLTIG AUF ALLE
VOLVO MODELLE**

**LEASING
3,9%**

5 JAHRE GARANTIE  150 000 KM SERVICE  VOLVO ASSISTANCE

VOLVOCARS.CH

Leasing Volvo Car Financial Services (BANK-now AG): Volvo XC60 D3 AWD Geartronic Kinetic 163 PS/120 kW. Katalogpreis CHF 59 500.-, Monatsrate CHF 618.-, 1. grosse Leasingrate 20%, Laufzeit 48 Monate, 10 000 km/Jahr. Zins nominal 3,9%, Zins effektiv 3,97%. Restwert gemäss Richtlinien von Volvo Car Financial Services (BANK-now AG). Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt (Art. 3 UWG). Angebot gültig bis auf Widerruf. Treibstoff-Normverbrauch gesamt (nach Richtlinie 1999/100/EU): 6,8 l/100 km. CO₂-Emissionen: 179 g/km (159 g/km; Durchschnitt aller verkauften Neuwagen-Modelle). Energieeffizienz-Kategorie: C. Volvo Swiss Premium* Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte). Nur bei teilnehmenden Vertretern. Abgebildetes Modell enthält ggf. Optionen gegen Aufpreis. Berechnungsbeispiel für Kundenvorteil 21%: Katalogpreis CHF 59 500.- - 17% Preisvorteil CHF 10 115.- + Wert Volvo Swiss Premium* CHF 2380.- (4%) = Kundenvorteil CHF 12 495.- (21%). Nur in Kombination mit den Paketen Business Professional Pack (CHF 2500.-), Winter Pack (CHF 700.-) und Security Pack (CHF 1600.-).

Bis Konstrukteur und Designer Johann Munz aus einem Klassiker einen modernen Klassiker gemacht hatte, wollte er nicht ruhen.



Warum sollte Ihr Berater ebenso auf *Details* achten wie der Schweizer Designer Johann Munz?

Die SIGG-Trinkflaschen waren schon immer beliebt.

Aber erst als Johann Munz ihr Design mit dem genial einfachen Ringverschluss perfektionierte, wurden sie endgültig zum Kultobjekt.

Dieses Streben nach ständiger Weiterentwicklung sollten Sie auch von Ihrem Berater erwarten können.

Darum unterstützen und beraten wir Sie ebenso unermüdlich und engagiert in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten.

Und bis Sie davon überzeugt sind, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Das hohle Drei-Finger-Ritual

Von Urs Paul Engeler — Im (Zweifels-)Falle der Immunität von Christoph Blocher wird der Tag der Vereidigung zum absoluten Massstab erklärt. Das widerspricht der Verfassung.



Geringe symbolischer Bedeutung: Vereidigung der Parlamentarier am 5. Dezember 2011.

Als in der «Arena» Christoph Blochers Immunität diskutiert wurde, bediente der Moderator die anwesenden Nicht-SVP-Nationalräte reihum mit der identischen Suggestivfrage: «Ab wann genau haben Sie sich als Nationalrat/Nationalrätin gefühlt?» Reflexartig und wie gewünscht reagierten sie alle mit dem Sätzchen: «Nach der Vereidigung.»

Um Christoph Blochers Treffen mit den Sarasin-Informanten vom 3. Dezember 2011 zu kriminalisieren, wird der Tag der Vereidigung im Nationalratssaal, also der 5. Dezember, zum Beginn der parlamentarischen Immunität erklärt. Das Argument hat scheinbar etwas für sich: Wer den Eid oder das Gelübde verweigert, muss gemäss Artikel 3 des Gesetzes über die Bundesversammlung auf sein Amt verzichten. Ob indes der feierliche Schwur auf den Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze tatsächlich der verbindliche Anfang der parlamentarischen Würde und Tätigkeit ist, steht in keinem Erlass. Politisch ist die Geltung der Vereidigung unklar, juristisch hat sie keine Bedeutung. Weder besondere Rechte noch Rechtsverpflichtungen sind daraus abzuleiten. Das betonen auch Leute, die am Drei-Finger-Schauspiel festhalten möchten.

Für den Genfer alt Nationalrat Jean Ziegler (SP), als Buchautor selbst wiederholt in Rechtschändel verstrickt, sind diese terminlichen Be-

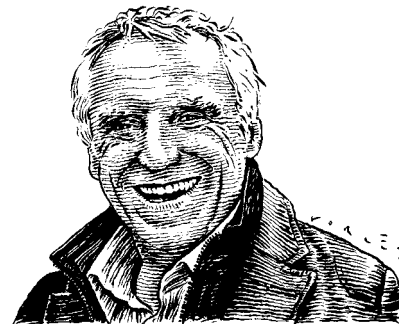
gründungen für die Strafverfolgung Blochers auf jeden Fall reine «Spitzfindigkeiten», wie er in der *Schweizer Illustrierten* ausführte: Der SVP-Mann «war gewählt und hatte das Mandat vom Volk. Ob er vereidigt war oder nicht, ist absolut sekundär.»

Basel will kein Gelübde

In der Tat wird im Falle Blochers ein Ritual mit geringer symbolischer Bedeutung und etwas Tradition zum absoluten Massstab stilisiert. Wie schwach das Argument gestützt ist, zeigt bereits der Blick in die Kantone, die den alten Brauch sehr unterschiedlich pflegen. Am feierlichsten organisieren die Staatsverehrer der Waadt die Zeremonie, indem sie das Parlament in die Lausanner Kathedrale pilgern lassen, wo der Rat im Chor die Eidesformel zu bezeugen hat. Den längsten Text haben die gewählten Genfer nachzubeten. Die Deputierten müssen fast alles Wünsch- und Denkbare beschwören, von der höchsten Gewalt des Volkes über die Interessen der Eidgenossenschaft und jenen der Republik Genf bis hin zur Vermeidung von Indiskretionen. Die Aargauer geloben gottlos, dafür politisch korrekt, ihre «Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen» und die Wohlfahrt des Kantons und des Bundes zu fördern,

»» Fortsetzung auf Seite 12

Bullenkampf



Dietrich Mateschitz, Verkaufsgenie

Auf das Rezept, wie man Geld macht, stiess der damalige Zahnpasta-Marketingmann Dietrich Mateschitz, als er vor dreissig Jahren in einem Wirtschaftsmagazin die Rangliste der vermögendsten Japaner entdeckte. An der Spitze stand kein Autogigant, sondern der Softdrinkhersteller Taisho. Das Geheimnis seines eigenen Reichtums besteht aus einem Viertelliter Wasser, viel Zucker, Koffein, Vitaminzugaben sowie einem Gramm Taurin, aufgelöster Stiergalle, einer Substanz, die auch in der Muttermilch vorkommt und dem Konsumenten etwas Verrucht-Wirkungsvolles verheisst.

Eine Dose des Energydrinks Red Bull hat etwa die aufputschende Wirkung einer Tasse Kaffee und kostet vier- bis sechsmal so viel wie andere Softdrinks. Die Mixtur übernahm der Österreicher von seinem thailändischen Geschäftspartner Chaleo Yoovidhya, der bereits einen solchen Muntermacher unter dem Namen Krating Daeng (Roter Stier) unter die Leute brachte. Sie schlossen ein Joint Venture in Form einer gewöhnlichen GmbH, mit dem Logo der zwei gegeneinander kämpfenden Bullen.

Dietrich Mateschitz, heute 68, der als Alleinherrscher und Zampano des Bullenstalls wahrgenommen wird, besitzt 49 Prozent wie sein Thai-Partner, und mit 2 Prozent bildete Chaleos Sohn Chalerm Yoovidhya das Zünglein an der Waage. Vor drei Wochen starb der Patriarch und Mitgründer im Alter von 89 Jahren und hinterliess insgesamt elf Nachkommen, alles gutausgebildete Söhne und Töchter, die miteinander über die Mehrheit an Red Bull verfügen.

Den Erben allein gehört schon die Lizenz für China, das letzte unerschlossene Geschäftsfeld. Für Mateschitz, den «Bulldozer» (*Manager-Magazin*), der den Weltmarkt der Partyvölker und Sportfans eroberte, eine neue Situation. In der Yoovidhya-Familie regt sich Widerstand gegen das verschwenderische Marketingkonzept von der Formel 1 bis zu Extremsportarten, das mehr als einen Viertel des Umsatzes verschlingt. Der Absatzmotor von Red Bull stottert, vor allem in den USA. Sogar der Red-Bull-Pilot und zweifache Weltmeister Sebastian Vettel hat das Siegen verlernt. *Peter Hartmann*

alles nach «bestem Wissen und Gewissen». Andere sagen andere, ähnlich mühsam zwischen Nostalgie und Modernismen konstruierte Floskeln auf. Als der Thurgauer Grosse Rat kürzlich die Abschaffung des Amtseids diskutierte, hielt die Mehrheit an der Etikette fest, nicht aus Überzeugung, wie gesagt wurde, sondern als Tribut an eine schöne Tradition.

Die gewählten Frauen und Männer des Kantons Appenzell Innerrhoden hingegen verzichteten ganz auf diese Sitte, ebenso die Basel-Städter. Beide Kantone, der konservative katholische am Alpstein wie der multikulturelle am Rhein, funktionieren auch ohne Ehrenworte und Gelübde. Erst im letzten Oktober hat der Grosse Rat Basels den Vorstoss einer religiös-fundamentalistischen grünliberalen Abgeordneten verworfen, welche die «Einführung eines Gelöbnisses bei Amtsantritt» forderte. Mehr als «eine Selbstbespiegelung» sei das nicht, befand die Mehrheit.

Zwang zum Gehorsam

Aus der Bibel kann der Hang zum deklamatorischen Schwur nicht abgeleitet werden, im Gegenteil. In der Bergpredigt (Matthäus 5, 33–37) verbot Jesus seinen Jüngern gar den Eid: «Ich aber sage euch, ihr sollt überhaupt nicht schwören. [...] Vielmehr soll eure Rede sein: Ja, Ja, Nein, Nein. Was darüber hinausgeht, ist vom Bösen.» Eine durchaus moderne Lehre: Die Rede eines jeden Menschen hat wahr zu sein, und die Gesetze müssen eingehalten werden, selbstverantwortet, ohne Eid.

Tatsächlich ist der Amtseid ein Relikt des Obrigkeitsstaats, der die Gehilfen der Macht, insbesondere die Soldaten, zum Teil unter argem Zwang, zum unbedingten Gehorsam verpflichtete. Als Faustregel gilt: je bombastischer die Feier des Eides, umso autoritärer das Regime. Der Treueschwur widerspricht der offenen, demokratischen Auffassung vom Staat und ist damit mehr als «Zierrat und Arabeske», wie republikanische Kritiker spotten, sondern diene stets der Sicherung der Herrschaft.

Für die Schweiz und den aktuellen Fall des Christoph Blocher entscheidend ist der Widerspruch zwischen Verfassung und der Verpflichtung zum Eid. Laut Grundgesetz können alle Stimmberechtigten in den Nationalrat gewählt werden; das nachgelagerte Bundesgesetz hingegen schliesst Menschen, die den altertümlichen Amtseid oder das Gelübde nicht leisten wollen, von der parlamentarischen Arbeit aus (das Mandat verlieren sie nicht). Ob diese Einschränkung rechtlich korrekt ist, muss zumindest bezweifelt werden. Getestet wurde dies noch nie.

Wer sich an die Verfassung hält, die den Amtseid mit keinem Wort erwähnt, für den ist die erfolgreiche Wahl der Beginn der parlamentarischen Existenz.

Justiz

Jeder sein eigener Strafrichter

Von Alex Baur — Strafanzeigen haben Hochkonjunktur. Ob es zum Verfahren kommt, zu einer Verurteilung oder zum Freispruch, ist egal. Hauptsache, es wird darüber berichtet.

Strafanzeige gegen die Schweizer Justizministerin Simonetta Sommaruga! Vorwurf: versuchte Freiheitsberaubung, Nötigung, Beihilfe zur Steuerhinterziehung! Das klingt doch dramatisch nach Skandal. Weil es bis dahin noch keinem eingefallen war, ein derartiges Strafbegehren einzureichen, formulierte es ein Journalist der deutschen *Bild*-Zeitung Anfang Monat gleich selber – um hernach über seine eigene Strafanzeige zu berichten. Der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg doppelte nach und drohte «neue Strafanzeigen gegen Schweizer Banken» an, wie die *Basler Zeitung* berichtete. Ein Schweizer Anwalt konterte gemäss *NZZ* mit einer Strafanzeige wegen missbräuchlicher Strafanzeigen.

Strafuntersuchungen sind geheim. Doch eine Verurteilung ist selten das Ziel von Strafanzeigen, die medial angekündigt werden. Solche Rechtsbegehren haben in aller Regel nur einen Zweck: Sie sollen den (politischen) Gegner diffamieren und in den Ruch des Kriminellen rücken, ohne dass man sich einer lästigen Debatte stellen müsste. Selten fragt einer nach, ob die Staatsanwaltschaft überhaupt eine Untersuchung eröffnet hat; und wenn das Verfahren eingestellt wird, interessiert sich eh keiner mehr dafür. Strafanzeigen kosten auch nichts, jeder kann sie formulieren und einreichen. Einzige Voraussetzung: Die Medien

müssen mitspielen. Und das tun sie je nach politischer Opportunität, von Fall zu Fall.

In diese Kategorie gehören zweifellos auch die Strafanzeigen gegen die *Weltwoche*, über die in den vergangenen Tagen auf allen Kanälen berichtet wurde. Es wäre nicht das erste Strafverfahren gegen dieses Blatt, das mit viel Brimborium angekündigt und dann stillschweigend vergessen wurde. Stein des Anstosses ist ein Titelbild, das ein Roma-Kind mit einer Pistole zeigt und das gegen die Rassistenstrafnorm verstossen soll (das Bild ist übrigens nicht gestellt, also echt). Mittlerweile will eine Roma-Organisation eine eigene Anzeige nachgereicht haben. *Der Sonntag* berichtete von fünfzehn angeblich «besorgten Bürgern», die nächste Woche beim Presserat eine Beschwerde gegen das «Köppel-Blatt» einzureichen gedenken. Ob irgendwo irgendein Verfahren eröffnet wurde, ist nicht bekannt.

Angekündigte Strafanzeigen haben Hochkonjunktur. Eine kleine Auswahl von Pressemeldungen der letzten drei Wochen: In Bern fasst ein «Strafrechtsexperte» eine Strafanzeige wegen «Aufrufs zu Selbstjustiz» gegen den Präsidenten der Auto-Partei ins Auge; eine Kommission namens Comlot will per Strafanzeige gegen ein Gewinnspiel von Coop vorgehen; in Wittnau soll eine Strafanzeige wegen privater Finanzgeschäfte gegen einen SVP-Gemeinderat unterwegs sein; in Freienbach soll eine gewisse Irene Herzog-Feusi eine Strafanzeige gegen die Gemeindeverwaltung «vorbereiten»; in Dübendorf «droht» Nationalrat Martin Bäumle (GLP) eine Strafanzeige; in Schwyz soll eine Justizaffäre bislang «ein halbes Dutzend» Strafanzeigen hervorgebracht haben. Mittels Strafanzeige wollen Drittweltaktivisten eine allfällige Mitverantwortung der obersten Bosse von Nestlé an einem Mord in Kolumbien angeblich «klären».

Gemeinsam ist den Meldungen, dass sie sich bei genauerem Hinschauen als reine Stimmungsmache mit wenig Informationsgehalt entpuppen. Im gleichen Zeitraum findet sich lediglich eine einzige Kurznachricht über ein Verfahren, das eingestellt wurde. Es geht um einen Bürger, der das Gebaren des Burgdorfer Rechtsanwaltes Daniel Kettiger kritisiert hatte und von diesem prompt mit medialem Getöse verzeigt wurde. Im Vorfeld der Minarett-Initiative hatte Kettiger mindestens fünfzehn Islamkritiker mit Strafanzeigen eingedeckt. Die Kosten für das eingestellte Verfahren wurden auf die Staatskasse genommen.



Das klingt nach Skandal: Bild vs. Sommaruga.

Personenkontrolle

Gehrig, Grunder, Frehner, Scholl, Jordan, Bäumle

Bis Ende März 2012 wollte Jürg Gehrig der Stiftung «Pizol mit Herz» 40 000 Franken überweisen. Das «unwiderrufliche Zahlungsverprechen», das der St. Galler BDP-Politiker im Oktober 2011 vor laufenden TV-Kameras unterschrieben hatte, sollte seiner damaligen Ständeratskandidatur neuen Aufwind verleihen. Gehrig hatte gute Presse dringend nötig. BDP-Präsident **Hans Grunder** hatte ihn fallengelassen, nachdem die *Weltwoche* von der lausigen Zahlungsmoral und einem Vergewaltigungsverfahren gegen den 59-jährigen Unternehmer berichtet hatte. Der März zog dahin, und auch am 3. April war noch kein Rappen auf das Konto der gemeinnützigen Stiftung geflossen, wie *20 Minuten* berichtete.



Kein Herz für Pizol? BDP-Politiker Gehrig.

Eine Woche später ist immer noch nichts eingetroffen, denn Gehrigs «unwiderrufliches Zahlungsverprechen» für «Pizol mit Herz» ist neu an Bedingungen geknüpft. Wie diese lauten, soll Stiftungsgründer **Roman Lenherr** von Gehrig noch diese Woche erfahren, wie er auf Anfrage erklärt. «Ich hoffe, dass Gehrig zu seinem Wort steht.» (cal)

Gegen den Sekretär der Paritätischen Kommission der Gebäudetechnikbranche, **Rolf Frehner**, sowie gegen drei weitere Mitglieder der Kommission läuft ein Untersuchungsverfahren der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte des Kantons Bern. Der Vorwurf lautet, dass Unia-Gewerkschafter Frehner nicht sorgfältig mit den Vollzugskostenbeiträgen umgehe, welche alle Arbeitnehmer der Branche in seine Kasse abliefern müssen – mutmasslich rund 8 Millionen Franken im Jahr. Wie **Markus Scholl** von der Staatsanwaltschaft auf Anfrage bestätigt, wurden auf eine entsprechende Strafanzeige hin am Geschäftssitz der Paritätischen Kommission an der Weltpoststrasse in Bern Unterlagen sichergestellt. Mit Ergebnissen der Untersuchungen ist erst im Herbst zu rechnen. Frehner zeigt sich unbeeindruckt: «Ich sehe dem Ausgang des Verfahrens gelassen entgegen.» (fsc)



Strafanzeige: Unia-Gewerkschafter Frehner (l.).

Am vergangenen Gründonnerstag notierte der Euro vereinzelt für einige Sekunden unter dem von der Nationalbank «unbeschränkt» verteidigten Preis von Fr. 1.20. Süffisant stellte die *Finanz und Wirtschaft* in ihrer nächsten Ausgabe fest: «Die SNB war in den Ferien.» Den Eindruck, dass seine Händler auf der Gotthard-Autobahn nach Süden fahren, während die heilige SNB-Kuh am Markt geschlachtet wird, konnte SNB-Vizepräsident **Thomas Jordan** nicht auf sich sitzen lassen: Die SNB überwache «den Devisenmarkt von der Markteröffnung in Asien am Sonntagabend bis zum Marktschluss in New York am Freitagabend ununterbrochen». Dies gelte auch für Feiertage. (fsc)

Für **Martin Bäumle**, Präsident der Grünliberalen Partei der Schweiz (GLP), war die Sache klar. Als die *Weltwoche* den damaligen Nationalbankpräsidenten **Philipp Hildebrand** wegen dessen Insidergeschäften zu Fall brachte, klagte der GLP-Nationalrat über «einzelne Journalisten und Politiker», die aus einem «blossen Rachemotiv heraus» die Demokratie und damit den Wirtschaftsstandort Schweiz «destabilisierten». Hildebrand dagegen habe sich «stets korrekt» verhalten und mit seinem Rücktritt «Grösse» bewiesen. Jetzt ist Martin Bäumle selbst als Whistleblower entlarvt worden: Als Dübendorfer Stadtrat hatte er ein Hochhausprojekt seiner eigenen Behörde hintertrieben, indem er der Presse vertrauliche Informationen zuspitzte. Obwohl Finanzvorstand Bäumle den Verrat inzwischen «bedauert», denkt er nicht an Rücktritt. Offenbar fehlt ihm dazu die «Grösse», die er Hildebrand attestierte. (lsc)



Als Whistleblower enttarnt: GLP-Chef Bäumle.

Nachruf



«Well, hier bin ich»: Journalist Wallace.

Mike Wallace (1918–2012) — Vierzig Jahre lang war er der Star der CBS-Nachrichtensendung «60 Minutes», die bis heute als beste in den USA gilt. Niemand stellte härtere Fragen als der Sohn russisch-jüdischer Einwanderer. Sein einschüchterndes «Come on» als Reaktion auf eine laue Antwort war legendär. Nach der Geiselnahme von fünfzig Amerikanern in Teheran war Wallace 1979 der erste westliche Journalist, dem Ajatollah Chomeini ein Interview gewährte. Wallace fragte ihn, was er davon halte, dass ihn der damalige ägyptische Präsident Sadat für verrückt erklärt habe. «Der Übersetzer sah mich an, als sei ich der Verrückte. Aber ich dachte: «Was kann Chomeini schon tun? Mich auch als Geisel nehmen?» Das Gespräch mit dem schwarzen Hassprediger Louis Farrakhan, Chef der amerikanischen Nation of Islam, eröffnete er mit den Worten: «Sie sagen, Sie trauen den Medien nicht. Sie sagen, Sie trauen den Weissen nicht. Sie sagen, Sie trauen den Juden nicht. Well, hier bin ich.»

Sein Streit mit CBS über Whistleblower Jeffrey Wigand wurde 1999 unter dem Titel «The Insider» verfilmt. Wallace war politisch nicht einzuordnen. Richard Nixon versuchte vergeblich, ihn als Pressesprecher zu gewinnen, die Reagans gehörten zu seinen Freunden. Seine Gegner nannten ihn «Pitbull», seine ehemals schärfste Konkurrentin, ABC-Journalistin Barbara Walters, hielt ihn für «den besten Interviewer, den das Fernsehen je hatte und vermutlich je haben wird».

Wallace, der jahrelang unter schweren Depressionen litt, starb am 7. April in Connecticut.

Beatrice Schlag

Missbrauch von Kindern zu kriminellen Zwecken

Von Philipp Gut — Die *Weltwoche*-Titelgeschichte über die Roma-Kriminalität in der Schweiz hat heftige Reaktionen und sogar juristische Klagen provoziert. Einer ernsthaften Diskussion über die Missstände weichen die Kritiker aus.



Mahnmale des Elends: Roma-Gruppe in Thierrens VD.

Die übliche interne Blattkritik auf der *Weltwoche*-Redaktion fiel vor Ostern infolge des Karfreitags aus, dafür wurde sie international in alten und neuen Medien ausführlich nachgeholt – von der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens über die Schwestersendung «Zeit im Bild (ZIB)» auf ORF bis zu Zeitungsartikeln, Blogs, Twitter- und Facebook-Botschaften: In der Schweiz, in Deutschland und in Österreich diskutierten Journalisten, Leser, Internetnutzer über unsere Titelgeschichte von letzter Woche über kriminelle Roma-Banden («Sie kommen, klauen und gehen»).

Der Wiener Journalist Klaus Kamolz reichte sogar Klage gegen die *Weltwoche* ein – ein Vorgehen, das in der Schweiz und in Deutschland mehrfach kopiert wurde. Am Dienstag erstattete der Zentralrat deutscher Sinti und Roma Anzeige gegen unser Blatt, wegen angeblicher «Volksverhetzung und Beleidigung». Belege

für diese schwerwiegenden Anschuldigungen brachte er nicht bei. Ausserdem versuchte der Zentralrat den Vertrieb der *Weltwoche* in Deutschland zu stoppen – an Kiosken, in Buchhandlungen, Bahn- und Flughäfen sollte der Verkauf der *Weltwoche* unterbunden werden. In der Schweiz will die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR), vormalig vom Historiker Georg Kreis, jetzt von der ehemaligen Genfer FDP-Nationalrätin Martine Brunschwig Graf präsiert, sich nach eigenen Angaben mit der *Weltwoche* befassen (siehe Interview, Seite 16).

Urteil ohne Lektüre

Übersieht man die Reaktionen, muss man in vielen Fällen davon ausgehen, dass die Kritiker die Berichterstattung gar nicht kennen (argumentiert wird selten, es dominieren pauschale Verurteilungen und teilweise nicht zitier-

fähige Beschimpfungen). «Ihren Artikel, der angeblich differenziert ist, versuche ich gar nicht erst zu lesen», schrieb eine empörte Deutsche.

Offenbar hat auch der klagende österreichische Journalist Kamolz die inkriminierten Beiträge nicht studiert («Ich bin schon lange kein Leser der *Weltwoche* mehr», liess er ausrichten). Eine Einladung der Redaktion, seine Einwände in unserem Blatt öffentlich darzulegen und seine Anzeige zu begründen, lehnte Kamolz ausserdem ab. Die Berliner Plattform «Rechtspopulismus stoppen», die gemäss Medienberichten ebenfalls klagen will, antwortete nicht auf das Angebot der *Weltwoche*, ihre Argumente auf diesen Seiten vorzubringen. Auch andere Personen und Organisationen, die eine Klage angekündigt hatten, waren nicht bereit, über ihr Vorgehen zu diskutieren.

Der deutsche Blogger und Journalist Stefan Niggemeier verstieg sich, wie sein Wiener Kollege Kamolz, zur massiven und nicht weiter begründeten Aussage, die *Weltwoche* betreibe «Volksverhetzung». Schriftstellerin Sibylle Berg sprach gar von einem «neuen <Stürmer>». Losgelöst von allen Fakten, wird fröhlich die Nazikeule geschwungen (was einer ungeheuerlichen Verharmlosung der durch Hitler-Deutschland begangenen Verbrechen gleichkommt).

«Gut dokumentiert»

Wie voreingenommen manche Journalisten ihre Arbeit angehen, zeigt das Beispiel von Christof Moser, Redaktor beim Aargauer *Sonn- tag*. «So viel Rassismus war noch nie in einem Schweizer Medium», behauptete er via Twitter – um danach seine private Empörung ungefiltert ins Blatt transportieren zu dürfen.

Kritiker, die sich die Mühe genommen haben, die Artikel tatsächlich zu lesen, kommen zu

Wo sind die Stimmen, die sich für die Rechte dieser Minderjährigen einsetzen?

anderen Schlüssen. Der Medienrechtler und Ex-Präsident des Schweizer Presserates, Peter Studer, kritisierte zwar das Titelblatt scharf; die Text-Beiträge hingegen bezeichnete er als «gut dokumentiert» (Radio 1), ja als «ausgezeichnet» («Tagesschau»).

Weshalb also die Aufregung? Die Einwände richten sich fast ausschliesslich gegen die Covergestaltung, also gegen Titelbild und -zeile. Die Fotografie zeigt einen Roma-Jungen, der eine Spielzeugpistole gegen den Betrachter richtet, darunter steht der Text «Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz. Familienbetriebe des Verbrechens». Manche Betrachter empfanden das eindringliche Bild offensichtlich als empörend und verletzend.

Roma-Mädchen auf frischer Tat ertappt

Diese Bedenken sind – sofern sie echtem Empfinden und nicht einem politisch oder wie auch immer begründeten Vorurteil entspringen – ernst zu nehmen. Das Bild ist zweifellos stark und geht unter die Haut. Allerdings – und das ist mit Entschiedenheit festzuhalten – setzt die Covergestaltung eine von niemandem bestrittene Kernaussage des Artikels präzise und anschaulich ins Bild: Der kleine Junge mit der Spielzeugpistole symbolisiert den Umstand, dass Roma-Banden Kinder systematisch für kriminelle Zwecke einsetzen und missbrauchen.

Die *Weltwoche*-Titelgeschichte begann mit einem Fall aus dem Kanton Zug, wo vor drei Wochen in der Ortschaft Baar ein 13- und ein 16-jähriges Roma-Mädchen – sie stammten aus einem Camp in Italien – bei einem Einbruch

auf frischer Tat ertappt und festgenommen wurden. Solche Fälle gibt es in der Schweiz jedes Jahr zu Hunderten, Tendenz: steigend. Das jüngste Beispiel stammt aus dem Kanton Aargau: Am Karfreitag, just zu dem Zeitpunkt, als die internationale Empörung über die *Weltwoche* anschwellte, meldete die Kantonspolizei Aargau, dass sie zwei junge Täterinnen fest-



Chor der Empörten: internationale Blattkritik.

nehmen konnte, die in Buchs in ein Einfamilienhaus einbrechen wollten. Es handelte sich, wie die Kapo Aargau schreibt, um «eine 13- und eine 17-jährige Serbin, beide einer Roma-Gruppierung angehörend». Bei den Tatverdächtigen sei «diverses Hartgeld» festgestellt worden, «welches vermutlich ebenfalls aus einem Diebstahl stammen dürfte».

Polizei und Justiz liefern die Fakten

Das Muster wiederholt sich fast täglich, wie die Zahlen und Statistiken der Schweizer Justizbehörden und der Polizei belegen. Die Probleme mit den kriminellen Roma-Banden lassen sich nicht wegdiskutieren, höchstens – manchmal auch sehr geräuschvoll – beschweigen. Die Fakten bleiben Fakten.

1— Es gibt einen wachsenden Kriminaltourismus in die Schweiz. Insbesondere die Vermö-

gensdelikte sind im vergangenen Jahr gemäss polizeilicher Kriminalstatistik um immerhin 16 Prozent gestiegen. Grund dafür ist, wie die Waadtländer FDP-Regierungsrätin Jacqueline de Quattro vergangene Woche an dieser Stelle ausführte, auch das Schengen-Abkommen.

2— Massgeblich beteiligt an diesem Kriminaltourismus sind Roma-Banden aus Osteuropa und aus dem Balkan.

3— Besonders stossend ist, was Polizei und Justiz als Eigenheit des Roma-Milieus beschreiben: dass die Clans ihre eigenen Kinder für verbrecherische Zwecke missbrauchen. Das hat, aus ihrer Sicht, den Vorteil, dass die minderjährigen Täter kaum belangt werden können und jeweils schnell wieder freikommen.

4— Ähnliches gilt für die boomende Strassenprostitution. Die Hälfte aller Neueinsteigerinnen stammt aus Rumänien und Ungarn. Das Gros von ihnen sind Roma-Frauen, die von ihren Familien auf den Strich geschickt, kontrolliert und finanziell abgeschöpft werden. Die Zürcher Justiz hat in den vergangenen Jahren verschiedene Prozesse gegen Roma-Zuhälter geführt und ist immer wieder auf dieselben Clan- und Familienstrukturen gestossen, die, nach Aussage der Staatsanwaltschaft, die Abhängigkeit der Frauen erhöhten und einen Ausstieg aus dem Milieu so gut wie verunmöglichten.

5— Schliesslich werden Kinder, zum Teil schon im Babyalter, von organisierten Bettelbanden als wandelnde Mahnmale des Elends instrumentalisiert.

Diese grassierende Kriminalität und dieser Missbrauch von Kindern zu verbrecherischen Zwecken – das ist das Thema, dem mit Klagen, Sprech- und Publikationsverboten nicht beizukommen ist.

Es mutet merkwürdig an und zeugt von wenig Ernsthaftigkeit im Umgang mit einem gravierenden Problem, dass sich die Empörten über ein Bild aufregen, das den Missstand symbolisiert – während sie mit keinem Wort bedauern, was diesen Kindern, die nicht nur Täter, sondern auch Opfer sind, von ihren Eltern und Angehörigen angetan wird. Wo sind die Stimmen, die sich für die Rechte dieser Minderjährigen einsetzen? Funkstille. Lieber regt man sich über die *Weltwoche* auf, die die Missstände zur Sprache bringt.

Neu sind die Probleme freilich nicht. Lukas Hartmann, Ehemann von SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga, hat seinen jüngsten Roman einer Roma-Bande aus dem 18. Jahrhundert gewidmet. «Räuberleben», lautet sein Titel. Muss auch der Schriftsteller mit einer Klage rechnen? ○

«Völlig fehl am Platz»

Martine Brunschwig Graf, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), findet die Berichterstattung der *Weltwoche* über die Roma in Ordnung, kritisiert aber das Cover.



«Es ist nötig, dass rote Linien markiert werden»: EKR-Präsidentin Brunschwig Graf.

Martine Brunschwig Graf, wir verstehen die Aufregung um den *Weltwoche*-Artikel über die Roma nicht. Wo liegt das Problem?

Beim Titelbild. Es ist pauschalisierend.

Wie kommen Sie darauf?

Aus dem Titelbild geht nicht hervor, dass nur einzelne Roma Probleme bereiten. Es suggeriert, alle Roma seien kriminell. Um die Leute zu erschrecken, benutzt die *Weltwoche* ein Bild von einem Kind mit einer Pistole. Dies ist auf dem Cover einer Schweizer Zeitschrift völlig fehl am Platz.

Mit dem Bild symbolisiert die *Weltwoche* das Hauptproblem, das im Artikel geschildert wird: Es gibt Roma-Banden, die ihre Kinder für kriminelle Zwecke instrumentalisieren.

Ich bestreite nicht, dass in der Schweiz ein Problem mit dem Kriminaltourismus existiert und dass dafür auch Roma verantwortlich sind. Ich anerkenne, dass ihr Artikel Missstände dokumentiert, gegen die wir vorgehen müssen. Nochmals: Das Problem ist die pauschalisierende und stigmatisierende Darstellung auf dem Cover.

Das Titelbild legt den Finger auf den wunden Punkt. Stört es die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus nicht, dass Roma-Banden ihre

Kinder zum Betteln, Stehlen und Einbrechen missbrauchen?

Natürlich stört mich das. Das ist inakzeptabel. Ich will diese Fakten auch gar nicht unter den Teppich wischen. Die *Weltwoche* hat aber eine Verantwortung. Sie muss sich bewusst sein, dass sie mit diesem Titelbild eine Wirkung entfaltet, die Vorurteile gegen eine Volksgruppe nährt. Mit dem Titelbild sendet die *Weltwoche* die Botschaft aus, dass plötzlich jedermann von einem bewaffneten Roma-Kind attackiert werden könnte. Solche Botschaften sind gefährlich.

Alle schimpfen über das Cover. Dabei hat sogar Peter Studer, Medienrechtler und ehemaliger Präsident des Presserates, gesagt, der Text über die Roma sei «gut dokumentiert».

Dem stimme ich zu. Den Artikel als solchen finde ich in Ordnung. Die Beschreibung der kriminellen Roma-Banden ist auch nicht der Punkt, den wir an der *Weltwoche* kritisieren.

Sondern?

Die Roma werden bereits in ihren Herkunftsländern diskriminiert. Und derzeit braucht es in der Schweiz wenig, um Vorurteile gegen Roma zu schüren. Als Zeitschrift muss die *Weltwoche* nicht nur die Fakten im Text, sondern auch das Titelbild verantworten. Mehrere Menschen haben sich darüber

bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus beschwert.

Ärgern Sie sich als Genferin über die Roma, die in der Stadt betteln?

Betteln ist in Genf verboten. Die Gesetze sind einzuhalten. Besonders schlimm ist, dass Kinder dafür eingespannt werden. Als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus fordere ich, dass das Gesetz respektiert wird, dass kriminelle Aktivitäten verfolgt werden. Wir müssen aber auch das Diskriminierungsverbot respektive den Antirassismusartikel durchsetzen.

In der Schweiz, in Deutschland und in Österreich sind Anzeigen gegen die *Weltwoche* wegen Rassismus eingegangen. Journalisten, die über Missbräuche berichten, müssen neuerdings mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Als Mitglied der FDP, einer liberalen Partei, müssten Ihnen die Haare zu Berge stehen.

Selbstverständlich halte ich die Meinungsäusserungsfreiheit hoch. Aber ich befürworte auch das Antirassismusgesetz. Es ist nötig, dass rote Linien markiert werden, die nicht überschritten werden dürfen.

Befürworten Sie die Anzeigen gegen die *Weltwoche*?

Ich halte die Anzeigen weder für gut noch für schlecht. Es liegt nicht an mir, diese Frage zu beantworten. Das muss die Justiz beurteilen.

Sie haben angekündigt, die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus werde den *Weltwoche*-Artikel genau durchleuchten. Was werden Sie untersuchen?

Wir werden prüfen, wo die Grenzen der Berichterstattung liegen. Danach werden wir Empfehlungen abgeben. Wie diese lauten, ist offen. Es darf einfach nicht sein, dass Pauschalurteile gefällt werden. Ihr Titelbild sagt etwas anderes aus als der Inhalt des Artikels. Ich kann Ihnen jedoch versichern: Wir werden bestimmt keine Anti-*Weltwoche*-Kampagne starten.

Diese tobt in aller Heftigkeit auf Internetforen, auf Social Media wie Facebook und Twitter. Die *Weltwoche* wird sogar mit Nazi-blättern verglichen, was einer grotesken Verharmlosung der Naziverbrechen gleichkommt. Was sagen Sie dazu?

Alle Vergleiche, die auf Pauschalurteilen und Stigmatisierungen basieren, sind schlecht. Das gilt auch für die Nazikeule, die in Internetforen gegen die *Weltwoche* geschwungen wird.

Martine Brunschwig Graf, 62, präsidiert seit dem 1. Januar die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und wohnt in Genf. Von 2003 bis 2011 sass sie für die FDP im Nationalrat.

Die Fragen stellte Kari Kälin.



Durch die Weiten Kanadas mit Komfort

Expertenreise für Weltwoche-Leser: Mit SF-Meteorologe Felix Blumer vom 18. August bis 3. September 2012 durch den «Wilden Westen Kanadas»

Holzfäller-Romantik, wild umtoste Strände und grandiose Bergpanoramen: Kanada – ein Land, so vielfältig wie ein Kontinent, mit pulsierenden Metropolen und einsamer Wildnis, wo sich Grizzlybär und Weisskopfseeadler noch gute Nacht sagen.

Wer glaubt, Kanada sei nur ein langweiliger Abklatsch seines grossen Nachbarn, der sollte sich vom Gegenteil überzeugen lassen. Statt mit Fahrrad, Zelt und Kajak entdecken Sie Kanadas Natur im komfortablen Reisebus und schlafen in Lodges, wo Nachts ein weiches Bett auf Sie wartet. Wir nehmen Sie mit auf eine Reise von der Cowboy-Stadt Calgary durch die grossen Nationalparks Kanadas, in malerische Fischerdörfer, auf dem Icefields Parkway an riesigen Gletscherfeldern vorbei durch die legendären Rocky Mountains und zu den Wurzeln alter Indianerstämme. Auf Vancouver Island bestehen die besten Chancen, Elche, Wale und Bären zu sehen, bevor es zurück aufs Festland nach Vancouver geht. Felix Blumer, Meteorologe bei SF Meteo und Bereichsleiter bei Radio DRS, wird Sie in Nationalparks und die Rocky Mountains begleiten und dabei auch den einen oder anderen Wettermythos der Ureinwohner näher beleuchten. Er wird zeigen, dass der Himmel berechenbarer ist, als wir denken, und dass jeder mit ein wenig Hilfe eine zuverlässige Wetterprognose erstellen kann. Der «Wilde Westen Kanadas» ruft. Zwei Wochen Kanada, und Sie fühlen sich, als wären Sie mindestens ein halbes Jahr weg gewesen.

Felix Blumer arbeitet als Meteoverantwortlicher für Radio DRS und bei SF Meteo. Er begleitet die



Gruppe während sechs Tagen und hält täglich Vorträge rund um Themen wie Klima, Wetter, Meer und Eis. Er wird auch ausserhalb der Vortragsreihe für Gespräche und Fragen zur Verfügung stehen. Aus Zürich bekommt er täglich Wetterkarten zugeschickt, mit deren Hilfe die Teilnehmer lernen, das Wetter des Folgetages vorherzusagen.

Highlights dieser Reise

- **Legendär:** Minikreuzfahrt durch die weltberühmte Inside Passage entlang der fjordartigen Insel- und Bergwelt von Kanadas Westküste – Wale beobachten aus erster Reihe!
- **Grösser, schöner, imposanter:** Banff und Jasper – zwei der berühmtesten Nationalparks Kanadas und eindrucksvolle Beispiele für vorbildlichen Umweltschutz, wodurch die majestätische Natur zum einmaligen Erlebnis wird.
- **Der Weg ist das Ziel:** Auf einer der schönsten Fernstrassen der Welt – dem Icefields Parkway – am Columbia Eisfeld vorbei durch die Rocky Mountains.
- **Mythos Wetter:** Kann ein See einfach verschwinden? Neben der Entstehung von Gletschern oder den Auswirkungen der Klimaerwärmung geht Felix Blumer alten Indianerlegenden auf den Grund.
- **«Konservenküste»:** Mehr als 200 Konservenfabriken siedelten einst an Kanadas Westküste, im Cannery Village blieb ein Arbeiterdorf erhalten – der beissende Geruch aus der Boomzeit der

Lachsfänger ist längst verschwunden, die harten Lebens- und Arbeitsbedingungen sind nach wie vor wahrnehmbar.

- **Auf Tuchfühlung:** Bei einer optionalen, geführten Grizzlybär-Expedition stehen die Chancen gut, dem König der Wälder ganz nahe zu kommen.
- **Perle am Pazifik:** Verlängern Sie Ihr Kanada-Abenteuer um ein paar erholsame Tage in der Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit – Vancouver!

Weltwoche-Spezialangebot

Weltwoche-Expertenreise Kanada

Mit SF-Meteorologe Felix Blumer
18. August–3. September 2012

Reisearrangement

Für Abonnenten: Fr. 8700.–
Für Nichtabonnenten: Fr. 8900.–

Detailprogramm/Anmeldeformular

Weitere Informationen zur Reise finden Sie auf www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Expertenreisen spezialisierte Reiseagentur cotravel in Allschwil BL (www.cotravel.ch).
Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

«Amateur Night»

Von Henryk M. Broder — Warum nur verdrehen die Piraten so vielen Wählern den Kopf?



Es ist sechs Uhr früh in Virginia, über dem Potomac liegt der Morgentau, und die Sonne überlegt sich noch, ob sie schon aufgehen oder noch eine Weile hinter dem Horizont ru-

hen soll. Ich dagegen beschliesse, aufzustehen und eine Runde zu radeln, nachdem ich mir gestern bei Wal-Mart einen Beach-Cruiser gekauft habe. Vorher aber schaue ich kurz bei *Welt* online nach, was es so Neues gibt. Hat Grass schon das Bundesverdienstkreuz bekommen? Wurde er zu Lebzeiten seliggesprochen? Hat Israel das Einreiseverbot für den Dichter zurückgenommen und sich in aller Form entschuldigt? Nichts davon ist passiert, ich muss es geträumt haben.

Die Top-Nachricht bei *Welt* online lautet: «Piraten überholen die Grünen», sie haben sich in der Gunst der Wähler auf den dritten Platz (nach CDU/CSU und SPD) vorgearbeitet und liegen derzeit bei sensationellen dreizehn Prozent! Auch wenn es sich nur um eine Umfrage und kein Wahlergebnis handelt, so ist es doch eine erstaunliche Entwicklung.

Mein erster Gedanke: Die spinnen, die Deutschen! Sollen sie doch gleich eine Ladung Fliesen aus dem Baumarkt in den Bundestag schicken. Oder einen Bus voller Rentner, denen Schnabeltassen als Geschenk versprochen wurden, wenn sie ein paar Fragen zu ihrer Verdauung beantworten. Also ab aufs Rad, und dann nichts wie weg!

Aber der zweite Gedanke tönt schon anders. Irgendwas muss an den Piraten dran sein, dass sie in so kurzer Zeit und nach nur zwei Wahlerfolgen (in Berlin und im Saarland) so vielen Wählern den Kopf verdrehen konnten? Was ist es nur?

Es ist das Apollo-Prinzip. Nein, ich meine nicht das amerikanische Raumschiff, das Astronauten zum Mond brachte, ich meine das gleichnamige Theater in Harlem, New York, in dem jeden Mittwoch eine «Amateur Night» stattfindet. Das Publikum entscheidet, wer gewinnt und einen Preis bekommt. Meistens sind es nicht die besten Sänger, Tänzer und Musiker, sondern diejenigen, die das Publikum am meisten rühren, wie ein fünfjähriger Junge, der wie Michael Jackson zapzelt. Das ist es! Die Piraten machen nicht Politik, sie machen Politiker nach. Sie tun so, als wären sie welche. Und das geht den Leuten ans Herz.

Ich binde mir eine Bandana um den Kopf und radle los. Der aufgehenden Sonne entgegen.

Verbote machen erfinderisch

Von Silvio Borner — Initiativen, die etwas verbieten, sind in der Regel rückwärtsgewandt und haben ungeahnte Konsequenzen. Ein Paradefall ist die Zweitwohnungs-Initiative.

Schon der Begriff «Verbotsinitiativen» muss stutzig machen. Initiativen sollen etwas initiieren, etwas Neues anstossen. Verbote sind das Gegenteil. Initiative Initiativen werden in aller Regel vom Volk abgelehnt, weil sie ausserhalb des politischen Establishments ergriffen werden. Ganz anders die Verbotsinitiativen. Diese sind negativ aufgeladen und rückwärts orientiert: Entweder soll ein alter Zustand wiederhergestellt oder eine Entwicklung gestoppt werden. Häufig sind die Verbote quantitativ fixiert, sei es bei der Einwanderung, der Zahl der LKW am Gotthard, den Minimallohnen oder neuerdings beim Anteil an Zweitwohnungen. Dazu zähle ich auch die «Abzocker»-Initiative, die vorgibt, die Aktionäre zu stärken, ihnen aber gewisse Entscheidungen von Gesetzes wegen verbietet.

Attraktiv erscheinen Verbotsinitiativen sowohl für rückwärtsgewandte Konservative wie auch für aktivistische Interventionisten. Verbote haben immer unbeabsichtigte Konsequenzen wie kunstvolle Umgehungen oder Aushebungen der Sanktionen. So führt das Zinsverbot in islamistischen Staaten zu kreativen, aber komplizierten Konstruktionen.

Es ist wie bei der Prostitution. Ob sie verboten ist oder nicht – sie findet statt. Bei der Alpeninitiative ist es nicht viel anders. Allen Insidern ist klar, dass die Zahl von erlaubten LKW wohl in der Verfassung steht, sich aber immer weiter von der Realität entfernt. Aber vielleicht lassen wir einmal 65-Töner zu, nur um das willkürlich quantifizierte Ziel doch noch zu erreichen. Die Weber-Initiative ist bezüglich unbeabsichtigter Konsequenzen ein Paradefall. Nachfolgend ein paar Umgehungsmöglichkeiten:

1—Die Beschränkung auf einen Anteil von zwanzig Prozent bezieht sich auf Gemeinden. Deshalb entsteht ein Anreiz, die Zahl der Gemeinden im Stil von Glarus drastisch zu reduzieren. Wenn der Kanton Graubünden insgesamt über einen Zweitwohnungsanteil verfügt, der nicht über zwanzig Prozent liegt, dann ist es möglich, rein durch neue Grenzziehungen das Verbot ins Leere laufen zu lassen. In den USA kennen wir das sogenannte Gerrymandering: Die Grenzen der Wahlbezirke werden manipuliert und neu so ausgelegt, dass sich die amtierende Partei ihre Mehrheit bei der nächsten Wahl sichern kann.

2—Was eine Zweitwohnung ist, ist alles andere als klar. Paare können sich rechtlich trennen oder nicht heiraten, so dass zwei Erstwohnungen entstehen. Schon heute trennen sich Paare zum Schein, um etwa mehr AHV zu kassieren oder Steuern zu sparen. Dieser Fall wird dann interessant, wenn ein Paar erst eine Zweitwohnung, sagen wir in Pontresina, erwerben will. Wer dort schon eine hat, wird diese natürlich nie in eine Erstwohnung umwandeln wollen, weil dies den Wert gewaltig senken würde. Was die Initiative also macht, ist eine massive Umverteilung von Vermögen.

Virtuelle Netzwerke für die Bürokratie

3—Vermietete Ferienwohnungen sind keine kalten Betten. Deshalb müssen innovative Mietlösungen gefunden werden, die zumindest juristisch wasserdicht sind, obwohl sie faktisch wirkungslos bleiben. Ein Beispiel? In Frankreich sind die Lizenzen für Gasthäuser

an das Gebäude gebunden. Wird ein Betrieb eingestellt, geht die *licence* verloren. Wenn der Eigentümer jedoch einmal pro Jahr seine Beiz öffnet, kann er sie unbeschränkt behalten. Ein anderes Beispiel ist die zwingend verlangte Forschungskoope-ration bei EU-Geldern. Es entwickeln sich hier komplexe, aber rein virtuelle Netzwerke für die Forschungsbü-



rokratie. Das liesse sich auch für Mietverhältnisse machen, die nur auf dem Papier bestehen oder nur symbolisch erfüllt werden.

4—Schliesslich sind neue Eigentumsmodelle denkbar. Das Stockwerkeigentum wurde in der Schweiz erst relativ spät eingeführt. Hotels oder andere Tourismus-Organisationen (Seilbahnen, Golfplätze) könnten selber Mehrfamilienhäuser bauen, die Nutzniessung jedoch an potenzielle Zweitwohnungsinteressenten abgeben. Ist das weit hergeholt? Nein, wenn wir an die zahlreichen Eigentumsübertragungen an Kinder denken, die allein schon durch die Vorankündigung einer Erbschaftssteuer-Initiative vorgenommen worden sind. Die Eltern haben sich dabei lebenslängliche Nutzniessungen eintragen lassen. Längerfristig sind Erbgänge von Zweitwohnungen und Erstwohnungen in den Gemeinden mit über zwanzig Prozent heikel.

Fast alles ist nach dieser Abstimmung noch offen und unklar. Nur eines nicht: Wir werden einen gewaltigen Bürokratieschub erleben.

Anti-Sarko-Stimmung

Von Hansrudolf Kamer — Präsident Sarkozy verteidigt sich im Wahlkampf, so gut es geht. Trotz einem surrealen Programm führt der Sozialist Hollande immer noch.



Man kann die Franzosen verstehen, wenn sie vor den Präsidentschaftswahlen verwirrt sind. Es stehen Persönlichkeiten und Programme zur Wahl, die alle versprechen, was sie kaum halten können, und vor

Schicksalsschlägen warnen, die kaum eintreffen werden. Politisches Theater ohne Zweifel, doch eines, das Folgen haben wird.

Für Frankreich spielt es eine Rolle, ob Präsident Nicolas Sarkozy oder der Sozialist François Hollande, ob die Chefin des Front national, Marine Le Pen, der Linksaussen Jean-Luc Mélenchon oder der Zentrist François Bayrou gewählt wird. Das Interesse konzentriert sich auf die beiden Erstgenannten, denn die übrigen spielen nur taktisch eine Rolle. Eine Wiederholung der Konstellation von 2002, als Le Pen in der ersten Runde den Sozialisten Jospin aus dem Rennen warf und die Wiederwahl Chiracs ermöglichte, wird es kaum geben.

Frankreich hat wieder die traditionelle Zweilager-Politik. Die Wirtschaft steht im Zentrum. Die Schiesserei in Toulouse war ein Intermezzo, das zwar problematische Seiten der französischen Integrationsbemühungen beleuchtete, aber den Wahlkampf nicht aus der Bahn warf. Sarkozy eröffnete seine Kampagne mit der Warnung vor einem Fiasko, wenn die Staatsfinanzen nicht ins Gleichgewicht kämen. Frankreich drohe ein Schicksal wie Griechenland oder Spanien, lautete seine Botschaft.

«Festspiel der neuen Staatsausgaben»

Hollande verneint sogar die Existenz einer Krise. Er wirbt weiter mit seinem Programm, das er schon im Januar vorgestellt hat. Sarkozy nennt es ein «Festspiel der neuen Staatsausgaben». Der Sozialist will zwar ebenfalls ein Gleichgewicht der Staatsfinanzen erreichen – 2017, ein Jahr später, als es das Programm Sarkozys vorsieht. Beide Skizzen strapazieren die Glaubwürdigkeit, doch die eine mehr als die andere.

Hollande stellt keine Ausgabenkürzungen wie Sarkozy in Aussicht. Sein Programm lautet Wachstum, Steuererhöhungen, die Schaffung von 60 000 neuen Stellen im Erziehungswesen und eine partielle Rücknahme der von Sarkozy durchgesetzten, äusserst bescheidenen Rentenreform.

Hollande wirft Sarkozy vor, er kenne als einzige Perspektive das Sparen. Er vertrete nur die alte Politik der Irrtümer und des Scheiterns. Mit dem Argument, dass es ohne Wachstum nicht geht, rennt Hollande offene Türen ein. Auch die Austeritäts-Sanierer wie Sarkozy und Merkel sind für Wachstum. Doch die Frage ist natürlich, mit welchen Mitteln wirtschaftliche Dynamik generiert wird – mit Hollandes altlinkem Programm vermutlich nicht.

Unmissverständliche Töne waren am Wochenende in Lyon zu hören. «Sie haben die Schlüssel zum Haus Frankreich den Banken und Finanzmärkten gegeben.» Die Linke und die Rechte hätten den Weg zu einer Bankendiktatur geebnet, zu einem vergoldeten Faschismus. Marine Le Pen nahm kein Blatt vor den Mund.

Sie sprach von der Viererbande und warf Sarkozy, Hollande, Mélenchon und Bayrou in einen Sack. Mélenchon, der populistische Töne auch nicht scheut, bezeichnete sie ausserdem als nützlichen Idioten, weil er den Linkswählern erlaube, sich im ersten Umgang auszutoben, und Proteststimmen auf sich ziehe, statt sie der einzigen Anti-System-Kandidatin Marine Le Pen zu geben.

Anti-System oder nicht – Le Pen kommt in den Umfragen nicht weiter. Mélenchons starke Performance ist dagegen die Überraschung

des Wahlkampfs. Er nimmt ihr viele Front-National-Wähler weg. Doch die treibende Kraft ist die breite Anti-Sarkozy-Gemütslage. Viele wählen Hollande, weil sie Sarko nicht mehr wollen, nicht, weil sie vom Sozialisten überzeugt sind.

Härtere Töne in der EU-Politik

Sarkozy hat zwar in den Umfragen aufgeholt und erstmals Hollande hinter sich gelassen. Für den zweiten entscheidenden Wahlgang dagegen führt Hollande immer noch recht deutlich. Er betrachtet dies als Vorschusslorbeeren und segelt nur noch ruhig dahin. Sarkozy dagegen wirbt schon jetzt aktiv um Le-Pen-Wähler für den zweiten Durchgang – bisher wollen nur 36 Prozent von ihnen schliesslich für den Präsidenten stimmen.

Zu diesem Zweck hat er härtere Töne in der EU-Politik angeschlagen. Er erinnerte an de Gaulle, der 1965 eine Politik des leeren Stuhls durchzog, die Beratungen der damaligen EWG blockierte und damit Zugeständnisse erreichte. Sarkozy will Schengen kündigen, wenn die Sicherung der Aussengrenzen nicht verbessert wird. Er hat den französischen Beitrag zum EU-Budget eingefroren und will mit protektionistischen Massnahmen via EU eine Marktöffnung in China und Japan erzwingen.

Sarkozy kämpft aber gegen eine zunehmend schwächelnde französische Wirtschaft. Dies begünstigt Hollande, unabhängig davon, was er jetzt noch tut oder unterlässt. Er zieht Nutzen auch daraus, dass viele Franzosen in ihm nur den Anti-Sarko sehen und nicht glauben wollen, dass er sein abstruses Wahlprogramm verwirklichen wird. Das könnte ein böses Erwachen geben. ○



Politisches Theater, das Folgen haben wird: Sarkozy-Wahlplakat.

«Dass Roma Kinder zum Stehlen einsetzen, ist richtig. Das Bild mit der Pistole ist aber unsinnig.» *Hans Hegetschweiler*

Freiheit und Frechheit

Nr. 14 – «Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz»; Philipp Gut und Kari Kälin über die Roma

Sehr unüberlegt und für Roma verletzend, das Titelbild eines Kindes mit Waffe! Eine Provokation, um die Auflage zu steigern? Als Leser der *Weltwoche* habe ich Sie bisher eigentlich auf anderem intellektuellem Niveau erlebt.

Aldo Squarise, per E-Mail

Dass Roma Kinder zum Stehlen einsetzen, ist richtig. Das Bild mit der Pistole ist aber unsinnig, weil bei den Roma Verbrechen wie Diebstahl und Betrug vorherrschend, Gewaltverbrechen aber selten sind. Ich habe Ihren Artikel nicht gelesen. Sollten Sie aber den Roma Gewaltverbrechen unterstellen, dann würden Sie tatsächlich eine Grenze überschreiten.

Hans Hegetschweiler, Hedingen

Was bezwecken Sie mit Ihrem Artikel über die Roma? Raffiniert und befremdend zugleich suggerieren Sie anhand von schlechten Beispielen, dass ausnahmslos alle Roma Verbrecher seien. Wie Sie im Artikel zwar richtigerweise zitieren, leben zwischen 8 und 12 Millionen Roma in Europa. Würde jedoch Ihre Schlussfolgerung tatsächlich zutreffen, so wäre Europa schon längstens in der Anarchie versunken. Auch sonst ist Ihr Artikel völlig absurd: Sie zitieren aus einer Webseite der Roma Foundation, um dann Ihre haltlose Gesinnung kundzutun. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass Sie schlussendlich nichts anderes als populistische Hetze gegen die grösste Minderheit Europas machen wollen. Für das Cover Ihres Blattes in dieser Ausgabe trifft dies zu hundert Prozent zu!

Stefan Heinichen, Winterthur

Ob so viel Winterruhe schon fast vergessen: die Roma. Danke dem Autor, dass er uns gewarnt hat. Leider ist es genau so, wie in der *Weltwoche* beschrieben. Hätte man dem Kind statt einer Waffe einen Regenschirm in die Hand gedrückt (mit dem Schirm werden Autoscheiben demoliert), hätte das Ganze vielleicht nicht ganz so hohe Wellen geschlagen. Dass die Deutschen an den Schweizern keinen guten Faden mehr lassen, kann ich im weitesten Sinn nachvollziehen. Wie viel Dummheit braucht ein österreichischer Journalist, um einen Berufskollegen einzuklagen? Als Kind hatte ich an der Luzerner Fasnacht einmal, ähnlich wie das Kind auf Ihrem Titelbild, mit einer Wasserpistole auf einen älteren nörgelnden Herrn gezielt. Er wurde nass und wütend, so dass er

mir über die ganze Seebrücke nachgesprungen ist – ohne Erfolg.

Annemarie Richard, Perlen

Dank diesem Artikel konnte ich heute schnell reagieren, als ich von einer Frau auf dem Parkplatz vor dem Einkaufszentrum angerempelt wurde und sie mich gegen eine Wand drücken wollte. Ich schlug ihr meine rote Einkaufstasche um die Ohren. Was wäre geschehen, hätte sie mich zu dem etwas versteckten grünen BMW mit ausländischem Nummernschild und einem Mann darin gelockt?

Gustav Weber, Etoy

Wer selber Kinder hat, empfindet dieses berührende Bild nicht als Aggression. Dieses Kind ist nichts anderes als ein Opfer, was zeigt, wie wenig bis keine Chancen diese Kinder haben. In diesem Zusammenhang erscheinen Parlamentsbeschlüsse zur Delfinhaltung schlicht als Hohn. Der reisserische Titel allerdings wird dem Bild nicht gerecht. Schade!

Mimi Truessel, Marbach

Welcher Mensch darf sich die Freiheit und Frechheit nehmen, so ein Bild auf die Titelseite eines Magazins zu drucken? Es ist irreführend, verletzend, beschämend! Hoffentlich wird sich die *Weltwoche* dafür rechtfertigen müssen – wobei es dafür eigentlich gar keine Rechtfertigung gibt!

Christina Müller, Genf

Der Artikel impliziert, dass alle Roma kriminell und nicht integrationsfähig seien und es sich um eine nicht arbeitende Ethnie handle. Dass Sie sich dabei auch auf Informationen der Roma Foundation berufen, soll wohl zeigen, dass Sie gewisse Recherchen gemacht haben. Sie belegen damit aber bloss, dass Sie Google benutzen können – und belegen vor allem, wie unredlich Sie arbeiten: Sie zitieren die Roma Foundation ohne effektive Referenz und ohne uns für eine Stellungnahme kontaktiert zu haben. Sie benutzen den Namen unserer Organisation, um dem Publikum Objektivität zu suggerieren. Ausserdem verwenden Sie unsere Informationen gezielt und aus dem Kontext gerissen, um Ihre These zu beweisen, insbesondere wenn Sie das von Ihnen «Sippe» genannte System erklären.

Gewiss verfügen die Roma über eine eigene, nicht an die europäischen Nationalstaaten gebundene Identität. Diese Eigenschaft teilen sie mit den Juden, die erst seit der Gründung des Staates Israel einen starken Staat als Anwalt haben. Der starke Bezug auf die Familie als Ort, wo die eigene Tradition



Aus dieser Kapsel entweicht kein Aroma ...

gelebt werden kann, ist Folge der Diskriminierung durch die Nationalstaaten, nicht Ursache. Ihre Argumentation für die These «Die Sippe geht über alles – Roma *first*» kann demnach nur als intellektuell unredlich und als krass bezeichnet werden. Dass der Begriff Sippe in der deutschen Sprache meist pejorativ, also abwertend verwendet wird, dürfte wohl die Absicht ihres Hetzartikels sein. Er ist, wie das Titelblatt, kontextlos, tendenziös und nicht recherchiert. Dass er rassistisch ist, sollte wohl allen klar sein, und wir hoffen, dass diese Tatsache auch bei der Justiz anerkannt wird.

Stephane Laederich, Rroma Foundation

Ich bin immer vorsichtig, wenn jemandem Hetze vorgeworfen wird. In diesem Fall bin ich der dezidierten Meinung, dass dieser Artikel in diese Kategorie fällt. Der Artikel setzt auf perfide Art die Ethnie mit Kriminalität in Beziehung. Selbst wenn dies nicht die Intention ist, gelingt es Ihnen nicht, genau das zu vermeiden. Ich möchte die *Weltwoche* herausfordern: Gehen Sie auf die Metaebene! Schreiben Sie einen Artikel über Ethnie und Kriminalität! Gibt es eine Beziehung oder nicht? Oder wann ist etwas Hetze und wann nicht?

Thomas Zanghellini, Wallisellen

Ihr unsägliches Cover ist nicht nur rassistisch, es verstösst auch gegen das Recht von Volksgruppen und speziell Kindern, nicht unter Generalverdacht gestellt zu werden. So etwas Geschmackloses habe ich schon lang nicht mehr gesehen. Anscheinend gibt es im Journalismus ebenso wie in der Politik keinen Anstand mehr. Sie sind nun auch in Österreich bekannt – allerdings mit äusserst negativem Image. Bitte denken Sie um – Journalisten tragen Verantwortung! Wir brauchen in dieser Welt weniger Hetze und mehr sozialen Frieden.

Ulrike Gartler, Wien

Korrigenda

In der Ausgabe Nr. 14/12 bezeichneten wir im Artikel «Mann der Stunde» Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) fälschlicherweise als Justizministerin. Selbstverständlich wird das Justiz- und Polizeidepartement von Simonetta Sommaruga (SP) geführt, und Doris Leuthard ist Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Wir bitten um Entschuldigung.

Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, wurde in der Ausgabe Nr. 10/12 in einem Artikel über Religion mit dem Satz «Es gibt keine Christenverfolgung» zitiert. Niggli hält fest, dass er diesen Satz nie gesagt habe.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man Klaus J. Stöhlker als Kandidaten für das Amt des deutschen Bundespräsidenten vorschlagen?

Samuel Kamber, Zürich

Selbstverständlich. Ich habe in der Schweiz in den letzten vierzig Jahren derart viel Demokratie gelernt, dass ich den Deutschen beibringen könnte, wie man diese Aufgabe angeht. In der Reihe der vielen erfolgreichen Schweizer Gastarbeiter in Deutschland würde ich mit Sicherheit gut abschneiden und unserem Land Ehre antun. Dann könnte ich auch wieder gutmachen, was Hans-Rudolf Merz, unser ehemaliger Finanzminister, seinerzeit verspielt hat. Als er mit Peer Steinbrück in Berlin zum Thema Finanzplatz sprach, schwang er sich derart hoch aufs Ross, wie Steinbrück berichtete, dass dieser nur sagen konnte: «Jetzt muss ich mit der Kavallerie kommen.» Das würde mir nie passieren. Die Schweiz hätte endlich wieder einen echten Freund in Berlin, einen halben Schweizer Aussenminister gewissermassen, der liefern würde, was Didier Burkhalter bisher nur verspricht.

Klaus J. Stöhlker

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



... bis Sie entscheiden, es freizusetzen.

In unserer hermetisch versiegelten Kapsel werden die Aromen optimal geschützt.

Brandbeschleuniger auf Wallfahrt

Von Christoph Mörgeli

Im Februar 1938 reiste der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg nach Deutschland. Er liess sich vom «Führer» den Vertrag zum Anschluss seines Landes aufzwingen. Drei Tage nach der Annexion Österreichs durch Wehrmacht und SS sprach Bundesrat Hermann Obrecht: «Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.» *Tempi passati.* Letzten Donnerstag wallfahrteten zwei linke Schweizer zu den SPD-Genossen nach Berlin, um sie gegen den Staatsvertrag über die Abgeltungssteuer aufzuhetzen. Gemeinsames Ziel bilden automatischer Informationsaustausch, europäische Steuerharmonisierung und schickliche Bestattung des Bankgeheimnisses.

Dreissig Jahre nach den Bruderküssen Helmut Hubachers und Peter Vollmers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker traten diesmal SP-Mann Rudolf Strahm und Ringier-Journalist Werner Vontobel in Berlin. Wie üblich funktionierte der Kampf der verbundenen Waffen: Unser Staatsfernsehen stand pünktlich zur Stelle, um die rote Pilgerfahrt zu bejubeln. Strahm, der als Ex-Preisüberwacher eine hübsche Bundespension verzehrt, wettete über angebliche Vorteile der Schweiz im Bundesvertrag. Die Deutschen hätten leider darauf verzichtet, genügend harte Bedingungen auszuhandeln.

Werner Vontobel – Autor des Buchs «Schurkenstaat Schweiz?» – eiferte als Mitarbeiter des «überparteilichen» *Blick* ebenfalls hinter verschlossenen Türen vor der SPD. Unser Land sei zwar in Sachen Bankgeheimnis auf dem Rückzug, erfinde aber ständig neue Steuerschlupflöcher, mit denen ausländisches Kapital angelockt werde. Entsetzliche Schweiz. Unmoralische Schweiz. Strahm und Vontobel dagegen sind zwei reinliche Vögel, die ihr Nest beschmutzen. Oder doch Brandbeschleuniger für die Überwindung des Kapitalismus?

Das Abkommen wäre aus ganz andern Gründen zu kritisieren. Es unterläuft unsere Souveränität und Rechtsordnung. Es legalisiert Datendiebstahl. Es schwächt das Bankgeheimnis und damit unseren Finanz- und Werkplatz. Statt in Herrliberg herumzuschnüffeln, sollten unsere Staatsanwälte wieder einmal das geltende Strafgesetz lesen: «Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteil der Eidgenossenschaft führt, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren bestraft.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Grünes Licht von Schäuble

Von Peter Bodenmann — Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf: Hochopportunistisch und deshalb erfolgreich.



«Stachelschwein Schweiz»: Protest gegen das Steuerabkommen in Berlin.

Die Reichen zahlen immer weniger Steuern. Auch in Deutschland. Dies seit und dank Schröder, Fischer und Trittin. Rot-Grün wollte 2004 Steuerhinterzieher nicht nur mit tieferen Steuern, sondern auch mit Straffreiheit zurück nach Deutschland locken. Weitgehend erfolglos. Schäuble versucht Vergleichbares – dank OECD, löchrigem IT-Systemen und besseren Rahmenbedingungen – wirksamer.

Auf der politischen Bühne wird zurzeit das Theater: «Stachelschwein Schweiz wehrt sich gegen böse deutsche Datendiebe», aufgeführt. Mit *Bild* und *Blick* als Programmhefte.

Die Deutschen verfügen bereits heute über viel mehr Steuerdaten, als wir glauben. Sonst wäre die SPD nicht so locker. Deutsche Nachrichtendienste sind in den Netzwerken unserer Banken schneller unterwegs als Carl Hirschmann in den Nachtclubs dieser Welt.

Die Steuerhinterzieher sind Deutsche. Viele von ihnen bilden das Rückgrat von CDU, CSU und FDP. Im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Niemand kann folgenlos seine eigene Basis ins Messer laufen lassen.

Deshalb versucht Wolfgang Schäuble die Abgeltungssteuer durchzuboxen. Er will traumatische öffentliche Blossstellungen verhindern. Seine CDU-Pappenheimer sollen – im Gegensatz zu Klaus Zumwinkel – still, leise und geheim ihre unversteuerten Vermögen legalisieren können.

Bundesanwalt Lauber brauchte für seine Haftbefehle die politische Zustimmung des Bundesrates. Die Regierung – allen voran die hochopportunistische und deshalb erfolgreiche Eveline Widmer-Schlumpf – hätte nie und nimmer ja gesagt, wenn zuvor Freund Wolfgang Schäuble nicht informell grünes Licht für diese Haftbefehle gegeben hätte.

Schäuble braucht Druck im Kessel, damit er seine von Steuerbeamten eingekesselten Parteigänger amnestieren kann. Zum Wohle seiner CDU, die nach den nächsten Bundestagswahlen – nicht zuletzt dank dieser Befreiungsaktion – wieder mit der SPD im Seitenwagen weiterregieren will und wird. Deshalb hat Schäuble das Abkommen verschärft. Deshalb dürfen deutsche Steuerbeamte weiter CDs kaufen.

Oswald Grübel glaubt und Ruedi Strahm befürchtet, dass die deutschen Steuerhinterzieher bis Ende 2012 ihre Gelder aus der Schweiz abziehen. Richtung der letzten verbleibenden Steueroasen. Geschehen wird das Gegenteil: Selbst abgewanderte Steuerhinterzieher werden ihre Gelder in die Schweiz zurückbringen, um ab 2013 stressfrei ihren unverdienten Wohlstand geniessen zu können. Dank Schäuble. Kurz darauf werden alle auch den automatischen Informationsaustausch schlucken.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Der Pakethändler

Von Kurt W. Zimmermann — Ringiers neuer CEO ist der typische Vertreter der zeitgemässen Medienmanager-Generation.

Es ist drei Jahre her, seit Michael Ringier und Marc Walder zum letzten Mal miteinander Tennis gespielt haben. Sie spielten auf der Tennisanlage des Grasshopper Clubs in Zürich. Einen Satz gewann Michael Ringier. Einen Satz gewann Marc Walder.

Seitdem haben sie nicht mehr miteinander gespielt. Das hat vor allem mit Marc Walders physischen Problemen zu tun. Die ehemalige Nummer 403 der Tennis-Weltrangliste hat heute eine beiderseitige Hüftarthrose.

Seit letzter Woche ist Walder die neue Nummer eins des Ringier-Konzerns. Der schnelle Aufstieg kam ziemlich unerwartet. Die überraschten Zeitungsjournalisten erklärten uns Walders Karrieresprung darum gerne damit, dass er dauernd mit Michael Ringier Tennis spiele.

Das ist natürlich Unsinn. Walders schneller Aufstieg ist, wie fast immer in ähnlichen Fällen, mit der wechselseitigen Dynamik von strukturellen und personellen Faktoren in einem Unternehmen zu erklären.

Vorgänger war Christian Unger. Er kam vor gut drei Jahren. Bei den strukturellen Faktoren machte er einen ordentlichen Job. Die Zahlen des grössten Schweizer Medienunternehmens sind ansprechend. Die Kosten, anders als auch schon, sind unter Kontrolle. Ungers bedeutendster Schritt war 2010 ein Joint Venture mit dem deutschen Springer-Verlag in Osteuropa.

Bei den personellen Faktoren machte Unger eine weniger gute Figur. Zu Sitzungen erschien er oft unvorbereitet und kannte die Dossiers und Details nicht. Auch Ringier-Geschäftspartner wie Betty Bossi, Ticketcorner und Springer, bei denen er im Verwaltungsrat sass, wunderten sich über sein Desinteresse am Alltagsgeschäft. Darum sagte ihm Michael Ringier zuletzt, er müsse gehen.

Nachfolger Walder, 47, ist ein ehemaliger Sportjournalist, der unter anderem die *Schweizer Illustrierte (SI)* und den *Sonntagsblick* leitete. Bevor er 2008 als Schweiz-Chef ins Management einzog, schickte ihn das Haus für ein paar Monate in einen Crashkurs an der Harvard Business School in Boston. Mit besonderem Interesse folgte er dort der Vorlesung zum Thema *value chain*. Seitdem ist die Wertschöpfungskette im Mediengeschäft – und die Möglichkeiten ihrer Verlängerung – Walders dominierender Ansatzpunkt.

Simpel erklärt: Früher schrieben der hauseigene *Blick* und die *SI* über DJ Bobo. Heute schreiben der hauseigene *Blick* und die *SI* über



Versuch und Irrtum: Marc Walder.

DJ Bobo, die hauseigene Event-Agentur Good News organisiert das Konzert, der hauseigene Ticketcorner verkauft die Eintrittskarten, das hauseigene Radio Energy übernimmt die Promotion, das hauseigene Ringier TV zeichnet das Konzert auf, die hauseigene Agentur Pool Position vermarktet den Künstler, und über hauseigene Online-Marktplätze wie *Deideal.ch* läuft das Merchandising.

Mit dieser Extension des Journalismus hat Walder die Strategie Ringiers in den letzten Jahren entscheidend geprägt. Die Strategie ist der Wandel eines Inhaltsanbieters zu einem Paketanbieter.

Walder ist mit diesem Konzept ein typischer Vertreter einer jüngeren Generation von Medienmanagern, die ihre Karriere im Online-Zeitalter gestartet haben. Die Doktrin der alten Schule, wonach es zwischen Journalismus und Kommerz Trennschranken geben müsse, ist ihnen eher fremd. Sie sehen ihre Kunden im Publikums- wie im Werbemarkt aus einer ganzheitlichen Perspektive.

Typisch für diese Generation ist auch ihr Denken in den Kriterien von Versuch und Irrtum. Auch Walder hat damit kein Problem. Die Verkaufsplattform *Vanilla* oder die Flirt-Applikation *Citykiss* etwa kündigte er gross an und schloss sie kurz darauf wieder.

Es ist wie im Tennis. Man kann mal einen Satz verlieren und das Spiel doch gewinnen.

12 000 Franken für die Klima-Landsgemeinde

Von Alex Reichmuth

Die Vorsilbe «Klima-» erlebt einen Boom. Umweltschützer hecken immer neue Klimaaktivitäten gegen den Klimawandel aus. Um klimafreundlich leben zu können, wurden anfänglich Klimakompensationen erfunden, mit denen der CO₂-Ausstoss bei Flugreisen abgegolten wird. Dann kamen Klimarappen, Klimaaktionstage, Klimazeugen, Klimaquiz und Klimahäuser. Wer als Politiker etwas auf sich hält, lanciert Klimainitiativen, verabschiedet Klimagesetze, beteiligt sich an Klimastiftungen und eröffnet Klimawege. Das Thema Klimaerwärmung ist zu einer Weltformel des Umweltschutzes geworden, die es erlaubt, sämtliche Bereiche menschlichen Denkens und Handelns der ökologischen Korrektheit zu unterstellen.



Winterthur wartet nun mit einer weiteren Klimainnovation auf. Im September führt die Stadt erstmals eine Klimalandsgemeinde durch. Auf einem zentralen Platz soll die Bevölkerung entscheiden, welche neuen Klimaprojekte in Winterthur verfolgt werden. Vorgesehen ist, dass Schulklassen, Vereine und Einzelpersonen bis Mitte Jahr Vorschläge einreichen, die eine Jury dann vorsortiert und der Klimalandsgemeinde zur Entscheidung vorlegt.

In Frage kommen Aktivitäten, die «zu einer CO₂-Einsparung führen oder zur Information und Sensibilisierung beitragen», schreiben die Organisatoren, zu denen nebst der Stadt Winterthur die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Klimaschutzorganisation *Myblueplanet* und der *Club of Rome* gehören. Die siegreichen Projekte sollen mit insgesamt 10 000 Franken prämiert werden. «Und noch ein neuer Klimaschutzanlass», kommentierte der *Landbote*, die Tageszeitung aus Winterthur. Über zu wenig Projekte, Papiere und Player, die sich für den Klimaschutz engagieren, könne sich die Stadt nicht beklagen.

Finanziell geradestehen für die neue Klimalandsgemeinde müssen in erster Linie Winterthurs Steuerzahler. Die Veranstaltung kostet, Preisgelder inbegriffen, 21 000 Franken. 12 000 Franken davon übernimmt die Stadt. Deren Stimmbürger können zwar an der Versammlung entscheiden, welche Klimaprojekte mit ihrem Geld unterstützt werden, nicht aber, ob sie überhaupt welche unterstützen wollen.

Pessimismus macht blind

Noch nie ging es so vielen Menschen so gut wie heute. Der Kapitalismus und die Frauen sorgen für mehr Frieden und Wohlstand in der Welt. Besonders die Armen profitieren. Auch den Schweizern geht es besser als je zuvor. *Von Peter Keller*

Ein Optimist steht immer unter Verdacht. Er gilt als oberflächlich, im Zweifelsfall als naiv. Seine Kritiker werfen ihm mangelndes Gespür vor für die Probleme und Tragödien der Menschheit. Für *old Europe* ist Optimismus ohnehin eine amerikanische Geisteskrankheit.

Sind Menschen, die das Positive sehen, tatsächlich blind für das Elend dieser Welt? Oder gibt es gute, ja sogar objektive Gründe, zuversichtlich zu sein? Sind am Ende gar die Schwarzseher irrational und taub für Fakten?

Unser Planet ist zwar weit entfernt davon, vollkommen zu sein. Aber noch nie in der Geschichte der Menschheit ging es so vielen Menschen so gut wie heute, und es scheint, dass dieser Trend anhält. Es wird Zeit, uns endlich einzugestehen, was die Statistiken schon lange zeigen: Der Kapitalismus sorgt seit 200 Jahren für die grösste Wohlstandsvermehrung in der Welt – sofern die Menschen und Regierungen mitmachen.

Weniger Kriege und Kriegsoffer

Eigentlich wollte er sich bloss eine Audienz bei Napoleon III. ergattern. Dass der französische Herrscher gerade in einem blutigen Krieg mit Österreich steckte, war dem jungen Genfer Bankier Henri Dunant nicht wirklich bewusst, bis er 1859 den Ort des schrecklichen Geschehens selbst betrat: Was sich ihm beim norditalienischen Städtchen Solferino eröffnete, war ein Bild des Grauens.

Fast 40 000 Soldaten verreckten buchstäblich auf dem Feld. Dunant zögerte nicht. Innerhalb weniger Tage bot er einheimische Frauen auf, kaufte Verbandsmaterial und Verpflegung und organisierte die Versorgung der Verwundeten beider Armeen. Das Internationale Rote Kreuz war geboren – oder wenigstens die Idee dazu. Schon 1864 unterzeichneten zwölf Staaten im Genfer Rathaus eine Konvention, in der sie sich Regeln für die Behandlung von Kriegsoffizieren auferlegten. Seither betreut das IKRK neutral und allseits respektiert Soldaten, Gefangene, Zivilisten in bewaffneten Konflikten.

Man kann nicht sagen, dass dem Roten Kreuz die Arbeit ausginge. Aber die Zahl zwischenstaatlicher Konflikte und der Verbrechen an der Zivilbevölkerung hat markant abge-

nommen. Das internationale Friedensforschungsinstitut Stockholm listet in seinem aktuellen Jahresbericht noch fünfzehn grössere bewaffnete Konflikte auf. Vor der Jahrtausendwende waren es über fünfundzwanzig, während des Kalten Krieges wesentlich mehr. Heute sind die meisten Spannungsherde solche, die seit langem schwelen und immer wieder mal aufflammen, wie etwa im Mittleren Osten (Israel, Irak, Kurdengebiete in der Türkei) oder in Afghanistan, Somalia und im Sudan. Zudem werden auch Länder wie die USA mitgezählt, die exterritorial an kriegsähnlichen Missionen beteiligt sind.

«Wir leben in den friedlichsten Zeiten seit der Entstehung unserer Spezies.»

Trotz der aktuellen Bilder aus Syrien oder Mali: Die Brutalität der Auseinandersetzungen nimmt ab. Laut dem unabhängigen «Human Security Report Project» ist die Zahl der Kriegstoten von mehr als 65 000 pro Jahr in den 1950ern auf weniger als 2000 pro Jahr im vergangenen Jahrzehnt gesunken. Mit seiner monumentalen Studie über die Geschichte der Gewalt hat der amerikanische Entwicklungspsychologe Steven Pinker aufgezeigt, dass sich die Menschheit insgesamt zivilisiert. «Wir leben in den friedlichsten Zeiten seit der Entstehung unserer Spezies», fasst der Harvard-Professor seine Forschungsergebnisse zusammen. Zwei zentrale Faktoren macht Pinker für seine optimistische Bilanz aus: freier Handel und «Feminization».

Unter *feminization* versteht der Autor die zunehmende Akzeptanz «weiblicher Interessen und Werte». Da Gewalt im Wesentlichen ein «männlicher Zeitvertreib» sei, so Pinker, lösten sich jene Kulturen von der Verherrlichung der Gewalt, in denen die Frauen eine stärkere Rolle einnehmen. Fehden, Ehrenmorde, Faustrecht, Prügelstrafen, Folter sind keine weiblichen Kernkompetenzen. Nichts bringt so viel Elend über die Menschheit, wie wenn sich Männer bekriegen. Wie sehr der globale Handel den Menschen mehr Frieden und Wohlstand bringt, davon wird später noch die Rede sein.



Für Europäer eine amerikanische Geisteskrankheit:

Was braucht der Mensch zum Überleben? Eine ziemlich exakte Antwort liefert wiederum das Rote Kreuz. Die Organisation ist darauf getrimmt, schnell und fokussiert Erste Hilfe zu leisten. Dazu werden tausendfach normierte Lebensmittelpakete ausgeliefert. Inhalt: 1 Liter Pflanzenöl, 3 Kilogramm Langkornreis, 3 Kilogramm Nudeln, 100 Gramm Hefe, 1 Kilogramm Zucker, 500 Gramm Salz, 8 Kilogramm Mehl und 2 Kilogramm getrocknete weisse Bohnen oder 5 Dosen Hühnchenfleisch zu je 425 Gramm.

So viel Konsum wie nie

Mit diesen Zutaten gewinnt keiner «Das perfekte Dinner», dafür sichern sie einem erwachsenen Menschen einen Monat lang das Überleben. Im ebenfalls standardisierten Hygiene-Karton finden sich 3 Kilogramm Waschpulver, 4 Rollen Toilettenpapier, 200 Gramm Seife, eine Tube Zahnpasta mit Zahnbürste und 250 Milliliter Shampoo. Für viele Erdenbewohner bleiben selbst solche einfachen IKRK-Pake-



Zuversicht.

te unerreichbar. Trotzdem: Immer mehr Menschen verfügen über viel mehr als nur das Lebensnotwendigste. 1990 beliefen sich die Konsumausgaben der Schweizer Haushalte auf rund 182 Milliarden Franken. 2008 konnten Herr und Frau Müller bereits über 298 Milliarden für Nahrungsmittel, Kleider, Wohnung, Auto und so fort ausgeben. Selbst unter Berücksichtigung der gestiegenen Wohnbevölkerung und der Inflation leisten wir uns pro Kopf mehr als je zuvor (siehe Tabelle S. 27).

Die grossen Posten sind Wohnen (70 Milliarden), Gesundheitspflege (44 Milliarden) und Lebensmittel (31 Milliarden). Interessant ist, wie verschieden sich die einzelnen Ausgaben entwickelt haben. Auch wenn wir uns routiniert über die zu hohen Preise im Supermarkt beklagen: Die Schweizer Haushalte geben prozentual immer weniger für Fleisch, Gemüse, Käse und so weiter aus. 1990 betrug ihr Anteil bei den Konsumausgaben 12,5 Prozent, heute sind es noch 10,5 Prozent. Nach dem Krieg musste eine Familie über einen Viertel ihres

Budgets für Nahrungsmittel reservieren. Fazit: Wir essen heute wesentlich günstiger, obwohl wir rund 30 Prozent Kalorien mehr zu uns nehmen.

Überdurchschnittlich zugenommen haben dafür seit 1990 die Ausgaben fürs Wohnen (plus 14 Prozent), die Gesundheitspflege (plus 42 Prozent) und das Telefonieren (plus 37 Prozent) ... Hier hat die Verbreitung des Mobilfunkverkehrs und des Internets Spuren im Portemonnaie hinterlassen.

In anderen Bereichen sparen die Haushalte Geld, ohne sich dafür einschränken zu müssen. Für Kleider und Schuhe geben die Schweizer etwa gleich viel Geld aus – rund 11 Milliarden Franken – wie vor zwanzig Jahren. Trotz Teuerung. Hat der modebewusste Teenager deswegen weniger im Schrank als sein Pendant von 1990? Mitnichten. In dieser Branche wirkt der Wettbewerb. Mit den Margen sinken die Preise. Dafür ist die Textilindustrie mit Ausnahme weniger Nischenprodukte aus der Schweiz verschwunden – selbst Portugal oder

Rumänien haben Mühe, gegen die ostasiatische Konkurrenz zu bestehen. Das ist der Preis der Globalisierung, die aber insgesamt das grösste Wohlstandsprojekt aller Zeiten darstellt, wie das folgende Kapitel aufzeigt.

Reiche werden reicher – Arme auch

Die Schweiz gilt als eines der reichsten Länder der Erde. Das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner gehört mit 69 887 Franken (provisorische Zahlen) zu den höchsten weltweit. Auch das durchschnittliche Brutto-Erwerbseinkommen ist ein Spitzenwert und in den letzten zwanzig Jahren auf fast 80 000 Franken geklettert (siehe Tabellen S. 26).

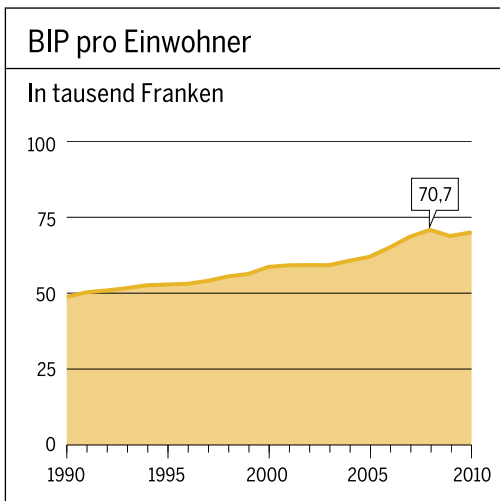
Berechnungsbasis bilden die Löhne der Vollzeitbeschäftigten und der Medianwert: Das heisst, die Hälfte der Erwerbstätigen in der Schweiz verdienen mehr als die aktuell 78 000 Franken (2010) im Jahr, die andere Hälfte weniger. Mit dieser Methode werden Verzerrungen durch die Spitzensaläre aus dem Top-Management ausgeglichen. Der mathematische Durchschnittslohn eines Daniel Vasella (der Novartis-Chef wird mit rund 20 Millionen

Staaten, die früher als hoffnungslos galten, machen deutliche Fortschritte.

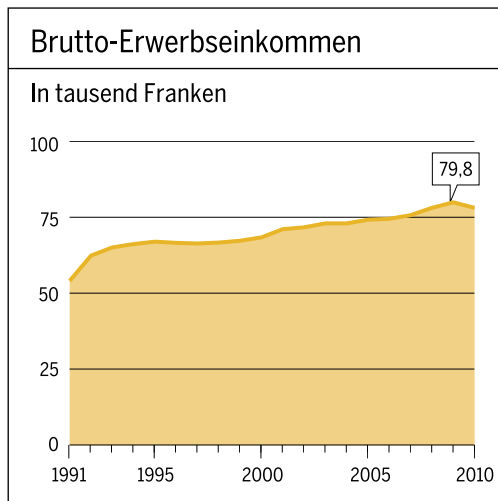
Franken jährlich entschädigt) und einer Pflegefachfrau (sie erhält rund 5500 Franken monatlich) würde keinen Sinn ergeben.

Das attraktive Schweizer Lohnniveau sorgt entsprechend für Zuwanderung. Mit der Personenfreizügigkeit kann die Wirtschaft aus einem potenziellen Reservoir von über einer halben Milliarde Menschen schöpfen. Die jüngsten Zahlen des Statistischen Jahrbuches 2012 machen deshalb einen Trend deutlich: Seit 2007 – im Juni des gleichen Jahres wurde die vollständige Personenfreizügigkeit mit den EU-15-Staaten eingeführt – stagniert das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner beziehungsweise sinken die Bruttoerwerbseinkommen. Mit der ausländischen Konkurrenz wird je nach Branche ein sanfter bis stärkerer Lohndruck spürbar.

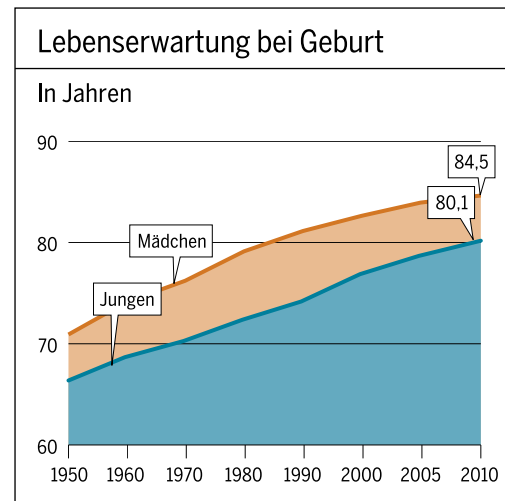
Doch ist der Wohlstand einseitig verteilt? Geht er zu Lasten der Ärmsten? Lebt nur der Norden in Saus und Braus? Solche altlinken Mythen sind verstaubter denn je. Staaten, die früher als hoffnungslos galten, machen deutliche Fortschritte. Dank der robusten Konjunktur von Brasilien, Indien und China konnten die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise erfreulich abgemildert werden. Insgesamt zeigt sich das Bild einer einzigartigen Wohlstandsvermehrung: Vor zehn Jahren lag das Bruttosozialprodukt der Welt bei 33 Billionen Dollar, inzwischen hat es sich beinahe verdoppelt – wovon überdurchschnittlich viele Arme profitieren. >>>



Spitzenwerte: Bruttoinlandprodukt der Schweiz.



Fast 80 000 Franken: Brutto-Erwerbseinkommen.



Über 80: Lebenserwartung in der Schweiz.

Gemäss Weltbank gilt ein Mensch dann als arm, wenn er mit weniger als 1.25 Dollar täglich auskommen muss. 1980 fiel rund die Hälfte der Weltbevölkerung unter diese Kategorie. 1990 waren es 43 Prozent, 2005 noch 25 Prozent. Seither ist der Anteil auf 22 Prozent gesunken. Die Zahl der Armen reduzierte sich nicht nur relativ, sondern auch in absoluten Zahlen – obwohl die Weltbevölkerung parallel dazu stark wuchs: von 1990 bis 2010 um gut 1,3 Milliarden.

Wie der britische Autor Matt Ridley in seinem Bestseller «The Rational Optimist» vorgerechnet hat, verdient ein Chinese heute zehnmal mehr und lebt 25 Jahre länger als seine Grosselterngeneration. Auch Afrika zieht nach: Nigerianer beispielsweise sind doppelt so reich wie vor 50 Jahren und haben eine um neun Jahre gesteigerte Lebenserwartung. Ridley fasst zusammen: «The rich get richer, but the poor do even better.» Selbst die unverdächtigen Vereinten Nationen kommen zum Schluss, dass sich die Armut in den vergangenen fünfzig Jahren stärker verringert hat als in den vorangegangenen 500 Jahren!

Gesünder, älter – weltweit

Es ist eine Erfolgsmeldung, die taktisch verschwiegen wird: Die Medizin hat Aids weitgehend im Griff. Zwar ist die Immunkrankheit (noch) nicht heilbar, aber man kann mit ihr leben. Eindrücklich ist die Zahlenreihe der Todesursachen in der Schweiz. In den 1990er Jahren starben jährlich bis zu 647 Personen an Aids. Mittlerweile ist die Zahl auf rund 30 gesunken. Der Tod ist aufgeschoben: dank effektiver, wenn auch sehr teurer Medikamente (siehe Tabelle).

Die Neuinfektionen haben sich bei rund 150 Fällen jährlich eingependelt (gegenüber 219 bis 720 Ansteckungen zwischen 1990 und 2000). Während nur noch wenige Drogenabhängige an Aids erkranken, bilden homosexuelle Männer mit rund einem Drittel die konstant grösste Patientengruppe.

Das Beispiel zeigt, wie die moderne Medizin Fortschritte erzielt. Noch erstaunlicher als die medizinischen Erfolge ist die Gleichgültigkeit, mit der viele Menschen dieser Entwicklung begegnen. Konkret ist die Lebenserwartung in der Schweiz für beide Geschlechter enorm gestiegen: Erreichten Männer 1950 knapp das heutige Pensionsalter (66,4 Jahre), sterben sie heute durchschnittlich mit 80,1 Jahren. Frauen erreichen sogar 84,5 Jahre – das sind 13,7 gewonnene Lebensjahre (siehe Tabelle).

Umwelt-Alarmisten gelten als moralisch überlegen und zielen aufs emotionale Zentrum der Leute.

Selbstverständlich ist dieser Fortschritt nicht gratis. Der Kostenanteil des Gesundheitswesens am schweizerischen BIP hat sich von 4,8 (1960) auf 11,4 Prozent (2009) mehr als verdoppelt. Die hohe Lebenserwartung allerdings rein unter dem Aspekt von Franken und Rappen zu sehen, wäre zynische Nörgelei.

Gesünder und älter zu werden, ist glücklicherweise kein helvetisches Privileg. So ist die Kindersterblichkeit in den meisten Ländern entscheidend gesunken: in Asien, Nordafrika, Lateinamerika, im Mittleren Osten, aber auch in Europa seit 1990 um rund 50 Prozent. In Schwarzafrika immerhin um einen Fünftel. Die Wahrscheinlichkeit, dass heute ein Kind in Nepal bei der Geburt stirbt, ist geringer als in Italien 1951. Ein durchschnittlicher Mexikaner lebt heute länger als ein Brite 1955. Insgesamt hat im gleichen Zeitraum die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen um ein Drittel zugenommen. Global liegt sie nun bei 65 Jahren – etwa so hoch wie in den alten Industrieländern (siehe Schweiz) Anfang der fünfziger Jahre.

Weltuntergang einmal mehr verschoben

Dieses Kapitel ist keine Anleitung zur Sorglosigkeit. Aber doch ein Aufruf zu mehr Gelas-

senheit. Der Weltuntergang findet nicht statt. Auch keine Klimakatastrophe. Und kein Eisbärsterben. Wen hat das Bild des einsam auf einer Eisscholle treibenden Bären nicht gerührt? Dabei hat sich die Eisbärpopulation seit Einführung eines strikten Jagdverbots in den letzten Jahrzehnten vervielfacht und seither stabilisiert.

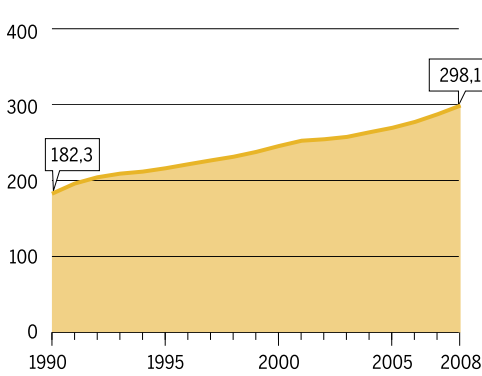
Mitte der siebziger Jahre machten Journalisten ihrem Publikum vorzugsweise mit schauerlichen Geschichten über eine drohende Kälteperiode Angst. Der Club of Rome lancierte seine Überbevölkerungsszenarien, bevor der Öko-Alarmismus sich wieder neue Betätigungsfelder suchte: der saure Regen, das Waldsterben, das Ozonloch, der CO₂-Ausstoss und schliesslich die Klimaerwärmung, die sich inzwischen zum sogenannten Klimawandel häutete, da seit rund zehn Jahren die Temperaturen stagnieren oder sogar leicht rückläufig sind. Vor ein paar Monaten warteten Experten mit der originellen These auf, die strengen Winter seien eben gerade Ausdruck des *global warming*.

2001 provozierte der dänische Statistiker Bjørn Lomborg mit seinem Bestseller «Apocalypse No!» die Öffentlichkeit. Er wies mit einer Vielzahl von Auswertungen und Statistiken nach, dass die Menschheit noch nie über so gute Lebensgrundlagen verfügte wie jetzt. Eine kollektive Hasswelle löste der Autor aus, als er in seinem Buch auch ökologische Dogmen faktenreich zu zerlegen begann und erste Fragezeichen hinter die Theorie des Treibhauseffektes setzte. Lomborg wollte keineswegs Umweltzerstörungen in Abrede stellen. Nur verlangte er von der «Öko-Elite» mehr Redlichkeit und generell mehr Zuversicht, «mit den noch bestehenden Problemen fertig zu werden».

Hinter dem Klima steckt eine hochkomplexe Mechanik. Welche Faktoren sich wie bemerkbar machen, ist schwer nachzuweisen. Allerdings verfügen Umwelt-Alarmisten über einen entscheidenden Heimvorteil: Sie gelten als moralisch überlegen und zielen aufs emotionale Zentrum des Publikums.

Gesamtwirtschaftliche Ausgaben der Haushalte für den Endkonsum

In Milliarden Franken



	1990	2008
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	21,9	31,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	8,0	10,1
Bekleidung und Schuhe	11,3	11,5
Wohnung, Wasser, Strom, div. Brennstoffe	38,0	70,8
Innenausstattung, Haushaltsgeräte	11,4	13,9
Gesundheitspflege	19,3	44,3
Verkehr	14,7	23,8
Kommunikation (Telefon, Post usw.)	3,5	7,8
Freizeit und Kultur	17,4	23,6
Unterrichtswesen	0,7	1,5
Restaurants und Hotels	14,6	22,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	21,5	36,7
Total	182,3	298,1

Starke Zunahme beim Wohnen und bei der Gesundheitspflege: Schweizer Konsumverhalten.

Matt Ridley, von Haus aus Zoologe, versteigt sich in seinem Buch nicht in wissenschaftliche Debatten. Er beantwortet eher britisch-nüchtern die Gretchenfrage: wenn schon ziehe er die «warmer and richer»-Variante der «cooler and poorer»-Alternative vor. Zumal die extremen Klimatheoretiker mit «wilden Vermutungen» operierten.

Pessimisten gehen die Argumente aus

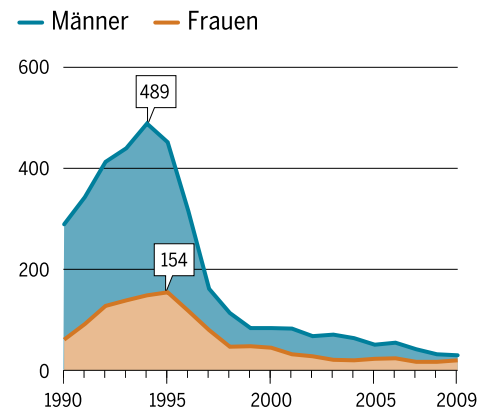
Der bayrische König Ludwig II. war ein Exzentriker mit Sinn für technische Feinheiten. In seinem Sommerschloss Linderhof konnten die Räumlichkeiten mit Heissluft beheizt werden. Die Dienerschaft feuerte dafür in schmalen Gängen zwischen den Wänden die dafür benötigten Öfen an. Ziemlich viel Aufwand. Was im 19. Jahrhundert ein absoluter Luxus war, ist mittlerweile nicht nur in der Schweiz Standard: eine Zentralheizung. Wer heute auf das Existenzminimum gesetzt wird, darf seinen Fernseher behalten – den Kühlschrank und die Waschmaschine sowieso. Ein Durchschnittsschweizer lebt heute wesentlich

länger und komfortabler als ein Monarch um 1870.

Liebe macht blind. Pessimismus offensichtlich auch. Die Entwicklung der Menschheit ist eigentlich erdrückend – positiv. Von 1955 bis 2005 hat sich das Durchschnittseinkommen verdreifacht. Die Menschen leben rund einen Drittel länger. Die Kindersterblichkeit ist markant gesunken wie auch die Analphabetenrate. Noch nie besaßen so viele Menschen ein Telefon, ein WC oder ein Fahrrad. Matt Ridley schießt in seinem Buch ein Feuerwerk von Fakten und Zahlen ab. Sie alle machen deutlich, wie erstaunlich sich der Wohlstand ausbreitet – selbst wenn es immer wieder Rückschläge gibt.

Der deutsche Publizist Dirk Maxeiner sieht vor allem eine «ungeliebte Erfolgsgeschichte» am Wirken: den Kapitalismus. Er überzeuge nicht durch seine Motive, sondern durch seine Ergebnisse. «Er ignoriert Menschheitsretter jeglicher Couleur und macht die Welt stattdessen Schritt für Schritt ein bisschen besser – wobei er zugegebenermassen auch

Sterbefälle von Aids-Kranken



Deutlicher Rückgang: Aids-Tote in der Schweiz.

mal zwei Schritte vorwärts und einen rückwärts macht.»

Auch Ridley sieht die positiven Kräfte der Marktwirtschaft wirken – und er glaubt an die Innovationskraft der Menschen: «Wir können all unsere Probleme lösen.» Leider sei es so, dass man jemanden für verrückt erkläre, wenn er sage, die Welt werde auch in Zukunft immer besser. «Wenn du sagst, der Untergang stehe bevor, darfst du mit dem Friedensnobelpreis rechnen.» Hinter dem Pessimismus würden handfeste Interessen stecken. Keine Wohltätigkeitsorganisation habe je Geld gesammelt mit dem Hinweis, dass sich die Verhältnisse zum Guten wenden. Dabei würden Ridley und Pinker mit ihren Analysen eigentlich einen versöhnlichen Weg aufzeigen: Das ideale Fundament für mehr Wohlstand ist eine Mischung aus männlichem Kapitalismus und weiblicher Zivilisation.

Matt Ridley: Wenn Ideen Sex haben – Wie Fortschritt entsteht und Wohlstand vermehrt wird. DVA. 543 S., Fr. 35.50

Typisch
Schweiz
Typisch
Volg



«Kein Chabis: Volg passt überdurchschnittlich gut zu uns.»

«Als mein Urgrossvater 1920 Sauerkraut herstellte, tat er dies noch von Hand und fuhr das fertige Sauerkraut mit dem Velo zur Kundschaft. Auch heute ist bei uns noch Handwerk gefragt. Zusammen mit den Bauern machen wir etwas Feines aus der Schweiz für die Schweiz. Mit seinen vielen Läden auf dem Land passt Volg gut zu uns und wir zu Volg.»

Daniel Schöni
Inhaber Schöni Swissfresh
Oberbipp



Einst Klartextredner, heute Chorsänger

Dank SVP und Migrationskritik wurde er politisch gross. Nun propagiert er den freien Zustrom aus ganz Europa: Philipp Müller, bald FDP-Präsident.

Von Urs Paul Engeler

*«Ich habe mich nie durch die SVP locken lassen. Meine ganze Karriere ist auf der Opposition zu dieser Partei aufgebaut.» (Philipp Müller am 2. April 2012 in *Le Temps**)*

Die Perle des oberen Wynentals ist Reinach nicht, eher eine Wucherung. Zwischen Coop-Center, Denner, fünf Tankstellen, Otto's Ramschladen, Spar, Recycling-Paradies, Aldi, einem Hochhaus, Landi, «Salon Exotic» im Wohnquartier und einem Baumarkt schwillt ein Dorf, ohne gestalterischen Plan, wie es scheint, zur Kleinstadt. Über 8000 Menschen leben bereits in dieser aargauischen Klein-Aglo. Tag und Nacht wälzen Kolonnen von Autos und Lastern sich mitten durchs Dorf, von Nord nach Süd Richtung Beromünster, Sursee, von Süd nach Nord Richtung Suhr, Aarau, von Ost nach West Richtung Schöftland und von West nach Ost Richtung Hallwilersee, Luzern oder Lenzburg. Am liebsten zwischen Migros-Einkaufszentrum und Bahnhofstestelle Reinach Nord lümmeln junge Ausländer. 37,5 Prozent der Bewohner Reinachs, das heisst rund 3000 Menschen, sind Immigranten. Lehrer, die noch nicht aufgegeben haben, stöhnen und höhnen.

Wer in und für Reinach politisieren will, zielt auf das Problem der Veränderung und auf die steigende Zahl der Ausländer. Philipp Müller, 1952 in einem Reinach geboren, das noch keine 5000 Einwohner und erst eine überschaubare Zahl von Ausländern kannte, setzte sich 1994 an die Spitze eines selbstgegründeten Komitees «für eine begrenzte Zuwanderung» und lancierte die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung», die unter dem populären Titel «18-Prozent-Initiative» bekannt wurde und zur Abstimmung kam. Gefordert wurde, per Verfassung den Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung der Schweiz auf 18 Prozent zu beschränken. Sollte bei Inkrafttreten der neuen Regelung diese Grenze bereits überschritten sein, müsse die ausländische Wohnbevölkerung durch Auswanderung reduziert werden. Verlangte Müller verbindlich.

Der Radikale, der sich mit der forschenden Forderung erstmals ins helvetische Rampenlicht manövrieren konnte, war kein SVP-Mann und auch kein Schweizer Demokrat, sondern als Aargauer Grossrat Mitglied der freisinnigen Partei. Beruflich hatte er sich zunächst als Gipsermeister, dann als Generalunternehmer mit einer Einzelfirma etabliert.

Als das Volksbegehren, das von seiner FDP heftig bekämpft und allein von der SVP unter-



«Nach 2010 wird die Gesamtbevölkerung nicht mehr wachsen»: FDP-Spitzenpolitiker Müller.

stützt wurde, im Jahr 2000 scheiterte (63,8 Prozent Nein-Stimmen), war die Schweizer Ausländerquote bereits auf 19,3 Prozent angestiegen. Ein Jahr nach der Niederlage mobilisierte er ebenso enttäuscht wie wütend und entschlossen die Verlierer seiner «Sympathisanten der Eidg. Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung (18-Prozent-Initiative)» mit einem Rundbrief. Der Bundesrat habe seine «Versprechen für eine restriktive Zuwanderungspolitik nicht eingehalten», schrieb er. Die Medien diktierten, was «politisch korrekt» sei, verschwiegen «Prügeleien von Ausländern» systematisch und setzten so Regierung und Parlament unter Druck. Eine publizistische Gegenkraft müsse her, schlug er vor. Parteiunabhängiges Informationskomitee (Pikom) soll die neue Gruppe der Volksaufklärer heissen; mittels grossflächiger Inserate in der Sonntagspresse sollten «auch unbequeme Fakten und Tatsachen» verbreitet werden.

Die Stimmung reizte Müller mit einer beigehefteten Karikatur auf, die einen stoppelbärtigen und breitnasigen Südländer zeigt, der Walt Disneys Panzerknackern sehr ähnlich ist und der mit dem Plakat «Massen-Zuwanderungsland Schweiz» eine breite und endlos lange Schlange von Eindringlingen über die Grenze dirigiert. Titel: «Und sie machen doch, was sie wollen». Dazu die Parolen: «Machen Sie nicht länger die Faust im Sack! Treten Sie dem Pikom bei! Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.»

Am 4. Mai 2002 wurde das Pikom in Aarau offiziell aus der Taufe gehoben. Neben Initiator und Präsident Philipp Müller komplettierten, perfekt paritätisch, fünf regional aktive FDP-Männer und fünf national bekanntere SVP-Leute den Vorstand, darunter der damalige SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer (ZH), die heutige Aargauer SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger (AG) und der ehemalige SVP-Nationalrat Thomas Fuchs aus Bern.

«Ich habe mich nie durch die SVP locken lassen. Meine ganze Karriere ist auf der Opposition zu dieser Partei aufgebaut.»

Volksredner Müller selbst hatte die Gründungsversammlung – von den 600 Mitgliedern der ersten Stunde (Jahresbeitrag 65 Franken) waren 90 anwesend – durch ein halbstündiges Votum auf seine Vision des Stopps der Einwanderung eingeschworen. Er präsentierte Zahlen, die laut Protokoll «insbesondere im internationalen Vergleich als absolut überrissen zu beurteilen sind». 120 000 Franken hat der Kleinunternehmer mit etwas Geld gemäss eigenen Angaben allein in den Aufbau des Pikom gesteckt. Die enge Kooperation mit den Exponenten der SVP war, wie sich zeigen sollte, eine gute Investition, zumindest, was das eigene politische Fortkommen betraf.

Die neue Plattform, die der Strebsame nutzte, war Ulrich Schlüers Zeitung *Schweizerzeit*. Am 3. Oktober 2003 feuerte FDP-Grossrat Müller in einem ganzseitigen Artikel eine wahre Breitseite gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Oststaaten ab: Der unglaubliche Bundesrat breche Versprechen, drohe, schwinde gegen alle Kritiker die «bewährte Rassismuskeule» und informiere im Verein mit Wirtschaftsverbänden und Parteien unrichtig. «Mit falschen Behauptungen soll uns die Ausdehnung der bilateralen Abkommen auf die neuen EU-Mitgliedstaaten schmackhaft gemacht werden. Im Vordergrund der Argumentation stehen dabei wirtschaftliche Argumente, wobei diese in der Verlautbarung eines Parteisekretariats gar auf die Frage reduziert werden: «Gegen Ausländer oder für die Wirtschaft?»» (Gemeint hatte Müller das parteieigene, das FDP-Sekretariat.)

Die Schweiz werde von den zurückgebliebenen Ostländern jedoch nie profitieren, rechnete der Migrationsspezialist, der sich als Nationalratskandidat auf der FDP-Liste präsen-

Die enge Kooperation mit den Exponenten der SVP war für Müller eine gute Investition.

tierte, vor. Arbeitsplätze würden ausgelagert; im Gegenzug strömten Nichtqualifizierte ins Land; die Arbeitslosigkeit steige, ebenso die Belastung der Umwelt; die Volkswirtschaft erleide Schaden; die Probleme der Sozialwerke würden noch verschärft. Kurz: «Einwanderung ist keine Antwort.» Unter dem Titel «Wie viel Einwanderung erträgt die Schweiz?» hatte er als Referent an einer *Schweizerzeit*-Tagung im «Landhaus»-Saal in Zürich Seebach die gleichen Warnungen ausgestossen; der Vortrag ist als Broschüre greifbar.

Die Botschaft kam an. Dank Pikom-Inseraten, Schlüers *Schweizerzeit*-Sukkurs und Tausenden von Panaschierstimmen aus den Reihen der SVP-Anhänger wurde Müller 2003 ins nationale Parlament gewählt.

«Ich habe mich nie durch die SVP locken lassen. Meine ganze Karriere ist auf der Opposition zu dieser Partei aufgebaut.»

Dass dank SVP mitten in der freisinnigen Prominenz ein Gegner der Personenfreizügigkeit auftauchte, bereitete der Partei Bauchweh. In einem Strategiepapier setzten Economiesuisse, die federführende FDP, Bundesbeamte und andere interessierte Kreise sich darum das vordringliche Ziel vor der Abstimmung, den «Problemherd» Philipp Müller von der Nein-Front wegzuberechnen, auch wenn dieser als «nicht einfach» einzustufen sei. So schwierig war die Umpolung offenbar nicht. Schon Mitte 2005 agierte der Grundsatzkritiker als Botschafter für die Ausweitung der Personenfreizügigkeit.

Wie ein gedrehter Handschuh verkündete er, immer noch als Pikom-Präsident, im Chor der grossen Mehrheit, es sei «keine Masseneinwanderung» zu befürchten, kein Anstieg der Arbeitslosigkeit und so weiter. Dafür profitiere der Export, auf dem «unser Wohlstand basiert», und die «Qualität ausländischer Arbeitskräfte» werde ansteigen. «Der freie Personenverkehr stellt die Weichen richtig», schrieb er in der *NZZ am Sonntag*, die Ausweitung «wird die Einwanderung dämpfen». Und wörtlich via *Sonntagsblick* am 3. Juli 2005: «Nach 2010 wird die Gesamtbevölkerung nicht mehr wachsen – trotz Freizügigkeit.»

Helvetische Schmerzgrenze

Die abrupte Kehrtwende ihres Gründers und Chefs stellte das Pikom vor eine Zerreihsprobe. Die Basis wollte eindeutige Nein-Inserate schalten; Müller taktierte und setzte einen nach allen Seiten hin offenen Beschluss durch, der ihm die Gestaltung der Kampagne überliess. Statt «unbequeme Fakten», wie es Zweck des Vereins ist, wollte er ein Streitgespräch zwischen einem Gegner und dem FDP-Nationalrat und späteren Economiesuisse-Präsidenten Gerold Bührer publizieren. Nur fand sich niemand, der das Alibi für eine versteckte Ja-Propaganda geben wollte. So endete die grosse Pikom-Aktion im Nichts. Die Wut der Mitglieder auf ihren Präsidenten entlud sich in Mails, die einen Ordner füllen. Philipp Müller wurde als «Verräter», der von Economiesuisse gekauft worden sei, und «grösster Politspinner aller Zeiten» beschimpft, der «alle beschissen» habe. Erboste verlangten den Jahresbeitrag zurück. Nüchternere registrierten einen Verstoß gegen die Statuten und stellten fest: Das Pikom «hebt sich selbst auf». Als Konsequenz aus den Wirren übergab Müller das Pikom-Präsidium dem SVP-Mann Thomas Fuchs.

1995 wollte Philipp Müller die Einwanderung stoppen. 2003 malte er Bilder einer von Billigarbeitern überfluteten und verarmenden Schweiz an die Wand. 2005 orakelte er von seiner Villa ob Reinach aus, ab 2010 werde die Schweizer Wohnbevölkerung stagnieren. 2009 sagte er in einem Interview mit dem *Sonntag*, die realen Zuwanderungszahlen seien «politisch brisant»; die Einwanderung habe sich versechsfacht, sei «förmlich explodiert». Bei der Zahl von acht Millionen Einwohnern sei für ihn die absolute helvetische Schmerzgrenze erreicht.

Derzeit leben 7,93 Millionen Menschen in diesem Land. Gemäss dem «mittleren Szenario» des Bundesamtes für Statistik wird Müllers absolute «Schmerzgrenze» Ende dieses Jahres bereits erreicht oder überschritten sein.

Für den neuen FDP-Präsidenten wohl der Anlass für die nächste staatsmännische Schönfärberei.

* Originalzitat: «Je n'ai jamais été tenté par l'UDC. Toute ma carrière s'est construite en opposition à ce parti.» (Philipp Müller am 2. April 2012 in *Le Temps*)

Nur Vorteile für Deutschland

Seit drei Jahren schwelt der «Steuerstreit» mit Deutschland. Mit einem Abkommen soll er nun beigelegt werden. Das Problem dabei: Der Vertrag bevorzugt einseitig die deutsche Seite. Die angeblichen Vorteile für die Schweiz erweisen sich bei näherem Hinsehen als warme Luft. *Von Florian Schwab*



«Substanzielles Entgegenkommen»: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

Es genüge, wenn die Indianer wüssten, dass die siebte Kavallerie im Fort Yuma sei, dann müsse sie gar nicht ausreiten. So schwadronierte der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) mit Blick auf unbesteuerter Vermögen deutscher Bankkunden in der Schweiz. Drei Jahre ist dies her. Mittlerweile ist die Tinte der Abkommen vom 21. September 2011 und des vergangenen Woche unterschriebenen Zusatzprotokolls getrocknet, und man kann sagen: «Steinbrück hat recht behalten.» Das Bergvolk hat sich kampflos ergeben, während die Siegerseite sich noch ziert, die Kapitulation anzunehmen.

Selbstanzeige wird attraktiver

Dem deutschen Staat bringt das Abkommen nur Vorteile: Im Rahmen einer Nachbesteuerung bestehender Kundenbeziehungen wird die Schweiz hoheitlich für Deutschland eine einmalige Abgeltungssteuer eintreiben und diese nach Berlin überweisen. Rund zehn Milliarden Franken wird das Abkommen in die deutsche Staatskasse spülen, so die Schätzung auf Basis des ursprünglichen Vertrags.

Die Steuersätze sollten ursprünglich zwischen 19 und 34 Prozent des Kundenguthabens per (rückwirkend festgelegtem) Stichtag 31.12.2010 betragen. Für die Jahre 2011 und 2012 wird eine Verzinsung von drei Prozent

festgelegt – in der aktuellen Nullzins-Umgebung eine gewagte Annahme zu Lasten der Bankkunden.

Die Nachverhandlungen setzen nun einen Steuersatz zwischen 21 und 41 Prozent fest, abhängig vom Wert des Depots, von der Dauer der Kundenbeziehung und von der Rendite. In den Kommentaren zum Zusatzprotokoll wurde hierzulande teilweise erleichtert fest-

Das Steuerabkommen bringt der Schweiz nichts. Es schadet dem Finanzplatz.

gestellt, dass die massive Erhöhung an der oberen Grenze von 34 auf 41 Prozent tatsächlich nur relativ wenige Kunden betrifft (nämlich diejenigen, die ein sehr grosses Depot langfristig bei derselben Bank hatten und im Zeitraum 2002–2010 hohe Renditen erzielt haben). Aber auch Kunden, deren Vermögen auf der niedrigsten Stufe nachbesteuert wird, müssen mehr abliefern (21 statt 19 Prozent).

Ein selbständiger Handwerksmeister aus Württemberg, der eine Million Schweizerfranken für schlechte Zeiten auf die Seite gelegt hat, muss dank Widmer-Schlumpfs «substanzielles Entgegenkommen» (Zitat von der Pressekonferenz am vergangenen Donners-

tag) mindestens 20 000 Franken mehr abliefern als im ursprünglichen Vertrag.

Unter dem Strich ist daher durch das Zusatzprotokoll die freiwillige Meldung, mit der man der Pauschalbesteuerung entgehen kann, attraktiver geworden. Jeder Kunde muss prüfen, was ihn günstiger zu stehen kommt: die freiwillige Meldung (und Deklaration des Vermögens gegenüber dem deutschen Staat) oder die Ablieferung der anonymen Steuer. Bereits im ursprünglichen Vertrag war die freiwillige Meldung bei der Einkommenssteuer meist günstiger, sagt Rechtsanwalt Tobias Ebel, der bei der Beratungsunternehmung BDO in München auf Selbstanzeigen spezialisiert ist. Von ihm lassen sich vor allem Kunden mit einem Guthaben zwischen 500 000 und 3 Millionen Euro beraten. In diesem Segment werde «das Zusatzprotokoll zu mehr Selbstdeklarationen führen». Es sei daher unwahrscheinlich, dass der deutsche Staat durch die gestaffelt erhöhten Steuersätze mehr Geld einnehme.

Ebel kritisiert an der Mechanik der pauschalen Nachbesteuerung, dass lange Depotzeiten teilweise zu höherer Nachbesteuerung als kurze Depotzeiten führen: Wer jedes Jahr seine Bank gewechselt hat, fährt manchmal günstiger als wer zehn Jahre bei derselben Bank geblieben ist. Unberücksichtigt bleiben laut Ebel bereits bezahlte Steuern sowie sonstige Anrechnungs- oder Abzugsbeträge und Steuerbefreiungen, was besonders bitter ist für diejenigen, deren Depot aus versteuertem und unbesteuertem Geld besteht.

Für zukünftige Erträge werden jährlich durch die Schweiz 26,375 Prozent Steuern erhoben und nach Berlin überwiesen. Steuerlich spielt es kaum noch eine Rolle, ob ein Kundendepot von einer Bank in der Schweiz oder in Deutschland verwaltet wird.

Warum begrüsst die Schweizer Finanzindustrie trotzdem das Steuerabkommen (inklusive Zusatzprotokoll)? Das erste Argument, das aus Schweizer Sicht für das Abkommen sprach, war die zukünftige Rechtssicherheit: Den Schweizer Banken und ihren Kunden sollte in Zukunft der Altraum erspart bleiben, mit geklauten Daten-CDs auf dem falschen Fuss erwischt zu werden. Das Ziel wurde nur teilweise erreicht. Auch in Zukunft, sagte der Berner Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz der *Basler Zeitung*, kann Deutschland Daten-CDs aufkaufen. Der Nutzen daraus wird allenfalls geringer, weil die meisten Gelder legalisiert sind.

Der zweite Pluspunkt für die Schweiz könnte der erleichterte Marktzutritt für die Finanzindustrie auf dem deutschen Markt sein. Steuerrechtler Tobias Ebel sieht darin eine deutliche Verbesserung zu heute: In der Schweiz durch die Finma zugelassene Anlageprodukte werden neu in Deutschland automatisch anerkannt, auch wenn die entsprechende Bank in Deutschland keine Niederlassung hat. Das langwierige und teure Zulassungsverfahren bei der deutschen Behörde Bafin entfällt. Dafür darf die Bafin (mit der Finma) im Nachhinein bei Schweizer Banken die Einhaltung deutscher Bestimmungen zum Vertrieb und Kundenschutz kontrollieren. In einem Beitrag für den *Sonntag* empörte sich Martin Janssen, Professor für Finanzmarktökonomie am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich sowie Leiter der Ecofin-Gruppe: «Man stelle sich vor: deutsche Aufseher in den Räumlichkeiten von Schweizer Banken!»

Marktzugang höchst unsicher

Nicht nur deshalb zweifeln Experten daran, dass der erleichterte Marktzutritt auf Dauer ein Vorteil ist: Die Europäische Union ist derzeit mit einer Verschärfung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Mifid) beschäftigt, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll. Die neuen Mifid-II-Bestimmungen sehen vor, europaweit den «Kundenschutz» zu vereinheitlichen: ein bürokratisches Monster, das die Anforderungen an die Dokumentation deutlich erhöht. Mifid-II setzt für ganz Europa einheitliche Standards durch, auch bei der Behandlung von Drittstaaten wie der Schweiz.

Damit gerät Mifid II in einen Konflikt mit dem freien Marktzugang für Schweizer Banken in Deutschland. Es sei schwer nachzuvollziehen, dass im Abkommen Mifid II unberücksichtigt blieb, sagt Marcel Aellen, Senior Manager Financial Services bei KPMG Schweiz. Für Deutschland werde «Mifid II Vorrang haben vor den bilateralen Abkommen, und dies müsste deshalb konsequenterweise auch beim Steuerabkommen so sein», sagt Aellen weiter. Der freie Marktzugang wäre dann Makulatur.

Von den beiden angeblichen Vorteilen bleibt bei genauem Hinsehen nicht viel übrig: Die Rechtssicherheit ist auch in Zukunft durch geklaute Daten-CDs gefährdet, und der erleichterte Marktzutritt ist eine vorübergehende Erscheinung, die schon bald durch eine neue Regulierungswelle davongespült wird.

Das Steuerabkommen bringt der Schweiz nichts. Es schadet dem Finanzplatz und untergräbt das Vertrauen der Bankkunden in die finanzielle Privatsphäre. Wer sich nicht beim deutschen Steueramt anzeigt, wird durch die Schweiz teilentignet. Der Kunde kann sich allenfalls noch damit trösten, dass sein Name nicht (wie im Fall USA) direkt dem deutschen Steueramt gemeldet wird. ○

Schattenwirtschaft

Die dunkle Seite

Deutschland gibt sich als moralischer Musterknabe in der Wirtschaftspolitik. Zu Unrecht. Von Florian Schwab



Lehrmeisterin Europas: Kanzlerin Merkel.

Exportweltmeister: Dieser von deutschen Politikern gern gebrauchte Begriff beschreibt recht gut die aktuelle Selbstwahrnehmung des «grossen Nachbarn». Genährt wird das hohe Selbstvertrauen durch die Statistik: Während andere Länder der Euro-Zone durch eine tiefe Rezession gehen, bleibt das Wachstum in Deutschland positiv. Die Arbeitslosenrate ist eine der geringsten in der Europäischen Union. Der deutsche Finanzminister kann sich zu traumhaften Konditionen am Kapitalmarkt verschulden. Sogar der französische Präsident Sarkozy will wirtschaftlich «von Deutschland lernen».

Diese unbestrittenen Erfolge verleiten manch einen deutschen Politiker dazu, sich als Lehrmeister aufzuspielen. Zu spüren bekamen dies zuvorderst Griechen und Italiener, denen die Europäische Union unter Anleitung von Kanzlerin Merkel die Wirtschaftspolitik diktiert.

Nicht viel anders ergeht es der Schweiz. In den Verhandlungen mit Deutschland musste das historisch gewachsene Schweizer Rechtssystem Federn lassen. In der Öffentlichkeit profilieren sich führende deutsche Politiker auf seine Kosten. Gerne wird dabei die Moral ins Feld geführt. Unversteuertes Vermögen wird pauschal als

«Schwarzgeld» gebrandmarkt und damit auf eine Stufe gestellt mit Geld, das aus einem Verbrechen stammt. Bei so viel moralisch aufgeladenem Selbstbewusstsein muss der Einwand gestattet sein: Deutschlands Wirtschaftssystem ist «schwärzer» als dasjenige hierzulande.

Geldwäscherei: Deutschland hinkt bei der Umsetzung der Anti-Geldwäschrichtlinien anderen Ländern hinterher und wurde dafür mehrmals durch die EU ermahnt. Ein Bericht des US-Innenministeriums weist das Land als Drehscheibe für Schwarzgeld aus. Tatsächlich können Gelder, die aus dem organisierten Verbrechen stammen, mittels deutschen Spielbanken und Immobilien besonders einfach gewaschen werden.

Schwarzarbeit: In Deutschland beträgt die sogenannte Schattenwirtschaft nach Berechnungen des Linzer Ökonomen Friedrich Schneider im Jahr 2011 knapp 14 Prozent des BIP (Schweiz: knapp 8 Prozent). Der Grund: Mit hohen Abgaben und einem weitreichenden Kündigungsschutz treibt der deutsche Staat Unternehmer in die Illegalität. Eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent tut ein Übriges.

Diktatorengeld: Die Schweiz muss sich häufig den Vorwurf anhören, sie verstecke unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses Vermögen von brutalen Diktatoren und Potentaten. Abgesehen vom zweifelhaften Wahrheitsgehalt des Vorwurfs: Manch ein Diktator verdankt einen substanziellen Teil seines Vermögens dem Handel mit Deutschland. Erst dieses Jahr war der autoritär regierende kasachische Präsident Nasarbajew zu Gast in Berlin und unterschrieb mit Kanzlerin Merkel eine «Rohstoffpartnerschaft».

Prinzip Enteignung: Deutschland hat mit Hyperinflationen und Währungsreformen seine Bevölkerung im vergangenen Jahrhundert zweimal fast komplett enteignet. Auch neuerdings haben Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel den deutschen Steuerzahler mit einer halben Billion Euro in Haftung genommen für das Euro-Experiment.

Die mit den Euro-Rettungsaktionen verbundenen Risiken sind als Begründung für das Vorgehen gegen das Schweizer Bankgeheimnis wesentlich stichhaltiger als die vorgeschobenen moralischen Argumente.

Schweizer Trumpf an der Grenze

Grassierender Einkaufstourismus, mehr Flugverkehr und ausländische Forderungen nach Abgeltungssteuern: Das sind Schattenseiten des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Die Errichtung von Grenzhandelszonen würde neue Chancen eröffnen. Von Reiner Eichenberger

Die Schweiz ist wirtschaftlich sehr erfolgreich. Ihre politischen Institutionen – insbesondere direkte Demokratie und Föderalismus – führen zu besserer Politik und mehr Wohlstand als in den Nachbarländern. So ist das Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz zu Wechselkursen umgerechnet rund 80 Prozent höher als in Deutschland, und ihre Gesamtverschuldung ist mit 40 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) weit geringer als die deutsche mit 80 Prozent, von der impliziten Verschuldung Deutschlands durch ungedeckte Rentenversprechen von 150 bis 200 Prozent des BIP ganz zu schweigen.

Doch der Erfolg hat auch Kehrseiten. Erstens versuchen in- und ausländische Hersteller und Importeure, die hohe schweizerische Kaufkraft mittels Preisdifferenzierung zwischen der Schweiz und der EU abzuschöpfen. Das ist ein Hauptgrund dafür, dass unser Preisniveau überhöht und die Schweiz eine Preisinsel ist. Als Folge boomt der Einkaufstourismus, mit immer schwerwiegenden Folgen für den Schweizer Detailhandel und den Fiskus.

Zweitens wächst der Flugverkehr. Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum infolge der starken Zuwanderung treibt die Flugverkehrsnachfrage in die Höhe. Die süddeutschen Gemeinden im «natürlichen» Anflugbereich des Flughafens Zürich profitieren zwar stark von ihrer Flughafennähe sowie dem Schweizer Wohlstand mit seinen Beschäftigungsmöglichkeiten für Grenzgänger und dem Einkaufstourismus. Aber sie wollen verständlicherweise möglichst wenig der mit den Anflügen zusammenhängenden Lasten tragen.

Und drittens stellen ausländische Regierungen zunehmend berechnete und weniger berechnete Forderungen an die Schweiz. Ein Beispiel ist die deutsche Forderung nach hohen Abgeltungen für die Steuerausfälle, die Deutschland durch die Kapitalflucht in die Schweiz entstehen.

Alternativen auf der Preisinsel

Die Diskussionen um Einkaufstourismus, Nordanflug und Abgeltungssteuer wurden bisher isoliert geführt. Dabei gibt es zwischen den drei Themen durchaus enge Zusammenhänge.

Durch den schweizerischen Einkaufstourismus fließen wenigstens fünf Milliarden Franken jährlich in die Nachbarländer der Schweiz und insbesondere nach Deutschland. Da ein grosser Teil der Einkäufe unter der Mehrwertsteuer-Freigrenze von 300 Franken pro Kopf

liegt oder nicht ordentlich deklariert wird, entgehen dem Schweizer Staat jährlich Einnahmen von grob geschätzt 300 Millionen Franken bei der Mehrwertsteuer und weitere 100 Millionen oder mehr bei den Gewinn- und Einkommenssteuern der Detailhändler und ihrer Angestellten. Im Gegensatz zur Schweiz profitieren Deutschland sowie die anderen Nachbarländer steuerlich vom Einkaufstourismus im Bereich von mehreren hundert Millionen Franken, weil lange nicht alle Einkaufstouristen die deutsche Mehrwertsteuer auf ihren Einkäufen zurückfordern und natürlich die deutschen Geschäfte und ihre Angestellten mit dem Handel Gewinne und Einkommen erzielen, das sie versteuern.

Durch den Einkaufstourismus fließen jährlich fünf Milliarden Franken in die Nachbarländer.

Bisher wurde in der Schweiz noch kaum an Rückforderungen für die Steuerausfälle in der Schweiz und die Steuergewinne in Deutschland gedacht, obwohl zwischen dem schweizerischen Einkaufstourismus und den deutschen Kapitalanlagen – oder besser dem deutschen Kapitalanlagentourismus – enge Parallelen bestehen, auch hinsichtlich der Höhe der zukünftigen jährlichen Folgen für die Steuereinnahmen. So wie der Kapitalanlagentourismus den «Touristen» auch zur Umgehung deutscher Gesetze hinsichtlich der Besteuerung dient, dient der Einkaufstourismus den «Touristen» auch zur Umgehung der Schweizer Gesetze hinsichtlich der Mehrwertsteuer, Produktionsbedingungen und Produkteigenschaften.

Natürlich kann man dagegen einwenden, Kapitalanlagentourismus sei nach deutschem Gesetz verboten, wohingegen Einkaufstourismus nach Schweizer Gesetz in gewissen Grenzen erlaubt ist. Letzteres gilt jedoch hauptsächlich mangels Durchsetzbarkeit von Verboten, und mit dem Einkaufstourismus werden die Schweizer Import- und Mehrwertsteuervorschriften bekanntlich trotzdem zuhauf verletzt.

Es bietet sich deshalb an, die Themen Einkaufstourismus, Nordanflüge sowie Abgeltungssteuern in neuer Weise miteinander zu verknüpfen. Zunächst sollte die Schweiz konstruktiver und fruchtbarer als bisher mit dem Einkaufstourismus umgehen. Solange näm-

lich die Schweiz eigene Produkt- und Herstellungsvorschriften hat und ihre Grenzen nicht völlig öffnet, wird sie eine Preisinsel mit zunehmendem Einkaufstourismus bleiben. Sie kann jedoch dafür sorgen, dass ein Teil der Erträge in der Schweiz statt im grenznahen Ausland anfällt.

Vorteile auf beiden Seiten

Dazu müssen entlang der Landesgrenze – unter anderem in Koblenz bei Waldshut und Kreuzlingen bei Konstanz – spezielle Grenzhandelszonen eingerichtet werden, in denen nicht nur nach schweizerischem, sondern auch nach deutschem Recht Güter verkauft werden können. Dann können die schweizerischen und deutschen Handelsketten und Fachgeschäfte Filialen in diesen Zonen eröffnen und sie völlig frei auch von Deutschland aus beliefern. So können sie die gleichen Produkte wie etwa in Waldshut oder Konstanz zu noch tieferen Preisen anbieten, weil die Schweizer Mehrwertsteuer tiefer als die deutsche ist. Die Schweizer Einkaufstouristen müssen nicht mehr über die Grenze nach Deutschland und zurück über den Zoll fahren, sondern können ohne Zeitverlust und Bürokratie direkt in der Grenzhandelszone einkaufen. Zudem wäre der Einkauf in diesen Zonen auch für deutsche Konsumenten sehr attraktiv. Sie könnten nun die Schweizer Mehrwertsteuer zurückfordern und Einkäufe bis zur Freigrenze von 300 Euro pro Kopf mehrwertsteuerfrei nach Deutschland einführen – genau so, wie es bisher die schweizerischen Einkaufstouristen in umgekehrter Richtung getan haben.

Für die Schweiz brächten die Grenzhandelszonen grosse Erträge aus der Mehrwertsteuer und den Steuern auf dem Gewinn der Filialen und dem Einkommen der Mitarbeiter, die zwischen den nahe gelegenen Gemeinden, dem jeweiligen Kanton und dem Bund aufgeteilt werden könnten. Falls die Grenzhandelszonen mehr Einkaufstouristen als bisher die deutschen Grenzorte anziehen würden und so die Schweizer Landwirtschaftspolitik und die Herstellungs- und Produktnormen zu unterlaufen drohten, könnten auf Verkäufen in den Grenzhandelszonen ein leicht erhöhter Mehrwertsteuersatz oder noch einfacher von den Geschäften umsatzabhängige Mieten erhoben werden.

Die neue Politik ist zwar für die Schweiz ideal, aber leider für die süddeutschen Gebiete sehr unangenehm. Sie ist aber in keiner Weise

widerrechtlich oder unfair. Aus rechtlicher Sicht kann Deutschland an den Grenzhandelszonen nichts beanstanden. Sie sind nicht diskriminierend, das heisst, schweizerische und deutsche Einkaufstouristen werden gleich behandelt, und die vorteilhafte Wirkung besteht einzig in der Übernahme deutschen Rechts auf Schweizer Boden.

Dass die Schweizer Kaufkraft so vermehrt in der Schweiz bleibt, entspricht wohl auch deutschem Fairness-Empfinden, und dass neu auch Kaufkraft aus Deutschland in die Schweiz statt umgekehrt fliesst, ist rechtlich und moralisch kaum problematischer als die Tatsache, dass es bisher für Jahrzehnte umgekehrt war. Gleichwohl sollte die Schweiz nicht so wie Deutschland bezüglich seines Kapitalanlagertourismus eine Abgeltung für die deutschen Profite der vergangenen Jahre fordern. Schliesslich bleibt anzumerken, dass mit Italien ein anderes EU-Land an seiner Grenze zur Schweiz zur Umlenkung des Tanktourismus gezielt die Treibstoffsteuern in seinen Grenzregionen gesenkt und damit schon vor der Schweiz eine andere Art von Grenzhandelszone eingerichtet hat.

Süddeutscher Weisswein auf Swiss-Flügen

Angesichts dieser Rechts- und Sachlage ist anzunehmen, dass in Deutschland der Wunsch nach Verhandlungen wachsen würde. Deutschland würde wohl anbieten, die Frage der Grenzhandelszonen mit dem Nordanflug zu verknüpfen. Immerhin sind ja bekanntlich in der Schweiz mehr deutsche Zuwanderer von den Süd- und Ostanflügen betroffen als in Süddeutschland Einheimische von den Nordanflügen, und die Nordanflüge sind in Deutschland mit weit weniger Lärmimmissionen verbunden als die Ost- und Südanflüge in der Schweiz. Für Deutschland wäre es deshalb naheliegend, der Schweiz anzubieten, mehr Nordanflüge zuzulassen, falls die Schweiz in den von den Nordanflügen besonders betroffenen Grenzabschnitten weniger und kleinere Grenzhandelszonen einrichtet als anderswo.

Ein solches Angebot müsste die Schweiz ernsthaft prüfen. Natürlich wären die finanziellen Ausfälle für die Schweiz durch Verzicht auf eine Grenzhandelszone etwa in Koblenz und Kreuzlingen gross. Aufgrund der schwierigen Situation dieser deutschen Gebiete sollte die Schweiz aber Hand zu einer einvernehmlichen Lösung bieten. Schliesslich liegt mit der zurzeit verhandelten Abgeltungssteuer für die deutschen Kapitalanlagertouristen auch schon ein Modell vor.

Eine anständige Abgeltungslösung für den Einkaufstourismus könnte etwa vorsehen, dass die Hälfte der Mehrwertsteuereinnahmen aus den Einkäufen der deutschen Einkaufstouristen an Deutschland fliesst, wenn im Gegenzug dazu ein entsprechender Anteil aus den deutschen Mehrwertsteuereinnahmen aus dem schweizerischen Einkaufstourismus an die

Schweiz fliesst. Ein solches für beide Seiten vorteilhaftes Abkommen sollten unbedingt auch die Swiss und der Flughafen als wichtige Gewinner einer einvernehmlichen Nordanflugregelung aktiv unterstützen. Beispielsweise könnte die Swiss ihren Economy-Passagieren statt namenlosem «Schweizer Weisswein» den viel besseren süddeutschen Weisswein anbieten, und auch der Flughafen mit seinen vielen Restaurants und Cateringbetrieben könnte gezielt Produkte aus dem Raum der Nordanflugzone verwenden sowie den süddeutschen Tourismusgebieten einen Teil der Flughafengebühren der Reisenden weiterleiten, die als Touristen nach Süddeutschland reisen.

So überraschend der Vorschlag mit den Grenzhandelszonen und deren Verknüpfung mit dem Nordanflug auf den ersten Blick erscheinen mag: Mit ihm dürfte wesentlich mehr zu erzielen sein als mit den gegenwärtig laufenden Verhandlungen. Nicht zuletzt könnten Grenzhandelszonen auch viele Probleme des Tessins mit Italien sowie des Welschlands mit Frankreich lösen helfen.

Reiner Eichenberger ist ordentlicher Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management, and the Arts).



Finanzielle Ausfälle ohne Gegenleistung: Schweizer Konsumentin in Deutschland.

Wenn es sich lohnt, invalid zu sein

Alleinerziehende Frauen mit tiefem Lohn haben alles Interesse, IV-Rentnerinnen zu werden. Ihr Einkommen steigt dadurch deutlich. Der Fehlanreiz läuft dem Prinzip «Eingliederung vor Rente» zuwider. *Von Kari Kälin*



15 Milliarden Schulden bei der IV: Innenminister Alain Berset.

Die Studie zur «wirtschaftlichen Situation von IV-Rentnern», die das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) letzte Woche aufgeschaltet hat, hat bis dato null mediales Echo provoziert. Die Nichtbeachtung überrascht. Die Untersuchung, die unter der Leitung von Professor Philippe Wanner verfasst wurde (Institut für demografische Studien, Universität Genf), enthält brisante Befunde. Zum Beispiel diesen: Wer mit Arbeit bloss ein tiefes Einkommen erzielt, kann sich dank einer IV-Rente aus der finanziellen Misere befreien. «Viele Haushalte mit geringen Einkommen und mit Kindern stehen nach einer Rentenzusprache besser da als vorher», schreibt das BSV. Besonders deutlich offenbart sich dieser Zusammenhang bei alleinerziehenden Frauen.

Was wurde gemessen? Die Forscher hatten insgesamt 97 300 Steuerdaten von IV-Rentnern aus neun Kantonen aus dem Jahr 2006 zur Verfügung. Unter anderem haben sie die Situation von alleinerziehenden Frauen vor und nach Erhalt einer Rente analysiert. Vor der Auszahlung einer Rente mussten 41,6 Prozent dieser Gruppe mit einem «sehr geringen Einkommen» auskommen. Danach sank der Anteil auf 20,8 Prozent. Bemerkenswert ist der Vergleich mit den alleinerziehenden Frauen, die ihren Lebensunterhalt weiterhin ohne IV-Rente bestreiten. 29,7 Prozent, also knapp neun Pro-

zent mehr, müssen sich mit einem «sehr geringen Einkommen» durchschlagen.

Selbstverständlich handelt es sich nicht um Beträge, die für ein Leben in Saus und Braus taugen. In der BSV-Studie dient die Hälfte des Median-Einkommens der Gesamtbevölkerung als Massstab für ein «sehr geringes Einkommen». Für eine alleinstehende Person beträgt es 28 622 Franken pro Jahr, für einen Haushalt mit zwei Personen 40 071 Franken. In die zweite Kategorie fallen auch alleinerziehende Mütter.

«Höheres Einkommen als vorher»

Es gibt nichts dagegen einzuwenden, dass IV-Renten ein anständiges Leben ermöglichen. Zweck der IV ist es, die «verbleibenden ökonomischen Folgen der Invalidität im Rahmen einer angemessenen Deckung des Existenzbedarfs auszugleichen». Und natürlich ist eine Rente die Folge einer Krankheit. Dennoch irritieren die Studienergebnisse, weil sie einen Fehlanreiz zutage fördern: Alleinerziehende Frauen, die auf dem freien Arbeitsmarkt nur wenig Geld verdienen, haben ein starkes Interesse, bei der IV zu landen. Dies läuft dem Prinzip «Eingliederung vor Rente» zuwider.

Der Studienautor Philippe Wanner warnt vor Fehlinterpretationen. Man dürfe die Gelder aus der Sozialhilfe nicht vergessen. Sie müssen nicht versteuert werden und erschei-

nen nicht in den Daten, auf denen die Untersuchung fusst. Die Einkommen alleinerziehender Frauen ohne IV-Rente würden daher unterschätzt. Zudem habe ein unbekannter, aber sicher «beträchtlicher» Teil der alleinerziehenden Frauen vor dem Eintritt in die IV Sozialhilfe erhalten. «Es wäre verfehlt, zu behaupten, diese Frauen würden sich für eine IV-Rente «entscheiden», um ihre finanzielle Situation zu verbessern. Der Erhalt einer IV-Rente stellt keine Bereicherung dar.»

Monika Bütler, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen, hingegen kritisiert seit langem die Fehlanreize, welche die IV für Personen mit tiefen Einkommen bietet. In einer Studie aus dem Jahr 2009 kam sie zum Schluss: Für viele IV-Bezüger lohnt es sich gar nicht, sich um eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu bemühen. Verantwortlich dafür sind die Ergänzungsleistungen. Sie werden entrichtet, wenn eine IV-Rente allein nicht zur Deckung des Existenzbedarfs ausreicht. «Auf den ersten Blick erscheint eine Invalidenrente zwar wenig attraktiv», schreibt Bütler. In der Tat: Für eine alleinstehende Person beträgt sie minimal 1160 Franken, maximal 2320 Franken pro Monat. Für untere Einkommensklassen steige die Attraktivität einer IV-Rente dank Ergänzungsleistungen aber deutlich. In vielen Fällen führten die Ergänzungsleistungen dazu, dass IV-Rentner, vor allem jene mit Kindern, finanziell bestraft würden, wenn sie wieder arbeiteten oder ihr Arbeitspensum erhöhten. Schliesslich haben IV-Bezüger pro Kind noch einmal Anspruch auf vierzig Prozent ihrer IV-Rente.

Hier setzt der Bundesrat den Hebel an. Im Rahmen der IV-Revision 6b will er die Kinderrente kürzen – von vierzig auf dreissig Prozent. Die BSV-Studie liefert argumentative Schützenhilfe. «Auffallend ist, dass Haushalte mit Kindern nach Rentenzusprache über ein höheres Einkommen verfügen als vorher», schreibt Stefan Ritler, Vizedirektor des BSV, im Vorwort. Die Anpassung der Kinderrente sei gerechtfertigt. Der Ständerat hat dem Vorschlag des Bundesrats, mit dem sich jährlich 120 Millionen Franken sparen liessen, zugestimmt. Ob der Nationalrat folgt, ist offen. Erstmals seit Jahren hat die IV 2011 dank einer befristeten Zusatzfinanzierung ein (fast) ausgeglichenes Ergebnis präsentiert. Dies jedoch reduziert den Anreiz zu einer raschen Sanierung der mit 15 Milliarden Franken verschuldeten IV markant. ○

«Kühe vor und hinter dem Haus»

Weil ihr die Pflege in der Schweiz zu teuer schien, verfrachtete eine Erbin den schwer dementen Paul Baltensperger heimlich nach Indien. Der Bauer aus Brütten überlebte seine erste und letzte Reise in die Fremde nicht. Vergangene Woche stand die Täterin in Winterthur vor Gericht. *Von Alex Baur*

Wie viel, so fragte man sich nach dem Prozess gegen Marianne N., der letzte Woche in Winterthur abgehandelt wurde, wie viel ist eigentlich ein Menschenleben wert? Sind monatlich 9000 Franken für einen dementen, gelähmten Bauern zu viel? So viel kostete die Pflege im Alterszentrum, wo Paul Baltensperger bis zu seinem 73. Altersjahr während vier Jahren gepflegt wurde. Für die damals 61-jährige Marianne N., die sich als seine Partnerin bezeichnet, war das offensichtlich zu viel.

Anfang 2008 verfrachtete die Bankerin den hilflosen Mann klammheimlich nach Indien in ein abgelegenes Bauerndorf. Dort kostete die Pflege lediglich 2400 Franken im Monat, all-inclusive. Dabei mangelte es Marianne N. nicht an Geld. Sie versteuerte ein Vermögen von 1,2 Millionen Franken und ein Einkommen von rund 150 000 Franken. Von Paul Baltensperger war zudem ein Millionenerbe zu erwarten. Hier lag wohl das eigentliche Problem: Das Vermögen schmolz mit den Pflegekosten. Und wenn man bedenke, so hatte Marianne N. einmal gesagt, dass Baltenspergers Vater 96 Jahre alt geworden war, hätte sich ein beträchtlicher Betrag zusammenläppern können.

Offenbar rechnete Marianne N. nicht damit, dass Baltensperger in Indien, wo die Temperaturen auch mal auf fünfzig Grad Celsius steigen, noch lange leben würde. Die vom Arzt verschriebenen Medikamente hatte sie abgesetzt, eine professionelle Pflege fehlte ebenso wie fundamentale hygienische Einrichtungen. Ein Barfussarzt, der vor Ort beigezogen wurde, weigerte sich, die Verantwortung für den Patienten zu übernehmen. Spätestens nach einem Jahr wäre die Batterie seines Herzschrittmachers am Ende ihrer Kräfte angelangt.

Vorsorglich hatte Marianne N. schon einmal Baltenspergers letztwillige Verfügung verfasst und mit seinem Namen unterschrieben, bevor sie ihn in Indien seinem Schicksal überliess und auf Nimmerwiedersehen zurück in die Schweiz entschwand. Seine Asche sollte demnach verstreut werden, nach indischem Brauch – auch dies eine kostengünstige Lösung, die leider eine Autopsie ausschloss. Nach neun Monaten war es so weit: Baltensperger verstarb – aus unbekanntem Gründen –, fernab von seinem Hof, den er bis zu seiner Demenz nie verlassen hatte, in der Fremde (vgl. *Weltwoche* Nr. 42/11).

Paul Baltensperger war zeitlebens ein einsamer Kauz gewesen. Er war wohl in der Lage, seinen abgelegenen Hof oberhalb von Brütten, nahe der Stadt Winterthur zu führen. Das Aus-

füllen einer Steuererklärung überstieg jedoch seine Fähigkeiten, weshalb ihm die Gemeinde einen Beistand stellte. 1979 tauchte die alleinstehende Marianne N., eine ferne Verwandte, unverhofft auf seinem Hof auf. Mit Hilfe von Anwälten gelang es ihr nicht nur, die Beistandschaft aufzuheben und die Kontrolle über seine Finanzen zu übernehmen. Sie schenkte dem nachweislich nicht zeugungsfähigen Baltensperger 1987 auch eine Tochter. Und diese Tochter ist nun seine Alleinerbin.

Ein Akt der Liebe?

Dass der Tod von Paul Baltensperger überhaupt untersucht wurde, ist allein der Hartnäckigkeit seiner Nachbarn in Brütten zu verdanken. Kurz nach seinem Verschwinden hatten sie die Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter eingeschaltet. Die Gemeindeverwaltung weigerte sich anfänglich – angeblich aus Gründen des Datenschutzes –, auch nur den Aufenthaltsort des Verschleppten bekanntzugeben. Und als die Behörden die Adresse endlich herausrückten, erwies sie sich als falsche Fährte. Paul Baltensperger war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits tot.

Immerhin nahm nun die Zürcher Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf und setzte Marianne N. während fünf Monaten wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft. Die

Polizei scheute keinen Aufwand und ermittelte in Indien. Viel mehr als ein paar Einvernahmen von Tagelöhnern, die Baltensperger betreut hatten und ein erschütterndes Zeugnis von seinem langsamen Ableben erstatteten, brachten die Polizisten freilich nicht nach Hause. Es reichte gerade für eine Anklage gegen Marianne N. wegen Aussetzung eines Hilflosen, Urkundenfälschung und Betrugs.

Doch Marianne N. ist sich keiner Schuld bewusst. Pauls letzte Reise nach Indien entsprach nach ihrer Darstellung seinem letzten Wunsch. Aus Liebe, so erklärte die Bankerin vor Gericht, habe sie ihn aus dem Heim geholt. Nach der Landung in Delhi habe er plötzlich seine Sinne wiedererlangt. Die vielen Kühe in Indien – «vor und hinter dem Haus» – hätten ihn besonders erfreut, das Klima habe ihm gutgetan, rund um die Uhr sei jemand für ihn da gewesen. Die Befragungen der Tagelöhner vermitteln einen anderen Eindruck: Da sie nicht mit Baltensperger reden konnten, zeigten sie ihm, wenn er deprimiert wirkte, ein Bild seines Hofes in Brütten; er habe dann jeweils geweint.

Das Bezirksgericht Winterthur verurteilte die zwischenzeitlich pensionierte Marianne N. letzte Woche zu zwei Jahren Gefängnis, bedingt. Das ist das juristische Mass, mit dem das langsame Sterben von Paul Baltensperger aufgewogen werden soll. ○



Tod in Indien: Bauer Baltensperger.

Die Schattenseiten des Sonnenstroms

Würde es sich bei Solarpanels um gewöhnliche Elektro- oder Elektronikgeräte handeln, wären viele von ihnen verboten. Fotovoltaik-Strom belastet die Umwelt mit mehr giftigen Substanzen als Atomstrom. Solarpanels verbrauchen zudem knappe Rohstoffe. *Von Walter Rüegg und Alex Reichmuth*

Zahlreiche Solarpanels enthalten giftige Schwermetalle wie Blei und Cadmium, die laut der EU-Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe (RoHS) eigentlich nicht verwendet werden dürfen. Auch die Schweiz orientiert sich an dieser Richtlinie. Doch im November 2010 hat das Europäische Parlament beschlossen, Solarpanels nicht der RoHS-Richtlinie zu unterstellen und sie somit vom Schwermetall-Verbot auszunehmen.

Bei einem Verbot hätten insbesondere sogenannte Dünnschicht-Solarzellen, bei denen toxisches Cadmiumtellurid eingesetzt wird, nicht mehr auf Dächer montiert werden dürfen. Die amerikanische Umweltbehörde und die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation haben Cadmiumtellurid als krebserregend eingestuft. Vor dem Entscheid des Europaparlaments hatten international renommierte Wissenschaftler die EU in einem Aufruf aufgefordert, die RoHS-Richtlinie auf Solarzellen auszudehnen. Hier finde «eine grossflächige Verbreitung von giftigen Stoffen» statt, meinte beispielsweise Jürgen Werner vom Institut für Physikalische Elektronik der Universität Stuttgart, einer der Unterzeichner der Initiative.

Erfolgreiches Lobbying gegen Verbot

Die Warnung ist berechtigt, wie eine Berechnung der *Weltwoche* aufzeigt: Würde man das Kernkraftwerk Gösgen durch Solarpanels ersetzen wollen, brauchte es etwa vierzig Quadratkilometer davon, um gleich viel Strom zu produzieren – was fast der Fläche des Thunersees entspricht. Unter Annahme, dass diese Panels auf Cadmiumtellurid-Basis funktionieren und eine zwanzigjährige Lebensdauer haben, würde jedes Jahr eine Giftmenge anfallen, die ausreichen würde, um bis zu hundert Millionen Menschen zu töten (bei Einnahme der toxischen Substanzen). Diese Zahl tödlicher Dosen ist von der Grössenordnung her mit derjenigen der jährlich produzierten radioaktiven Abfälle des KKW Gösgen vergleichbar.

Doch der Aufruf der besorgten Wissenschaftler, keine Schwermetalle in Solarzellen zu verwenden, war vergebens. Vor dem Entscheid des EU-Parlaments hatten die Produzenten von Dünnschicht-Solarzellen gegen ein Verbot von Schwermetallen lobbyiert – namentlich die amerikanische Firma First Solar, welche 2010 die Weltmarktführerin von Solar-



Alles andere als nachhaltig: Solarpanels beim deutschen KKW in Gundremmingen.

zellen war und in Deutschland grosse Fertigungskapazitäten besitzt. First Solar hat ausschliesslich cadmiumhaltige Produkte im Angebot. Cadmiumtellurid-Zellen und andere Dünnschichtzellen seien «unverzichtbar in dem Bemühen der EU, ihre Ziele in Bezug auf erneuerbare Energien [...] zu erreichen», liess First Solar verlauten.

Dünnschichtzellen sind deutlich billiger als die klassischen Solarzellen auf Siliziumbasis. «Ohne Cadmiumtellurid wären wir niemals von den hohen Solarpreisen heruntergekommen», bestätigte Wolfram Jaegermann, Professor für Materialwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Schon vor dem Entscheid des EU-Parlaments hatte dessen Umweltausschuss verlauten lassen, die RoHS-Richtlinie dürfe «der Entwicklung von Technologien für erneuerbare Energiequellen nicht entgegenstehen, die umweltfreundlich,

nachhaltig und wirtschaftlich rentabel sind». Hier habe eine Lobby erfolgreich die eigenen Interessen durchgesetzt, kommentierte ein deutscher FDP-Parlamentarier.

Mehrere Millionen Tonnen Giftstoffe

Mit einem sachgerechten Umgang mit Solarpanels kann man die Gefahr von Schwermetallen zwar bis auf ein Restrisiko reduzieren. Haben die Panels aber das Ende ihrer Einsatzzeit erreicht, müssen die Schwermetalle so entsorgt oder recycelt werden, dass sie keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen. Der Aufwand für die Entsorgung ist dabei mindestens so gross wie derjenige für die Endlagerung von radioaktiven Substanzen, falls man die gleichen Sicherheitsanforderungen stellt. Denn radioaktive Abfälle verlieren nach einigen hundert Jahren einen Grossteil ihrer Toxizität und stellen nach einigen zehntau-

send bis hunderttausend Jahren gar keine Gefahr mehr dar. Die Giftigkeit von Schwermetallen dagegen nimmt auch nach Millionen Jahren nicht ab.

Schwermetalle in Solarzellen, namentlich in Dünnschicht-Solarzellen, sind bei weitem nicht die einzige Gefahr. Sonnenstrom belastet die Umwelt in jedem Fall mit einem ganzen Cocktail an toxischen Substanzen. Das wird klar, wenn man die Gifte berücksichtigt, die bei der Produktion von Solarpanels entstehen oder eingesetzt werden. So fällt bei der Herstellung von Solarzellen auf Siliziumbasis – der am meisten verbreitete Typ – unter anderem Siliziumtetrachlorid an, ein extrem toxisches Gas. Ein einziges Kilogramm davon genügt, um etwa hundert Menschen zu töten. Müsste man das AKW Gösgen durch Siliziumpanels ersetzen, entstünden bei deren Produktion mehrere Millionen Tonnen dieses Giftes. Die Herstellung sogenannter CIGS-Solarzellen (auf der Basis von Kupfer, Indium, Gallium und Selen) wiederum benötigt unter anderem Selen-Wasserstoff als Ausgangsstoff, ebenfalls ein extrem giftiges Gas. Und bei Solarzellen auf der Basis von Galliumarsenid wird das krebserregende Trimethylarsen verwendet.

Die angeblich saubere Solarstrom-Branche geht mit solchen Giftstoffen keinesfalls immer umweltschonend um. Insbesondere chinesische Produzenten stehen im Verdacht, ihre Marktführerschaft auch durch einen «kosten-sparenden» Umgang mit toxischen Substanzen durchgesetzt zu haben. Die *Washington Post* berichtete im Jahr 2008 über eine Fabrik in der chinesischen Provinz Henan, die Polysilizium für die Solarindustrie produziert. Anwohner klagten über giftige Abgase aus dieser Fabrik. Auf die landwirtschaftlichen Kulturen der Umgebung habe sich ein seltsamer weisser Staub gelegt, der die Pflanzen welken lasse.

Proteste gegen Umweltverschmutzung

«Manchmal ist es so schlimm, dass man sich nicht im Freien aufhalten kann», zitierte der Bericht einen Anwohner. «Man muss dann alle Türen und Fenster schliessen.» Chemische Analysen, die von der *Washington Post* in Auftrag gegeben worden waren, zeigten in der Deponie neben der Fabrik hohe Konzentrationen an Chlor und Salzsäure – typische Abbauprodukte des hochtoxischen Siliziumtetrachlorids. Mitunter treibt die Umweltverschmutzung der Solarindustrie die Chinesen sogar auf die Strasse. Im letzten Sommer protestierten mehrere hundert Bewohner eines Dorfes in der Provinz Zhejiang gegen das Gebaren einer ansässigen Solarpanel-Fabrik. Die Demonstranten machten die Emissionen dieser Fabrik für zahlreiche Krebsfälle bei den Anwohnern verantwortlich.

Doch auch abgesehen von den Giftstoffen bei der Produktion stellt Sonnenstrom eine

grosse Belastung für die Umwelt dar. Sollen Solarpanels in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Stromversorgung leisten, bedeutet dies einen riesigen Ressourcenverschleiss. Für eine Kilowattstunde Solarstrom braucht es unter anderem fünfzigmal so viel Kupfer, hundertmal so viel Aluminium und fünfmal so viel Eisen wie für eine Kilowattstunde Atomstrom. Die Vorräte der benötigten Rohstoffe sind begrenzt. Die Kupfervorräte reichen bei heutigem Verbrauch noch dreissig bis sechzig Jahre.

Noch problematischer bei der Produktion von Solarzellen ist der Einsatz an selten vorkommenden Elementen wie Indium, Tellur oder Gallium, von denen heute mehr verbraucht als produziert werden. Der Preis von Indium etwa hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht. Dessen Vorräte könnten noch in diesem Jahrzehnt zur Neige gehen. Eine Rückgewinnung solcher seltenen Materialien aus Solarzellen ist schwierig, weil diese fein verteilt in Schichtstrukturen eingebunden sind. Sonnenstrom ist angesichts dieses Materialverbrauchs alles andere als nachhaltig.

Die «saubere» Solarstrom-Branche geht mit Giftstoffen keinesfalls immer umweltschonend um.

Der Rohstoffverschleiss belastet auch die Umwelt. Als Beispiel sei Kupfer angeführt. Um mittels Fotovoltaik gleich viel Strom zu gewinnen wie mit einem KKW der Grösse Gösgens, sind (bei einer Lebensdauer der Solarzellen von zwanzig Jahren) jährlich etwa 800 Tonnen Kupfer nötig. Bei einem durchschnittlichen Kupfergehalt im Erz von 0,5 Prozent ergeben sich 160 000 Tonnen Bergbauabfälle pro Jahr, welche hohe Konzentrationen an giftigen Substanzen wie Arsen, Cadmium, Quecksilber oder Blei enthalten. Zwar führt auch der Uranabbau zu giftigen Bergbauabfällen (deren Toxizität ebenfalls von chemisch wirkenden Substanzen und nicht etwa von strahlendem Uran dominiert wird). Deren Menge ist aber deutlich kleiner, wenn man von gleich hoher Stromproduktion ausgeht.

Allein der Verbrauch an Kupfer für Solarstrom belastet die Umwelt pro Kilowattstunde schätzungsweise mit gleich vielen tödlichen Gift Dosen wie Atomstrom insgesamt (inklusive radioaktiver Abfälle). Solarzellen benötigen aber, wie erwähnt, weitere Rohstoffe, bei deren Gewinnung ebenfalls grosse Mengen an toxischen Bergbauabfällen anfallen. Das Paul Scherrer-Institut ist bei einer Analyse der Produktionsprozesse verschiedener Energieformen zum Schluss gekommen, dass die Belastung mit Umweltgiften bei Solarstrom weit höher ist als bei Atomstrom. Auch der Ausstoss an CO₂ ist bei der Fotovoltaik höher als bei der Kernenergie.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass Solarstrom zufällig anfällt. Damit die Versorgung mit Strom gesichert ist, muss er gespeichert werden, oder es sind (fossile) Reservekraftwerke nötig. Über den zusätzlichen Materialverschleiss von möglichen Speichersystemen – etwa Batterien oder Pumpspeicherkraftwerke – kann man nur spekulieren. Bei einem Einsatz von Batterien würden nochmals grosse Mengen toxischer Stoffe anfallen. Auch Reservekraftwerke erhöhten die Belastung der Umwelt zusätzlich.

Recycling auch bei Uran möglich

Natürlich kann der Verbrauch an Rohstoffen für Solarmodule mit Recycling deutlich reduziert werden. Dasselbe Argument gilt allerdings auch bei Atomstrom. Würden Brenn-



Hochtoxisch: Solarpanel-Produktion in China.

stäbe aus den Schweizer Kernkraftwerken wiederaufbereitet statt entsorgt, könnten der Uranverbrauch sowie die Menge an radioaktiven Abfällen stark vermindert werden. Die Schweiz verzichtet aber aus politischen Gründen auf diese Option.

Die Solarindustrie und die mit ihr verbundenen Politiker unterschlagen die schlechte Ökobilanz der Fotovoltaik. «Solarzellen wandeln Sonnenstrahlung in elektrische Energie um – ohne Abfall, ohne Lärm und ohne Abgase», schreibt etwa Swissolar, der Fachverband für Sonnenenergie. «Umweltbelastungen sind bei sachgerechter Nutzung kaum zu erwarten», behauptet alt Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP) in seinem Buch «100 Prozent erneuerbar».

Richtig ist jedoch, dass es die Umwelt zusätzlich belastet, wenn Atomstrom durch Solarstrom ersetzt wird. ○

«Die Schweden sind gefordert»

Res Schmid, langjähriger Chef-Testpilot, pariert die Kritik am Kampfjet-Entscheid. Er steht hinter dem Gripen. Kommt es zu Verzögerungen bei der Auslieferung, wird er dafür plädieren, dass uns die Schweden Flugzeuge aus der eigenen Flotte zur Verfügung stellen. *Von Urs Gehrigler und Dan Cermak (Bild)*

Im Wochentakt stiften Informationen zum Kampfjetkauf Verwirrung. Als langjähriger Cheftestpilot kennen Sie die Materie am besten. Sie haben sämtliche Kandidaten geprüft und dem Bundesrat den Kauf des Gripens empfohlen. Warum?

Das neueste Modell, Gripen E/F, ist technisch ein sehr gutes Flugzeug. Es erbringt die Leistung, um den Luftpolizeidienst und die Luftverteidigung unter allen Wetterbedingungen einwandfrei zu erfüllen. Weiter verfügt es über die Befähigung, Bodenziele zu bekämpfen und als Aufklärer eingesetzt zu werden. Das Flugzeug ist robust und steht für vergleichsweise tiefe Betriebskosten. Wie die beiden anderen Kandidaten Rafale und Eurofighter erfüllt der Gripen E/F die vom Planungsstab der Armee und der Luftwaffe formulierten militärischen Anforderungen. Der Typenentscheid Gripen steht für die Weitsicht von VBS-Chef Ueli Maurer: Er stellt damit die Armee als Ganzes ins Zentrum. Dabei wird die Luftwaffe mit 33 F/A-18 und 22 Gripens E/F eine leistungsstarke zudienende Einheit bilden.

Welche Bilanz des Evaluationsprozesses ziehen Sie rückblickend?

Das Echo der Anbieter war durchwegs positiv. Es hiess, man habe viele Evaluationen gemacht, aber ein derart breites und gleichzeitig detailliertes Verfahren wie in der Schweiz hätten sie noch nie erlebt.

Eine Subkommission des Parlaments untersucht, ob bei der Evaluation alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Ihre Arbeit verzögert sich. Schauen Sie der Publikation des Untersuchungsberichts im Juni mit Gelassenheit entgegen?

Ja. Vor kurzem wurde ich von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats aufgeboten und habe ihnen die verlangten als geheim klassifizierten Unterlagen zur Einsicht präsentiert. Sie hatten keine Fragen mehr.

Trotz dem positiven Echo der Anbieter kam es zu einer peinlichen Panne: Dokumente aus dem Evaluationsverfahren gelangten via Medien an die Öffentlichkeit. Wie konnte das geschehen?

Für mich ist das eine Katastrophe. Die Anbieter haben uns ihre technischen Daten und Systemleistungen weitgehend offengelegt. Im Gegenzug haben wir die Daten zum Teil als geheim, andere als vertraulich

klassifiziert, um höchste Diskretion zu garantieren. Den als geheim klassifizierten Teilbericht der technischen Evaluation gibt es in wenigen Kopien bei den verantwortlichen Stellen. Sie sind alle unter Verschluss. Alle anderen Teilberichte sind als vertraulich klassifiziert und ebenfalls unter der Obhut der Verantwortlichen bei der Luftwaffe und bei Armasuisse. Die Indiskretion erfolgte aus den vertraulichen Dokumenten. Der Kreis derjenigen Personen, welche darauf Zugriff haben, ist jedoch klein.

Wer ist für die Indiskretionen verantwortlich? Ein Anbieter, der verloren hat?

Sollte dies der Fall sein, hätte er zuerst an die Dokumente kommen müssen. Also ist das Leck bei uns. Ich erachte es als kriminellen Akt. Für mich ist das ein Missbrauch des Vertrauens unserer Kandidaten. Jetzt läuft eine Untersuchung der Bundesanwaltschaft.

Aufgrund der Indiskretion weiss die Öffentlichkeit, dass beim Gripen gravierende Mängel festgestellt wurden. Trotzdem hat sich der Bundesrat dafür entschieden. Hat Anbieter Saab seit der Evaluation einen technischen Quantensprung vollzogen?

Nach der Evaluation in der Schweiz wurden alle Anbieter aufgefordert, Nachbesserungen und Supplementleistungen aufzuzeigen, zusätzlich zu den Bereichen, die wir in der Schweiz getestet haben. Die Schweden kündigten die meisten Verbesserungsleistungen an. Der moderne Gripen E/F, den die Schweiz beschafft, wird ein stärkeres Triebwerk, einen um fast 50 Prozent grösseren Tank, zwei zusätzliche Aufhängestationen für Sensoren oder Waffen sowie ein AESA-Radar haben.

Welche Verbesserungen werden damit erreicht?

Das stärkere Triebwerk bewirkt eine Verbesserung bei Steigleistung, Beschleunigung, Höchstgeschwindigkeit und im Kurvenkampf. Der grössere interne Rumpftank führt zu entscheidend grösserer Reichweite und längerer Verweildauer. Die zusätzlichen Aufhängestationen erhöhen die Einsatzvielfältigkeit und die operationelle Leistung. Das AESA-Radar (Active Electronically Scanned Array) neuester Generation erlaubt dank elektronischer Strahlschwenkung eine viel raschere und dichtere Überwachung und Kontrolle des Luftraumes. Damit können Ziele schneller entdeckt, präziser verfolgt und wenn nötig bekämpft werden.

Bei den Neuerungen handelt es sich um Ankündigungen. Oft wird kritisiert, die Schweiz habe sich für einen Flugzeugtyp entschieden, der erst auf dem Reissbrett existiert. Was sagen Sie dazu?

Die angestrebten Verbesserungen bewegen sich nicht auf entwicklungstechnischem Neuland, sondern in Bereichen, die man kennt: einen Rumpf ändern, eine Flügeleinleitung anpassen – das kann ein Hersteller wie Saab, das hat er bereits mehrmals gemacht. Für das Radar gilt dasselbe. Die Technologie existiert bereits. Weil zum Zeitpunkt der Evaluation die Neuerungen erst auf dem Papier vorlagen, haben wir sie im Bericht sehr konservativ beurteilt. Ein Radar, das wir nie anschauen konnten, nahmen wir nicht voll in die Bewertung auf. Das kam faktisch einem Abzug gleich. Nun wächst jedoch die Notengebung für den Gripen laufend. Sie steigt mit jeder Verbesserung, welche die Schweden in die Tat umsetzen.

Wie kann die Schweiz kontrollieren, dass das Versprochene auch umgesetzt wird?

Im Mai gehen zwei Schweizer Piloten nach Schweden: Mein Nachfolger sowie der verantwortliche Projektpilot der Luftwaffe. Sie werden den neuen Gripen-E/F-Demonstrator zum ersten Mal fliegen. Damit erhalten wir die Gelegenheit, unsere Hochrechnungen und Erwartungen zu überprüfen.

Falls die Neuerungen der Prüfung nicht standhalten, welches Druckmittel hat die Schweiz in den Händen?

Wir haben den Vertrag noch nicht unterschrieben. Gefällt ist lediglich der Typenentscheid, und der basiert auf der Industrieofferte vom letzten Jahr: 3,1 Milliarden für 22 Gripens E/F mit den ergänzten Neuerungen. Durch die enge Begleitung unserer Ingenieure und die Testflüge haben wir gute Kontrollmittel. Sollten Probleme auftauchen, sagen wir: «Bis wir den Vertrag unterzeichnen, müssen wir die Zusicherung haben, dass alles funktioniert.»

Wann muss der Gripen am Schweizer Himmel sein, damit bei der Luftverteidigung keine Lücken entstehen?

Er muss, wie VBS-Chef Maurer ausführte, in diesem Jahrzehnt noch fliegen; nicht erst 2020. Diese Verhandlungen zwischen Schweden und der Schweiz sind zurzeit im Gange. **Bisher war von 2015 als Liefertermin die Rede. Letzte Woche wurde bekannt, dass die erste Staffel Gripens E/F frühestens 2020**



«Der Gripen muss vor 2020 am Schweizer Himmel sein»: Regierungsrat und Testpilot Schmid.

bereit sein wird. Was bedeutet das für die Schweizer Luftsicherheit?

Der Liefertermin ist Teil der laufenden Verhandlungen, wir sprechen von «noch in diesem Jahrzehnt». Die heutige Lücke würde noch grösser, weil der F-5-Tiger älter wird und nicht alles abdecken kann.

Wie soll man die Lücke füllen?

Die Schweden müssten uns entgegenkommen. Zum Beispiel, indem sie uns aus ihrer heutigen Flotte Flieger zur Verfügung stellen. Dazu muss aber vor allem die Luftwaffe Stellung nehmen.

In diesem Fall müssten wir aber vorläufig mit dem Modell C/D vorliebnehmen.

Im Vergleich zum Tiger ist der Gripen C/D ein hervorragendes Flugzeug und würde

sich als Überbrückung sehr gut eignen. Und vor allem könnte man auf diesem Flieger beginnen, Piloten auszubilden und die Durchhaltefähigkeit zu steigern. Man könnte so wertvolle Erfahrungen sammeln. Der Übergang vom C/D zum neuen E/F ist flieger-technisch keine neue Welt. Für den Piloten wird sich relativ wenig ändern.

Die Schweden sind also gefordert?

Die Schweden sind gefordert, der Schweiz eine gute Lösung zu bieten. Sie haben selbst gesagt, sie wollen einen Partner oder einen Kunden, damit sie den neuen Flieger, den sie für ihre eigene Flotte planen, solide entwickeln können. Allein könnten sie nicht gleich rasch voranschreiten, denn sie müssen auch auf das Gesamtverteidigungsbud-

get Rücksicht nehmen. Es wird eine Lösung angestrebt, die sowohl der Schweiz wie auch Schweden dienlich ist.

Könnte die Schweiz nicht auf einem früheren Liefertermin bestehen?

Falls wir auf einer Lieferung 2015/16 bestehen, würden wir bei der Entwicklung für einige Jahre einen Alleingang beschreiten, was wenig Sinn macht. Da würden wir zum Versuchskaninchen. Ein gemeinsamer Fahrplan, der den Bedürfnissen beider Seiten entgegenkommt, ist das Ziel. Wir wollen den gleichen Flieger, wie ihn die Schweden für ihre Luftwaffe planen. Eine enge Kooperation empfiehlt sich aus zwei Gründen: Erstens können die Luftwaffen untereinander trainieren und ausbilden. Zweitens können wir gemeinsam gegenüber der Industrie auftreten. Wir wollen die Schweizer Aviatik-Industrie partnerschaftlich in die Entwicklung einbinden.

Der schwedische Armeechef Göranson schrieb in einem Bericht an die Regierung, es sei von grösstem Interesse, dass man einen Partner habe, der sich auch finanziell an der Entwicklung beteilige. Das schürt Befürchtungen, dass sich die Kosten für die Schweiz erhöhen könnten.

Nein. Der Beschaffungspreis ist fix. Die Schweiz besitzt eine verbindliche Offerte: In den darin ausgehandelten 3,1 Milliarden Franken sind die Entwicklungskosten für den Gripen E/F integriert.

Seit den Parlamentswahlen im Herbst ist die Debatte über das aufgestockte Rüstungsbudget neu entflammt. Man stellt das gesprochene Geld wieder in Frage. Was bedeutet dies für den Fliegerkauf?

Als Politiker beurteile ich diese Entwicklung für den Departementsvorsteher und den Chef der Armee als äusserst unbefriedigend. Richtigerweise hat VBS-Chef Ueli Maurer 2009 gesagt, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sei der Flieger nicht zu beschaffen. In der Folge realisierte die bürgerliche Mehrheit, dass eine veritable Landesverteidigung mehr Gelder braucht, die sie letzten Herbst auch gesprochen hat. Der Beschluss zur Erhöhung des Wehretats war ein Auftrag des Parlaments an den Bundesrat. Wenn nun die Regierung sagen würde, wir fahren den Etat trotzdem zurück, und sollte sie sogar die beschlossene Truppenstärke von 100 000 Mann in Frage stellen, wäre dies eine Befehlsverweigerung gegenüber dem Parlament. Das geht nicht. Was das Parlament oder das Volk beschliesst, muss die Regierung ohne Wenn und Aber umsetzen.

Res Schmid, 54, ist ausgebildeter Militärpilot. Er flog Hunter, Mirage, Tiger, F/A-18 und war Mitglied der Patrouille Suisse. 2004 wurde er Cheftestpilot der Schweizer Armee. Seit 2010 ist Schmid für die SVP Regierungsrat im Kanton Nidwalden. Zu 20 Prozent ist er im VBS-Inspektorat als Experte für Fragen der Luftwaffe, Luftfahrt und Sicherheitspolitik angestellt.

Der Präsident

Andreas Schmid hat sich ein besonderes Jobprofil erarbeitet. Er präsidiert Verwaltungsräte, etwa beim Flughafen Zürich oder beim Zigarrenhersteller Davidoff. «Unternehmerischer Präsident»: so nennt er das. Wenn möglich, engagiert er sich auch mit eigenem Geld. *Von René Lüchinger und Tanja Demarmels (Bild)*



Zeitweise unter Polizeischutz: Geschäftsmann Schmid.

Rauch liegt in der Luft. Hier, in diesem Büro im Zürcher Seefeld, wird noch Zigarre geraucht. Genussvoll, ist anzunehmen, mit Sicherheit aber edler Tabak, Marke Davidoff, aus Passion und wohl auch aus beruflicher Verbundenheit mit dem Unternehmen, welches der Raucher präsidiert: Oettinger Davidoff, so etwas wie der Rolls-Royce unter den Zigarrenherstellern der Welt. Andreas Schmid, sonderbar die Stimme, markant die Brille, unübersehbar die Gestalt, ungewöhnlich seine berufliche Biografie: Angeschoben wurde sie durch einflussreiche Mentoren wie Klaus J. Jacobs, Ulrich Bremi oder Anton Schrafl, an Fahrt gewann sie durch eigenen Einsatz, und als – gewissermassen als Krönung – das Präsidium der Economiesuisse in Reichweite steht, kommt es abrupt zur Zäsur, zum partiellen Rückzug. Angezählt ist er damals wie ein Boxer. Und wie ein Boxer steigt Andreas Schmid erneut in den Ring, kämpft sich wieder hoch.

Heute ist er wieder da und breiter aufgestellt denn je: als Präsident eben von Davidoff, Familiengesellschaft und Premium-Marke in einem; als Präsident des Flughafens Zürich, der bedeutendsten Verkehrsdrehscheibe im Land; als Präsident der im Airline-Catering führenden Gate Group, wo er kürzlich einen millionenschweren, filmreifen Betrugsfall bewältigen musste; als Vizepräsident der mehrheitlich im Besitz der Jacobs-Familie befindlichen Barry Callebaut, des grössten Schokoladenherstellers der Welt. Dann als Verwaltungsrat von «Badrutt's Palace» in St. Moritz, einer Ikone der Schweizer Hotellerie; als Verwaltungsrat des Familien-Generalunternehmens Steiner AG, welches kürzlich mehrheitlich nach Indien verkauft worden ist, und schliesslich als Verwaltungsrat der einheimischen Werbe-Ikone Wirz Holding.

Andere mögen ausschliesslich Verwaltungsratsmandate sammeln. Dieser Mann strebt offensichtlich nach Höherem, meist nach Präsidien. «Genau so ist das», sagt Andreas Schmid mit entwaffnender Klarheit, «ich bin kein Profi-Verwaltungsrat, kein im Aufsichtsrat sitzender Berater des Managements und auch nicht ein Investor, der den schnellen Return sucht.» Er habe einen Gestaltungsanspruch an die Unternehmen, in denen er tätig sei, und diesem könne er am wirkungsvollsten als Präsident entsprechen. Dies ist dort der Fall, wo solches Engagement auch erwünscht ist. «Im Grunde», sinniert er, «agiere ich wie ein Patron alter Schule. Ich betätige mich mit einer längerfristigen Optik, engagiere mich, wenn immer möglich,

im Rahmen meiner Möglichkeiten auch am Aktienkapital der Firma, welches ich präsiere.» Mit «unternehmerischer Präsident» könnte dieses eher rare Jobprofil umschrieben werden, liesse sich folgern. Andreas Schmid nimmt keineswegs für sich in Anspruch, diese Form der Präsidialarbeit erfunden zu haben. Gelernt habe er, betont Schmid, bei Klaus J. Jacobs, dem 2008 verstorbenen Unternehmer, der mit dem Kaffee- und Schokoladenkonzern Jacobs Suchard, dem Zeitarbeitsvermittler Adecco und dem Schokoladenproduzenten Barry Callebaut mit eigenem Geld drei Weltkonzerne aufgebaut hatte. «Eigenes Geld, eigenes unternehmerisches Risiko», sagt er, «das hat Klaus J. Jacobs vorgelebt, auch wenn ich mich natürlich nicht mit ihm messen kann.»

Anruf nach Südafrika

Nun sitzt Andreas Schmid in seinem Büro, erzählt davon, wie das bei Jacobs Gelernte sich bei ihm entfaltet hatte. Wie er mit seiner grössten Niederlage umgegangen ist. Und wie er dann, geläutert nach der Zäsur, eine bemerkenswerte Fülle neuer Aktionsfelder von «Badrutts» bis Wirz fand – jedes für sich ein kleiner Mosaikstein im Gesamtkonzept Andreas Schmid.

Alles beginnt 1992. Andreas Schmid, noch nicht einmal 35-jährig, sitzt um diese Zeit in Südafrika, führt am Kap eine Firma für einen Schweizer Industriellen, als er einen Anruf aus

entstanden, heute der grösste Schokoladenproduzent weltweit mit knapp fünf Milliarden Franken Umsatz und rund 6000 Mitarbeitern. Aus der Adia interim ist 1996 durch Fusion mit der französischen Ecco die börsenkotierte Adecco entstanden, heute der weltweit grösste Anbieter für Personaldienstleistungen mit über 20 Milliarden Euro Umsatz und rund 33000 Mitarbeitern. Und damals, Ende der neunziger Jahre, als Klaus J. Jacobs für seine Jacobs Holding einen neuen CEO sucht, ist der Job wie gemacht für Andreas Schmid, und so kommt dieser kurz vor der Jahrtausendwende auch zu seinem ersten bedeutenden Präsidium – bei der Barry Callebaut AG.

Und wohl auch auf den Geschmack von Jobs in dieser Liga. Beim Flughafen Zürich amtet um diese Zeit noch alt Nationalrat Ulrich Bremi als Präsident, und der sucht altershalber einen Nachfolger, der auch die anstehenden Grossprojekte an die Hand nehmen soll: die für das Jahr 2000 geplante Privatisierung des Flughafens wie auch den Abschluss der fünften Bauetappe mit dem prestigeträchtigen Dock E. Kein Ruhekitz für einen verdienstvollen Altregierungsrat soll das werden, ja überhaupt kein Platz für einen Politiker. Was Bremi sucht, ist ein jüngeres Gesicht, ein Mann mit unternehmerischem Flair und internationaler Optik – dieser Mann heisst nach sorgfältiger Evaluation schliesslich Andreas Schmid.

dieser Situation zum Rücktritt als Präsident. Und wie er bei Bund und Kanton um eine Ausfallgarantie für auslaufende Kredite nachsucht, kassiert er auch dort lauter Absagen. In der Schweiz, so viel ist klar, ist für den Flughafen nach dem Grounding der nationalen Airline kein Kredit mehr zu bekommen, und selbst im Verwaltungsrat existiert eine starke Strömung, die für einen Abbruch des Flughafenbaus plädiert. «Es brauchte den Stichtscheid des Präsidenten», erinnert sich Schmid, «um solches zu verhindern.»

Am Sonntagmorgen in Küsnacht

Ein Land wie die Schweiz ohne eigene Airline, ist für Andreas Schmid klar, wäre zwar schmerzhaft, aber möglich. Ohne eigene Infrastruktur am Boden jedoch, ist für den Präsidenten ebenso klar, wäre der Wirtschaftsstandort Schweiz von der Welt abgenabelt. Mit diesem Szenario vor Augen, trifft sich Schmid in dieser Zeit mit seinem CEO Josef Felder und seinem Finanzchef immer am Sonntagmorgen zur Lagebeurteilung in seinem Privatdomizil in Küsnacht. Im Raum steht die Frage: Wie weiter mit dem Flughafen nach dem Grounding der Swissair? Weiterbauen ist für die drei Männer die einzig gangbare Devise, alles andere würde Konventionalstrafen und teure Folgekosten bei einer späteren Wiederaufnahme des Baus nach sich ziehen. Das Geld

Garantiert für ein Allzeithoch.
made by Gübelin.

GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Zürich erhält. Am Draht ist Thomas Bär aus der Zürcher Bankiersfamilie, Vertrauensanwalt und Verwaltungsrat bei Klaus J. Jacobs. Letzterer hatte kurz zuvor sein Kaffee- und Schokoladengeschäft mit den Marken Jacobs Kaffee, Milka, Toblerone und Suchard an den US-Konzern Philip Morris notverkauft und einige unternehmerische Bruchstücke zurückbehalten müssen, mit denen er einen Neuanfang starten will. Nun sucht er über Thomas Bär einen Generalsekretär, und dieser heisst schliesslich Andreas Schmid: der erste Kontakt zwischen Förderer und Nachwuchsmann.

Nach eineinhalb Jahren bei Jacobs zieht Schmid weiter zu Mövenpick als Generaldirektor Konsumgüter, um fünf Jahre später erneut bei Jacobs zu landen. Dort, in der Jacobs Holding, hat Klaus J. Jacobs in der Zwischenzeit unternehmerisch viel bewegt. Aus der Callebaut AG ist durch Fusion mit der französischen Cacao Barry die börsenkotierte Barry Callebaut

Im April 2000 wird dieser zum Präsidenten des Flughafens gewählt, und Ulrich Bremi wird sein zweiter Förderer.

Es sind atemlose Zeiten für den Flughafen und dessen Präsidenten. Ende Januar 2000 ist Baubeginn der milliardenschweren fünften Bauetappe – Tag für Tag wird eine Million Franken verbaut. Andreas Schmid ist noch keine vier Wochen Präsident, als die Aktie erstmals am Hauptsegment der Schweizer Börse gehandelt wird, und in seinem fünfzehnten Monat als Präsident, im Oktober 2001, groundet die Swissair. Nun hockt der Flughafenpräsident gefangen im Auge des Taifuns. «Ein Elektroschock», sagt er, sei das gewesen. Mitten in der teuersten Ausbauphase in der Geschichte des Airports kündigen mit Ausnahme der Credit Suisse sämtliche Schweizer Banken ihre Ausbaukredite, Politiker fordern den sofortigen Baustopp, und wohlmeinende Freunde raten Andreas Schmid angesichts

dafür beschafft Andreas Schmid angesichts der Knauserigkeit der Schweizer auf den internationalen Finanzmärkten, in den USA und in Japan, freilich zum Preis hochverzinslicher Bonds. Erst heute sind die letzten solchen am Auslaufen.

Immerhin, es hat sich gelohnt: Das Dock E ist längst in Betrieb, die Passagierzahlen liegen mit über 23 Millionen Menschen pro Jahr auf einer noch nie da gewesenen Höhe, und im Jahre 2011 ist der Flughafen Zürich mit dem «World Travel Award» für den besten Flughafen in Europa ausgezeichnet worden – zum achten Mal in Folge. «Stellen Sie sich vor, wir hätten damals einen Baustopp beschlossen», meint Schmid und erwartet nicht wirklich eine Antwort.

Eine eher persönliche Kehrseite hat diese Erfolgsgeschichte allerdings: Als die Diskussionen um den Fluglärm hoch gehen im Land, ist die Familie Schmid Zielscheibe von Bedrohun-

gen durch militante Aktivisten, zeitweise ist gar Polizeischutz notwendig. Seit elf Jahren amtiert Andreas Schmid nun schon als Präsident des Flughafens, und dieser Job an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zieht als erfreulichere Folge weitere Anfragen nach sich.

Über die Anfrage durch einen Headhunter gelangt Andreas Schmid im Frühjahr 2002 ins Präsidium des damals kriselnden Reisekonzerns Kuoni. Vier Jahre wirkt er dort, und das Mandat birgt grosses unternehmerisches Potenzial. Die Konsolidierung im internationalen Reisemarkt lässt es ratsam erscheinen, die schweizerische Kuoni mit einem internationalen Konkurrenten zu verheiraten, um das langfristige Überleben zu sichern. Alles ist unterschriftsreif im Jahre 2006, der Partner mit der britischen First Choice ausgewählt, die Management- und VR-Positionen der fusionierten Gesellschaft sind definiert, und ebenso ist klar, dass der zukünftige Präsident Andreas Schmid heissen wird. Sein Counterpart bei First Choice ist bereits im Pensionierungsalter. Damit ist auch klar, dass der CEO im Gegenzug von den Briten gestellt werden wird, zumal es sich dabei, im Urteil von Andreas Schmid, um einen hochkarätigen Tourismusmanager handeln wird. Klar ist schliesslich auch, dass vier amtierende Kuoni-Verwaltungsräte nach dem Merger überflüssig sein werden – auf Seiten der Schweizer wie auch auf Seiten der Briten.

«All das wurde im Wissen und in Zusammenarbeit mit Management und Verwaltungsrat verhandelt und beschlossen», sagt Schmid, aber dann «brach das Menschliche über diese Pläne herein», wie er das im Rückblick nennt. Für ihn ist klar: Die Überzähligen in Management und Verwaltungsrat, denen dies auch so kommuniziert worden war, haben daraufhin eine Pressekampagne vom Zaun gebrochen, mit dem Ziel der «öffentlichen Abschachtung des Präsidenten». In einem Machtkampf, der «zeitweise unappetitliche Formen» angenommen habe, urteilt seinerzeit die *Neue Zürcher Zeitung*, wirft das Management seinem Präsidenten vor, er habe die Firma hinter dem Rücken von Management und Aktionären an die Briten verhöckern wollen. Ende August 2006 demissioniert Andreas Schmid als Kuoni-Präsident – acht Tage bevor er, gewissermassen als Krönung seiner bisherigen Laufbahn, zum Präsidenten der *Economiesuisse* hätte gewählt werden sollen.

Darauf verzichtet er nun und erfährt neben einer persönlichen Niederlage das, was viele Gestrachelte erleben: vermeintliche Freunde, die sich plötzlich nicht mehr melden, Einladungen, die plötzlich nicht mehr abgeschickt werden. «Eine schmerzhaft Erfahrung ist dies gewesen, aus der heutigen Distanz aber auch eine gute», sagt er, «ich bin dadurch ruhiger geworden, sensibler auch für

Umstände und vielleicht auch bescheidener.» Und immerhin hat er dadurch in einem Punkt Klarheit gewonnen: Als er in den Verwaltungsräten von Flughafen und Barry Callebaut nach dem Fall Kuoni die Vertrauensfrage stellt, wird er an beiden Orten bestätigt.

Noch im selben Jahr kommt eine neue Anfrage, bei der Andreas Schmid einfach nicht nein sagen kann. «Ein Stück Schweiz, eine echte Marke», schwärmt er – «Badrutt's Palace», St. Moritz, Switzerland. Das wohl berühmteste Hotel im Land ist noch immer im Besitz der legendären Hoteliersfamilie Badrutt, und auch die Nachfolge ist bereits geregelt. Irgendwann, zu einem bereits definierten Termin wird das Hotel in den Besitz des aktuellen Direktors Hans Wiedemann übergehen. Ein kleiner Verwaltungsrat, und als Teil davon auch Andreas Schmid, soll diesen Übergang begleiten, denn «mit diesem einmaligen Brand gilt es, sorgfältig umzugehen», betont der Marken-affine Schmid.

Seite an Seite mit drei Indern

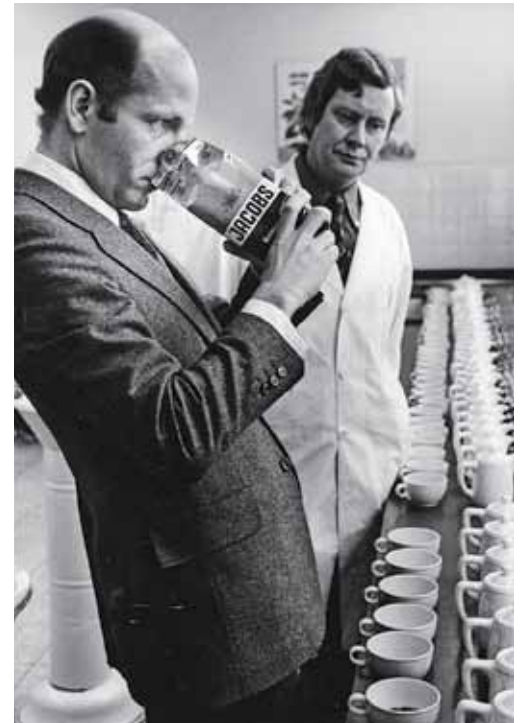
Gleiches gilt für die Marke Davidoff. Auch hier sind Marke und Besitzerfamilie eng verquickt, als Andreas Schmid im Dezember 2007 das Präsidium übernimmt. Davidoff, die weltweit führende Zigarrenmarke, geht auf den legendären, ursprünglich aus der Ukraine stammenden Zino Davidoff zurück. Dieser verkauft sein Unternehmen im Jahre 1970 an den Basler Ernst Schneider, der in dritter Generation mit seiner Max Oettinger AG Zigar-

«Eine schmerzhaft Erfahrung, aus der heutigen Distanz aber auch eine gute.»

ren vermarktete. Und jetzt, im Jahre 2007, als Schmid von dem über achtzigjährigen Schneider das Präsidium übernimmt, geht es darum, die Aktien der Familie zusammenzuhalten. Ernst Schneider hat die Aktien nämlich bereits an seine drei Töchter übertragen, eine davon will aussteigen, und es besteht die Gefahr, dass dieses Paket unkontrolliert verkauft wird – ein Aktionärsbindungsvertrag existiert nicht.

Andreas Schmid betätigt sich als Vermittler zwischen den Beteiligten – und am Schluss bleibt alles in der Familie. Die Aktien der Aussteigewilligen werden schliesslich von den Schwestern übernommen. Seither schaut er, dass nach dem Tod des Patrons Ernst Schneider im Jahre 2009 nichts mehr anbrennt im Hause Davidoff. «Ich bin in regelmässigem Austausch mit den Eigentümerinnen der zweiten Generation, in die Familienversammlungen ist auch bereits die nächste Generation involviert», sagt Schmid: «Wie wichtig dies ist, habe ich bei Jacobs gelernt.»

Manchmal jedoch muss ein Familienunternehmen ganz andere Wege gehen. So wie etwa



Mentor: Klaus Jacobs (l.), 1976.

die Zürcher Generalunternehmung Steiner AG, die sich innerhalb knapp eines Jahrhunderts aus einer kleinen Schreinerei entwickelt hat. Als der Patron Peter Steiner im Jahre 2008 Andreas Schmid anfragt, ob er dem Verwaltungsrat beitreten wolle, geht es ebenfalls um die Nachfolge. Kinder sind keine da, ein Verkauf an einen Schweizer Konkurrenten ist nicht wirklich die Lösung. Am Schluss erhält die indische Hindustan Construction Company (HCC) den Zuschlag, und Steiner bekommt Zugang zu einem lukrativen Wachstumsmarkt. Den HCC-Besitzer kennt Peter Steiner vom World Economic Forum (WEF), einen Patron alter Schule wie er selber, und so sitzen Steiner und Schmid im Verwaltungsrat der Zürcher Generalunternehmung inzwischen Seite an Seite mit drei Indern.

Wieder anders liegt der Fall der Zürcher Werbeagentur Wirz. 1936 vom legendären Reklameberater Adolf Wirz als erste unabhängige Werbeagentur des Landes gegründet, durchlebt die Firma turbulente Jahre. Der Sohn des Gründers, Jost Wirz, sucht eine Zukunft mit neuen Köpfen in Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. «Was Mövenpick für die Gastronomie, war Wirz lange Jahre für die Werbung», sagt Schmid, «die haben alle kreativen Köpfe ausgebildet.» So kann er wiederum nicht nein sagen, als die Anfrage kommt, ob er in den Verwaltungsrat eintreten wolle – sie kommt vom Präsidenten des Wirz-Verwaltungsrates persönlich, einem alten Bekannten aus den Zeiten bei Klaus J. Jacobs. Es ist Urs Lauffer, Zürcher FDP-Kantonsrat und jahrelanger Kommunikationsberater von Jacobs. So schliesst sich der Kreis wieder zu jenem Unternehmer, der am Beginn der Karriere des Andreas Schmid gestanden hatte. ○

Liebe Eltern, Grosseltern,
Gotten und Göttis, Tanten und Onkel,
liebe Kinder und Freunde

Bereits sind sechs farbige Bildbände der
Katzengeschichten mit den berühmten Illus-
trationen von Eugen Hartung nach langer Zeit
wieder als Neuauflage erschienen:

- «Das fröhliche Katzenjahr»
- «Die fröhliche Katzenfamilie»
- «Die fröhliche Katzenschule»
- «Die fröhlichen Katzenabenteuer»
- «Der fröhliche Katzensport»
- «Die fröhliche Katzenfreizeit»

Die lustigen Katzenstreiche

jetzt in einem Paket (Band 1 – 6)

Auch Katzen lieben die Freizeit. Und was sie
dabei alles erleben, vermag Eugen Hartung mit
seinen farbigen Illustrationen so sympathisch
und so menschlich darzustellen, dass man
wirklich meint, man sei dabei und erlebe ihre
Freizeit mit ihnen.

**Die echten Katzenbücher für die ganze Fa-
milie mit herrlichen, grossen Farbillus-
trationen und lustigen, leicht verständlichen
Versen von Jörg Schneider.**

Die ganzseitigen, farbigen Illustrationen des
berühmten Künstlers Eugen Hartung werden
ideal ergänzt durch die lustigen schalkhaften
Verse von Jörg Schneider, dem beliebten
Schauspieler und Bearbeiter von Märchen für
die Bühne.

**Katzenbücher mit Sammelwert für Klein
und Gross, die in keiner Familie fehlen
sollten.**

Echte Kinderbücher, die ans Herz wachsen
und an die man sich als Erwachsener noch
immer gerne erinnert – weil wir uns in die
lustigen Kätzchen hineinfühlen konnten und
weil sie die gleichen Streiche ausheckten und
die gleichen Freuden und Sorgen hatten, wie
wir selbst.

**Ein ideales Geschenk für Kinder und für
alle Leute, die Katzen lieben.**

Ein schönes Geschenk mit Sammelwert zu
Weihnachten, Ostern, zum Geburtstag, zum
Schulbeginn, für ein gutes Zeugnis, zur Hoch-
zeit, für's Grosi, als Mitbringsel oder ganz ein-
fach als schönes Geschenk zwischendurch, das
von Herzen kommt und ins Herz geschlossen
wird!

- Grossformat, 30 x 22 cm
- Schöner Einband, glasklare Folie, abwasch-
bar
- Gut leserliche Verstepte in grosser Schrift,
von Jörg Schneider
- Je 12 ganzseitige, farbige Illustrationen von
Eugen Hartung
- Preis pro Band **Fr. 24.80**,
Sonderpreis, alle 6 Bände für Fr. 124.–



THEMA-CARDS
Verlag Theophil Maag
Rietgrabenstrasse 84
8152 Opfikon-Glattbrugg
Telefon: 044 810 74 57
verlag.thmaag@bluewin.ch

Superangebot

Sie sparen **Fr. 24.80**

**JETZT alle Katzenbücher (Band 1 – 6) für Fr. 124.–
statt Fr. 148.80**



**Nutzen Sie dieses Superangebot
und bestellen Sie sofort!**



BESTELLGUTSCHEIN für unsere Leser

Ja, ich möchte anderen und mir selbst eine Freude bereiten und bestelle

Stück	Titel	Franken
	Katzenbücher, Band 1 – 6	124.–
	«Das fröhliche Katzenjahr»	24.80
	«Die fröhliche Katzenfamilie»	24.80
	«Die fröhliche Katzenschule»	24.80
	«Die fröhlichen Katzenabenteuer»	24.80
	«Der fröhliche Katzensport»	24.80
	«Die fröhliche Katzenfreizeit»	24.80



exkl. Versandanteil

Bei Nichtgefallen habe ich das Recht, alle
bestellten Artikel innert 10 Tagen zu retou-
rnieren. Ich gehe also absolut kein Risiko
oder Verpflichtung ein, sondern profitiere
von der unverbindlichen Ansichtsmöglichkeit.

THEMA-CARDS
Verlag Theophil Maag
Rietgrabenstrasse 84
8152 Opfikon-Glattbrugg

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Der Glanz der späten Jahre

Dem 71-jährigen SVP-Politiker Christoph Blocher wird von seinen Gegnern aus Altersgründen der Rücktritt nahegelegt. Gleichzeitig jubelt Deutschland über seinen neuen 72-jährigen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Ist das Alter Vorteil oder Nachteil in der Politik? *Von Hansjörg Müller*



Ein Mann von gestern? Christoph Blocher, 71.



Vereidigung 1985: Reagan als 73-Jähriger.

Hat er den richtigen Zeitpunkt für den Rückzug verpasst? Wird er auf seine alten Tage noch zu einer Last für seine Partei? Wenn derzeit über Christoph Blocher, 71, geschrieben oder geredet wird, werden diese oder ähnliche Fragen gestellt, einmal mit hämischem, dann wieder mit mitleidigem Unterton. «Einen Neuanfang mit neuen Leuten» empfiehlt Blochers alter Intimgegner Adolf Ogi der SVP. Ist Blocher ein Mann von gestern? Hat es in der Politik keinen Platz für alte Männer?

Ganz anders verlief die Diskussion, als Joachim Gauck zum deutschen Bundespräsidenten gewählt wurde. Das Alter war kaum ein Thema. Gauck ist neun Monate älter als Blocher. Ein Vorteil, über den junge Leute selten verfügen: Gaucks Lebensgeschichte beeindruckte. Pastor in der DDR, Bürgerrechtler, danach Beauftragter für die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen. Sein 19 Jahre jüngerer Vorgänger Christian Wulff wirkte auf einmal noch blasser: ein ewiger Schülersprecher, der schon als Abiturient seine Karriere in der Jungen Union plante.

Gauck ist eine Ausnahme. Ab und an gibt es sie, die Alten in der Politik: John McCain war 72, als er sich um die Präsidentschaft bewarb, und heute, mit 75, denkt er nicht daran, als Senator von Arizona aufzuhören. 1967 geriet er in vietnamesische Gefangenschaft. Im be-



Das Alter war kein Thema: Joachim Gauck, 72.



Bundeskanzler 1949: Adenauer als 73-Jähriger.

rüchtigten Straflager «Hanoi Hilton» wurde er brutal gefoltert. Die Vietnamesen boten an, den Admiralssohn vorzeitig freizulassen, doch McCain lehnte ab. Er wollte keine Sonderbehandlung. Ein amerikanischer Held. Was für ein Unterschied zur jüngeren Generation: Bill Clinton, George Bush junior und Barack Obama haben keinen Militärdienst geleistet. Auch das ist ein Vorteil der Alten: Sie wissen, was Krieg bedeutet.

Wie ein älterer Herr zum Hoffnungsträger werden kann, zeigt Ronald Reagan. Reagan war bereits 55, als er sein erstes politisches Amt errang: 1966 wurde der ehemalige Schauspieler zum Gouverneur Kaliforniens gewählt. Zwei Wochen vor seinem 70. Geburtstag zog er ins Weisse Haus ein. «It's morning again in America», frei übersetzt: «Es geht wieder aufwärts», lautete der Slogan des Republikaners im Wahlkampf 1984. Ausgerechnet ein Mittsiebziger hatte das geschafft, was seinem 13 Jahre jüngeren Vorgänger Jimmy Carter nicht gelungen war: den Amerikanern das Vertrauen in die Zukunft zurückzugeben. Vor Reagans Wiederwahl machte sein demokratischer Herausforderer Walter Mondale das Alter zum Thema. «Ich werde jetzt nicht auf die Unerfahrenheit meines Gegners hinweisen», konterte Reagan im Fernsehduell. Er hatte die Lacher auf seiner Seite, Mondale war erledigt.

Das Alter eines Politikers wird meist dann zum Thema, wenn politische Gegner oder innerparteiliche Konkurrenten ihn weghaben möchten. Während Blocher spätestens seit seiner Abwahl aus dem Bundesrat als zu alt gilt, wird Gauck für seine Weisheit und Lebenserfahrung gepriesen. Konrad Adenauer war 73, als er Bundeskanzler wurde. 87 war er, als er zurücktrat. Vom «Alten aus Rhöndorf» sprachen die Deutschen – und es lag sehr viel Respekt in dieser Aussage.

Dass ein Mann über 70 Bundeskanzler wird, wäre heute unvorstellbar. Vielleicht war es Adenauers Chance, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg am Boden lag. In Krisenzeiten besinnt man sich auf die Alten: Als der Algerienkrieg tobte und Frankreich in seine tiefste Krise nach dem Weltkrieg stürzte, wurde der 67-jährige Charles de Gaulle aus dem Ruhestand zurückgeholt. Dabei hatte sich der General schon 1953 verbittert zurückgezogen. Die Franzosen, so glaubte er, wollten ihn, den Helden zweier Weltkriege, nicht mehr haben. Nun brauchten sie ihn: 1958 wurde er Premierminister, ein Jahr später Präsident. Nur ein Mann mit der Statur eines de Gaulle konnte den Rückzug aus Algerien durchsetzen.

Ab wann geht es bergab?

«Mediziner behaupten, ab dem 45. Lebensjahr gehe es bergab», schreibt der englische Historiker Paul Johnson im *Spectator*. Doch die Geschichte, so Johnson, lege einen anderen Schluss nahe: Grosse politische Karrieren begannen oft erst nach dem 40. Lebensjahr. George Washington, Abraham Lincoln, David Lloyd George und Winston Churchill kamen im Lauf ihres fünften, sechsten oder siebten Lebensjahrzehnts an die Macht. Ein Versager war keiner von ihnen, im Gegenteil: Es sind die Alten, die uns in der Rückschau wie Musterbeispiele der Pflichterfüllung erscheinen.

Es sind oft die Alten, die kühne Entscheidungen treffen, die Kastanien aus dem Feuer holen. Wer alt ist, hat weniger zu verlieren. Blocher glaubt, dass Devisenspekulationen eines Nationalbank-Präsidenten aufgedeckt gehören. Und um dies zu tun, riskiert er, gerichtlich verurteilt zu werden. Wenn es gilt, das zu tun, was er für richtig hält, setzt er wenn nötig auch seine Reputation aufs Spiel. Gibt es einen jungen Politiker in der Schweiz, der ähnlich handeln würde?

Hansjörg Müller ist Redaktor der *Basler Zeitung*.



Essay

Mit Hayek aus der Krise

Vor zwanzig Jahren verstarb der grosse Ökonom Friedrich August von Hayek. Ihm verdanken wir die Erkenntnis: Der Weg aus Verschuldungsexzessen ist schmerzhaft.
Von Gunther Schnabl

Zentralbanken retten durch beherzte Liquiditätsausweitungen Finanzsysteme. Regierungen verhindern durch staatliche Nachfrageprogramme Arbeitslosigkeit. Diese Rezepte gehen auf die Theorien von John Maynard Keynes zurück und werden als Keynesianismus bezeichnet. Es scheint, dass uns dank ihnen eine weitere Verschlimmerung der Weltwirtschaftskrise erspart geblieben ist. Der Staat als Retter in der Not? Der liberale Ökonom Friedrich August von Hayek würde widersprechen. Er hat im letzten Jahrhundert die stetig wachsende Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen als «Weg in die Knechtschaft» beklagt. Hayek ist vor zwanzig Jahren gestorben, doch seine Ideen sind aktueller denn je. Sie helfen, die Ursachen von Krisen zu verstehen, die wirtschaftspolitischen Reaktionen zu beurteilen und echte Therapieansätze aufzuzeigen.

Während keynesianische Ökonomen die immer verheerenderen Wirtschaftskrisen als zufällige Ereignisse auf irrationalen Finanzmärkten sehen, liegt nach Hayek die Ursache in staatlichem Handeln – genauer in zu niedrigen Zinsen der Zentralbank. Zunächst begünstigt das billige Geld mehr Investitionen, steigende Aktienpreise und höhere Löhne. Steigt schliesslich aufgrund ausgelasteter Kapazitäten die Inflation, muss die Zentralbank die Zinsen heben. Viele Investitionsprojekte sind nicht mehr rentabel und müssen abgebrochen werden. Spekulationsblasen platzen, die Arbeitslosigkeit steigt, Löhne und Preise fallen. Das führt zu einem Zyklus von sich andauernd abwechselnden Booms und Rezessionen.

Als Reaktion auf die letzte Finanzkrise wurden die Zinsen rasch und drastisch gesenkt. Dies verhindert einerseits, dass die Krise verschärft wird und beschleunigt die kurzfristige Erholung. Andererseits zieht die Therapie – wie seit den 90er Jahren vielfach zu beobachten – neue und noch grössere Spekulationsphasen nach sich. Die Krisentherapie von heute ist bereits die Ursache der Krise von morgen.

Hayek würde deshalb die derzeitigen wirtschaftspolitischen Therapien kritisch beurteilen. Nullzinspolitiken und grosszügige Liquiditätszufuhr können aus seiner Sicht keine nachhaltige wirtschaftliche Belebung bewirken. Denn Investitionsprojekte mit niedriger Leistungsfähigkeit werden in der Krise nicht abgebrochen, sondern konserviert. Neue un-

wirtschaftliche Investitionen werden angestossen. Dem Zins wird die sogenannte Allokationsfunktion genommen, die gute Investitionen von schlechten trennt. Die steigende Staatsnachfrage in der Krise kann keine nachhaltigen Wachstumsimpulse setzen, da private durch staatliche Nachfrage ersetzt wird. Dem Staatskonsum fehlt die innovative Dynamik privater Investitionen. Steigende Staatsverschuldung und geldpolitische Expansion kommen einer schleichenden Verstaatlichung wirtschaftlicher Aktivität gleich. Die Selbsthei-



«Weg in die Knechtschaft»: Ökonom von Hayek.

lungskräfte des Marktes, die nachhaltiges Wachstum sicherstellen, werden ausser Kraft gesetzt.

Wozu das langfristig führt, kann man in Japan sehen, wo bereits zwanzig Jahre vor Europa ein durch billiges Geld befeuerter Boom- und Krisen-Zyklus stattgefunden hat. Seit dem Platzen der Blase konnten weder keynesianische Konjunkturprogramme, die die Staatsverschuldung auf zirka 230 Prozent des BIP getrieben haben, noch eine sich seit 1999 fortsetzende Nullzinspolitik das Wachstum wiederbeleben. Stattdessen werden private Investitionen durch Staatsnachfrage ersetzt.

In den Bilanzen der Banken wird die Finanzierung von privaten Investitionen durch den Kauf von Staatspapieren abgelöst. Seit zwei verlorenen Jahrzehnten stagniert das Wachstum, das reale Lohnniveau fällt, und die Aktienkurse liegen unter dem Niveau von 1985, dem Startpunkt der Blase. Das Land sitzt in der Schulden- und Nullzinsfalle. Der hohe Schuldenstand des Staates zwingt die Zentralbank, die Zinsen bei null zu belassen. Sonst wäre die Regierung aufgrund einer immensen Zinsbelastung handlungsunfähig.

Falsche Ratgeber

Keynesianische Ökonomen argumentieren, dass Japans Therapie grundsätzlich richtig, aber in der Dosierung zu gering war. Für Hayek hingegen ist die übermässige Ausweitung der Geldmenge in Krisen das Problem: Spekulationsverluste aus den geplatzten Blasen werden der Allgemeinheit aufgebürdet, und das Finanzsystem wird quasi verstaatlicht.

Was wäre die Alternative? Die Zinsen müssten wieder auf ein Niveau gehoben werden, welches erlaubt, zwischen guten und schlechten Investitionen zu unterscheiden. Ebenso müsste die Staatsverschuldung auf ein Niveau reduziert werden, das den Staat aus der Abhängigkeit der tiefen Zinsen führt. Zwar könnten dadurch Krisen auf Finanzmärkten nicht grundsätzlich vermieden werden, doch würden deren Frequenz und Dimension auf ein Mass zurückgeführt, das die Stabilität der Weltwirtschaft nicht mehr gefährdet.

Dieser Weg aus der Nullzins- und Schuldenfalle wäre überall auf der Welt mit schmerzhaften Anpassungskosten verbunden. Doch ohne das Tal der Tränen käme es – wie in Japan bereits absehbar – zur weiteren schleichenden Verstaatlichung des Wirtschaftsprozesses und zum langsamen, aber stetigen Verfall des Wohlstands und zu der dazugehörigen politischen Instabilität. Leider ist dies das wahrscheinlichere Szenario, denn wir haben bereits eine Krise unseres Wirtschaftssystems erreicht, in dem die vom Staat gesetzten perversen Anreize überwiegen.

Gunther Schnabl ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig.

Aus dem Lager

Die Lebensbedingungen russischer Strafgefangener dürften den meisten unbekannt sein. Die alpträumerhaften Verhältnisse in den Gefängnissen wirken sich gleichermassen auf Häftlinge und Bewacher aus. Und es ist keineswegs klar, wen es härter trifft. *Von Michail Chodorkowski*

Ljoscha — Ljoscha Badajew, ein junger Burjate. Breites, rundes Gesicht, schwarze Augen, immer zusammengekniffen. Keine Erinnerung an die Eltern, aufgewachsen bei einer Tante. Zwei Jahre Schule, anschliessend Dorfschäfer.

Eines Tages geriet er an einen Dieb, der ein Schaf stehlen wollte. Er warf mit einem Stein nach ihm, traf ihn am Kopf. Der Mann, ein harter Bursche, rappelte sich schnell wieder hoch. Ljoscha geriet in Panik und warf noch einmal einen Stein und noch einmal. Als ihm klar wurde, was er getan hatte, ergriff er die Flucht.

Einige Monate später wurde er, tausend Kilometer von seinem Dorf entfernt, beim Stehlen von Lebensmitteln erwischt. Gerichtsverfahren, sechseinhalb Jahre. Nicht unangemessen, alles in allem. Zuerst Arbeitslager für Minderjährige, inzwischen im Erwachsenen-Lager.

Ich lernte Ljoscha in der Näherei kennen, wo er einen Job gefunden hatte. Er war arbeitsam, ruhig, verschwiegen. Als ich einmal für etwas bestraft wurde, strengte ich ein Gerichtsverfahren gegen die Lagerleitung an. Zu meiner Überraschung erfahre ich, dass Ljoscha als Zeuge aussagen soll. Ich bin sicher, er wird sagen, was man von ihm hören will. Es gibt viele Möglichkeiten im Lager, jemanden zu «überreden».

Zur Gerichtsverhandlung ist die ganze Führungsriege erschienen – Lagerkommandant, Chefaufseher, Stellvertreter.

Ljoscha wird hereingerufen. Er ist unsicher und verängstigt, spricht stockend, sagt aber die Wahrheit. Mein Verteidiger und ich wechseln erstaunte Blicke. Unsere Gegner auch. Der Richter entlässt Ljoscha. Ljoscha geht hinaus, kommt aber sofort wieder herein. «Er», sagt Ljoscha und zeigt auf den Chefaufseher, «hat mir zwei Päckchen Zigaretten gegeben und gesagt, ich soll lügen.» Der Chefaufseher ist wütend, auch wenn er sich nichts anmerken lässt.

«Ich habe aber nicht gelogen», fährt Ljoscha fort. «Ich habe die Wahrheit gesagt. Hier, die Zigaretten!» Er übergibt dem Richter eine Schachtel L&M. «Die anderen habe ich geraucht», räumt er ein. «Solche Zigaretten hatte ich noch nie.» Schweigen. «Kann ich jetzt gehen, oder gibt es noch etwas?» – «Geh, geh! Du hast schon alles gesagt», sagt der Lagerkommandant. Ljoscha geht. Wieder Schweigen.

Schliesslich sagt der Richter: «Es steht alles im Protokoll. Wenn dem Jungen etwas geschieht, werde ich es veröffentlichen.» Nach der Verhandlung frage ich Ljoscha: «Warum hast du das gemacht? Du weisst, es wird Probleme geben.» – «Du hast mir doch nichts ge-

tan. Ich konnte nicht anders.» Es folgte die unvermeidliche Abrechnung. Als ich einmal aus der Strafzelle komme, erfahre ich, dass Ljoscha ebenfalls dort war. Den Job in der Näherei ist er los. Aber wenn wir uns gelegentlich sahen, lächelte Ljoscha und sagte: «Alles in Ordnung.»

Die Sache sprach sich natürlich im ganzen Lager herum. Und als ich darum bat, mir sofort Bescheid zu sagen, falls jemand versuchen sollte, ihn zusammenzuschlagen (eine übliche Methode), erhielt ich die erstaunliche Antwort: «Das wird sich niemand trauen. Die Verwaltung hat Angst, und die Zeks respektieren mich jetzt» (*zek*: Slang für Häftling).

Sechs Monate später wurde ich in ein anderes Gefängnis verlegt. Ljoscha hatte seine Strafe schon längst abgesessen. Was ist aus ihm geworden? Ich weiss es nicht und will auch nicht nachfragen, damit er keine Probleme bekommt. Aber ich hoffe wirklich, dass er in Würde und ohne Angst leben kann.

Die Schläge sind professionell: kaum Spuren, aber der Betreffende stöhnt und hat Blut im Urin.

Wenn wir uns arrangieren – lügen, still halten, nichts sehen, uns hinter den Ausreden «Ich habe Familie», «Die Zeiten sind nun mal so» oder «Jeder macht das» verstecken: Mit wem verhandeln wir dann? Wann erkennen wir, dass sich das Gewissen nicht korrumpieren lässt? Im Angesicht der Katastrophe? Oder später, wenn wir eine Lebensbilanz ziehen und erkennen müssen, dass es kein Entrinnen mehr gibt, nur noch Erinnerungen? Aber dann ist es zu spät.

Sergei Sergejewitsch — Die Aufseher fühlen sich freier als die Häftlinge. Ihre offizielle Aufgabe ist es, Verstösse gegen die Lagerordnung zu verhindern beziehungsweise zu ahnden. Für sie gibt es kaum Vorschriften, an die sie sich halten müssten. «Gesichtskorrekturen» und stundenlange «Gespräche» sind nur ein Bruchteil ihres Arsenal. In der Regel wissen sie, wie sie mit Leuten umgehen, mit ihnen sprechen müssen. Es gibt Ausnahmen.

Der 27-jährige Chefaufseher, der Pelsche heisst und dessen schwer auszusprechender Name und Vatersname längst zu Sergei Sergejewitsch vereinfacht wurden, spricht nicht gern. Er rammt einem das Gesicht mit den hellen eiskalten Augen ins Gesicht und stammelt irgendetwas. Wenn er nüchtern ist.

Er ist selten nüchtern. Wenn seine leicht abstehenden Ohren wie eine rote Ampel glühen und er einen verräterischen Geruch verströmt, bedeutet das, dass er guter Laune ist und vernünftig reden wird. Es ist zugleich eine Warnung für Sorglose: «Pass auf deine Worte auf!» Das Gedächtnis eines Aufsehers wird durch Alkohol nicht abgestellt.

Sergei Sergejewitsch kann einem schweigmässigen Gegenüber mit seinen Fäusten auf die Sprünge helfen. Seine Schläge sind professionell: kaum Spuren, aber der Betreffende stöhnt und hat tagelang Blut im Urin. Sergei Sergejewitsch gilt nicht als Bestie. Andere Aufseher sind viel brutaler.



«Wenn Sie und Ihre Kollegen mit den Häftlingen

Neben seinen Fäusten kann Sergei Sergejewitsch aber auch Tee und Kuchen anbieten oder Zigaretten oder sogar sein Mobiltelefon. Die Nummer wird natürlich gespeichert.

Sergei Sergejewitsch betrachtet die gelegentlichen Besuche von Gefängnisinspektoren als unvermeidliches Übel – darin unterscheidet er sich nicht von den anderen Lagerinsassen. Meistens sammelt er unter seinen Kollegen Geld für die Bewirtung der Besucher. Aber wenn es kurz vor Zahltag ist, wendet er sich schon mal an die Häftlinge.

Die Zeks reagieren verständnisvoll und steuern das Ihre bei. Manchmal schlagen sie

den Rückkauf konfiszierter Artikel vor – eines Handys oder eines anderen verbotenen Gegenstands. Manchmal wird man sich sogar einig.

Vor den Inspektoren oder vor Gericht greift der Chefaufseher zu schamlosen Lügen. «Sergei Sergejewitsch, wer hat diese zweiseitige Erklärung geschrieben?», fragt der Richter. «Strafgefängener Badajew persönlich», antwortet Sergei Sergejewitsch sofort. «Ist dort vermerkt.» – «Aber in seiner Akte steht, dass er nicht schreiben kann. Er hat nur zwei Jahre die Schule besucht.»

Sergei Sergejewitsch schweigt, seine Verkehrsampel leuchtet knallrot. Man könnte denken, er schäme sich. Aber wir wissen, warum. Sergei Sergejewitsch denkt die ganze Zeit nach. Die Verhandlung interessiert ihn einen Dreck. Anders als Badajew, aber wer interessiert sich schon für Badajew.

Früher haben die Kriminellen selbst für Ordnung in den Gefängnissen gesorgt und unnötige Konflikte zwischen den Insassen verhindert. Sie verbreiteten dabei ihre kriminelle Ideologie. Heutzutage besorgen das Sergei Sergejewitsch und seine Kollegen und ziehen damit

Sergejewitsch, den diese Vorstellung offenbar nicht bedrückt. Er unterscheidet sich nicht von den anderen. Manchmal scheint es, als sei das Gefängnis nur eine grotesk-extreme Form des Lebens «in Freiheit». Zwischen einem Gangster und einem Beamten gibt es kaum einen Unterschied. Sieht ein normaler Mensch überhaupt einen Unterschied?

Was ist mit denen, die Angst haben, für ihre Rechte einzutreten, die sich anpassen, hinter Gehorsam verstecken? Wird aus unserer Schutzmaske nicht unser wahres Gesicht? Verwandeln wir uns nicht in stumme Sklaven, die bereit sind, auf Befehl von oben jede Scheusslichkeit zu begehen? Als ich die Strafkolonie verliess, trug Sergei Sergejewitsch meine Sachen persönlich zum Auto. «Ich bitte dich, komm nicht wieder zurück», sagte er. «Ohne dich ist es friedlicher hier.» Vier Jahre später lag die Strafkolonie nach einem Brand in Schutt und Asche.

Kolja — Nach so vielen Jahren im Gefängnis neige ich nicht dazu, die Leute zu idealisieren, denen ich begegnet bin. Aber viele Häftlinge

schrecklichen Narbe am Bauch. «Kolja, was ist passiert?» – «Sie haben mich wieder mit *dope* erwischt.» Kolja zögert, dann erzählt er eine Geschichte, die von Augenzeugen bestätigt wurde.

Nachdem er als Wiederholungstäter eingeliefert worden war, beschlossen die Aufseher, ihm noch einen anderen Fall anzuhängen («das Kissen zu füllen»). Dabei wird meist sehr ähnlich vorgegangen. Dem Häftling wird ganz offen gesagt: «Wir brummen dir nur zwei zusätzliche Jahre auf. Wir werden es dem

«Ich bitte dich, komm nicht wieder zurück», sagte er. «Ohne dich ist es friedlicher hier.»

Richter erklären. Wenn du wegen Diebstahls verurteilt wirst, kannst du Besuch empfangen und dir dein Straflager aussuchen.»

Meist geht es um ein entwendetes Handy. Kolja willigte sofort ein. Doch bei der Gegenüberstellung brachte man eine Babuschka, der irgendjemand 2000 Rubel (etwa 70 Dollar) gestohlen hatte. Die Alte erinnerte sich natürlich an nichts mehr und «identifizierte» den Mann, auf den die Wärter zeigten.

In dem Moment wurde Kolja plötzlich störrisch. «Mit alten Leuten habe ich mich nie abgegeben, immer nur mit Gleichaltrigen. Eine alte Frau um ihr ganzes Geld bringen, nein. Nicht mit mir. Und wenn ihr mich umbringt.»

Die Aufseher guckten verblüfft. «Kolja, für das Gericht ändert das nichts. Der gleiche Betrag, das gleiche Urteil. Warum sträubst du dich? Wir können die Sache nicht deinetwegen noch einmal durchziehen.» – «Nein», sagte Kolja.

Dann schickten sie ihn in die Zelle, er solle es sich noch einmal überlegen. Nicht ohne ihn vorher ordentlich bearbeitet zu haben. Wenig später trommelte er an die Zellentür, und als sie die Essensklappe öffneten, hielt er ihnen seine heraushängenden Gedärme hin. Er hatte sich den Bauch aufgeschlitzt. Ehe die Ärzte erschienen, versuchten andere Häftlinge, die Gedärme wieder in den Bauch zu stopfen. Kolja wurde wie durch ein Wunder gerettet. Heute ist er ein Invalide, aber er bedauert nichts. «Wenn sie mir den Diebstahl angehängt hätten, wäre ich ohnehin gestorben.» Er meint, er hätte die Selbstachtung verloren, und ohne Selbstachtung hätte er nicht mehr leben können.

Ich sehe ihn an und denke an die vielen Leute draussen, denen ihre Ehre viel weniger wert ist und die nichts dabei finden, einem alten Menschen ein paar tausend Rubel zu stehlen.

Und auf einmal bin ich stolz auf Kolja.

Michail Chodorkowski, der ehemalige Yukos-Chef, ist gegenwärtig in einem Lager in Nordkarelien inhaftiert.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**
Copyright *New York Times*



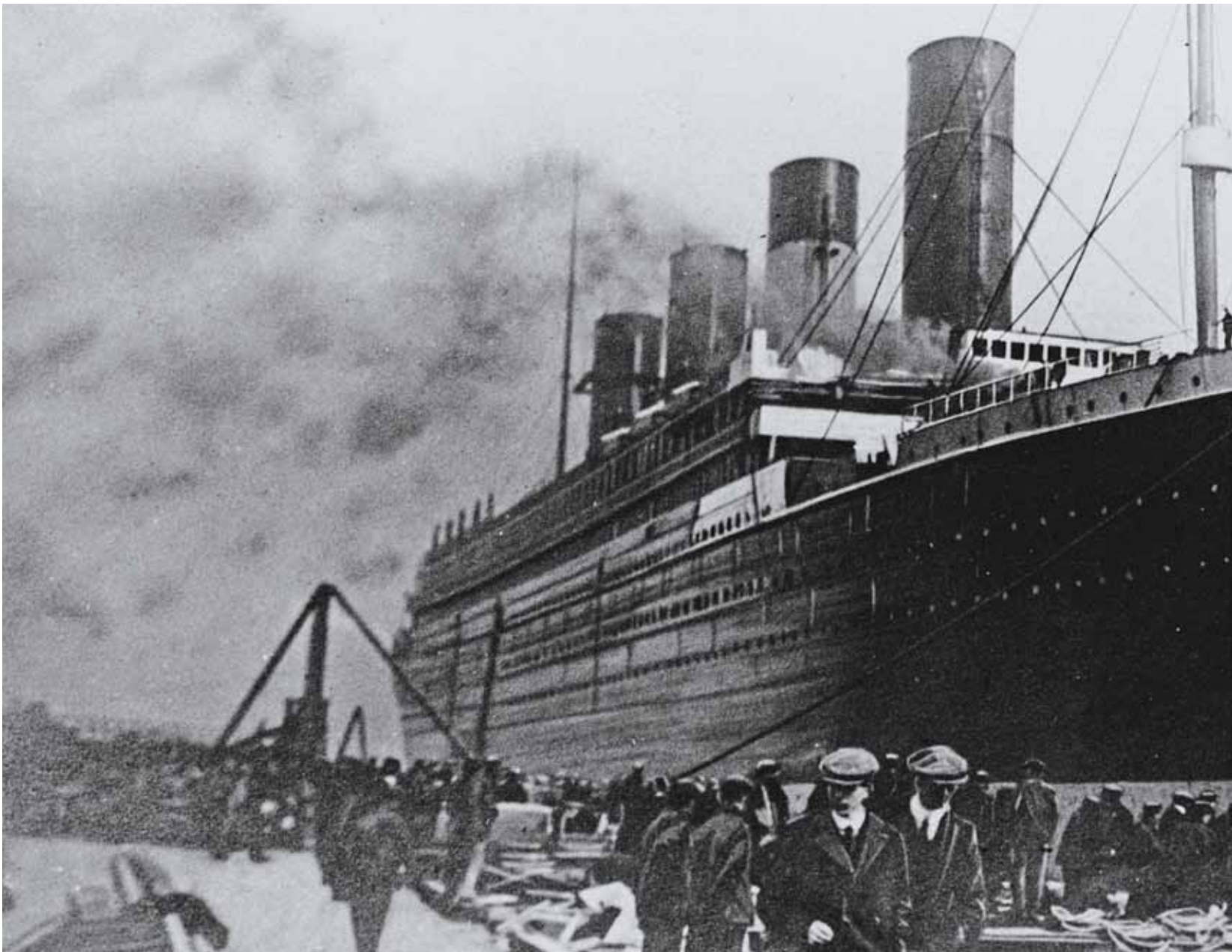
tauschen würden, würde man kaum einen Unterschied bemerken»: Insasse Chodorkowski.

faktisch den Verbrechernachwuchs heran. «Du bist kein Mensch, die anderen sind auch keine Menschen!» – «Du sollst nur auf deine Vorgesetzten hören und Befehle ausführen, ohne darüber nachzudenken!» – «Wer nicht denkt, lebt besser!» Solche Sprüche werden den 18- bis 25-jährigen Insassen eingebläut. Der Anteil der Rückfälligen ist erschreckend hoch. Wer nicht wieder im Knast landet, schafft das nicht dank, sondern trotz des Systems.

«Sergei Sergejewitsch», sage ich, «wenn Sie und Ihre Kollegen mit den Häftlingen tauschen würden, würde man kaum einen Unterschied bemerken.» – «Stimmt», sagt Sergei

haben ihre Prinzipien. Sind es die richtigen? Kommt darauf an. Immerhin sind die Leute aber bereit, für ihre Prinzipien einen Preis zu zahlen, einen hohen Preis.

Einmal verabschiedete ich mich von einem unauffälligen jungen Mann namens Kolja, der seine Strafe (wegen Drogenbesitzes) abgesessen hatte. Es war klar, dass er wiederkehren würde, da er fünf seiner insgesamt dreiundzwanzig Jahre gesessen hatte. Er war nicht dumm, aber von Kindheit an hatte er das Gefühl, ein unerwünschter Paria zu sein, und sich mit anderen Gleichgesinnten durchgeschlagen. Sechs Monate später sehe ich Kolja wieder, mit einer



Das Erstklassticket kostete Fr. 897,35; die «Titanic» am 10. April 1912.

Verfolgungsjagd auf der «Titanic»

Der Arboner Stickerei-König Arnold B. Heine scheiterte und machte sich 1912 in die USA davon. An seine Fersen hefteten sich der Präsident des Schweizerischen Bankvereins und der Direktor der Schweizerischen Treuhandgesellschaft. Sie bestiegen die «Titanic», um dem Flüchtenden nachzustellen. *Von Rico Bandle*

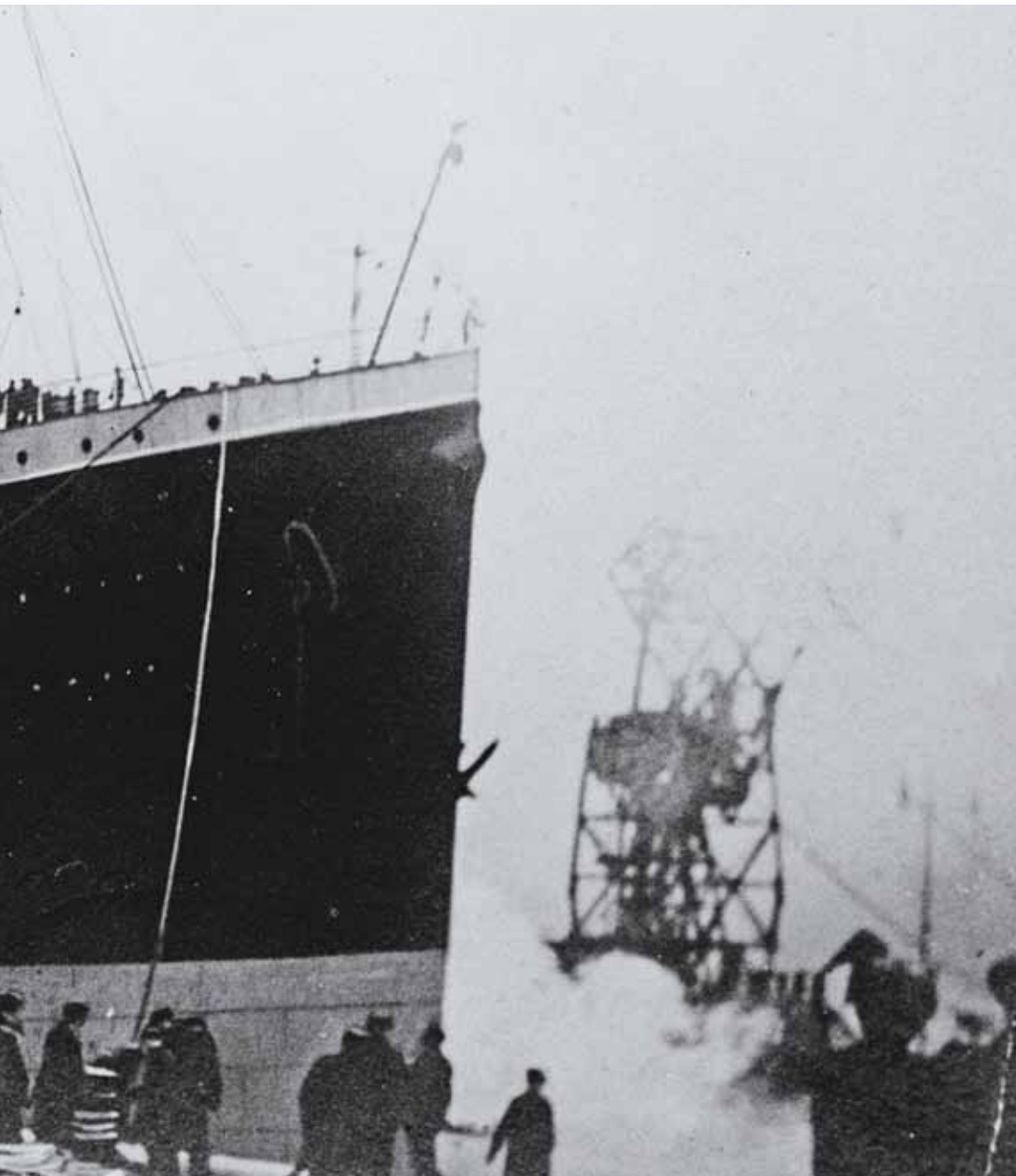
Kann es einen solchen Zufall geben? Der gescheiterte Thurgauer Grossunternehmer Arnold Baruch Heine flüchtet im Frühjahr 1912 auf einem Dampfer namens «Carpathia» vor seinen Gläubigern in die USA. Zwei prominente Schweizer Wirtschaftsvertreter nehmen die Verfolgung auf, besteigen das erstbeste Schiff über den Atlantik: die «Titanic». Nach der Kollision mit der Eisscholle schaffen es die beiden Erstklasspassagiere in ein Rettungsboot und werden später durch die «Carpathia» gerettet – wo sie zur eigenen Überraschung auf den flüchtigen «Stickereikönig»

stossen. Sie können ihn noch an Bord dingfest machen. Dies ist die Legende, die noch heute in der Ostschweiz in verschiedenen Variationen kursiert. Doch was spielte sich zwischen Arbon und New York tatsächlich ab?

Am Anfang der Geschichte steht Adolph Saurer. An der Arboner Bürgergemeindeversammlung 1897 setzte sich der Industrielle vehement dafür ein, dem Geschäftsmann Arnold Baruch Heine ein grosses Stück Land im Sumpfgebiet am Rande der Stadt abzutreten. Heine, ein weltgewandter Amerikaner deutscher Herkunft, hatte hochtrabende Pläne für

die kleine Stadt am Bodensee: Eine riesige Stickerei wollte er bauen, einen Betrieb, geprägt von amerikanischer Grandezza. Saurers Engagement für den eloquent auftretenden Heine war nicht ganz uneigennützig: Einen Grosskunden für die von ihm produzierten Stickmaschinen quasi vor der eigenen Fabrik zu haben, war ihm eine verlockende Vorstellung.

Die Gemeindeversammlung stimmte dem Landverkauf zu, 1898 begannen die Bauarbeiten für eine Fabrik, die innert weniger Jahre die zweitgrösste Stickerei der Welt werden



«Leite wolle ihr Geld loswerde»: Fabrikant Heine.



Enormes Wachstum: Stickerie Heine, Arbon.

sollte – bis sie wenig später jäh zugrunde ging. In atemberaubendem Tempo wurden die Fabriken hochgezogen: Wenige Monate nach Baubeginn ratterten bereits die ersten Saurer-Stickmaschinen in den neuen Hallen auf dem trockengelegten Riedareal. Ein Jahr später folgte das zweite Fabrikgebäude, 1907/08 war man schon beim fünften Erweiterungsbau angelangt. Eine Zeitung stellte voller Bewunderung die «geradezu luxuriöse Bauweise» der Backsteinfabriken fest. Heine strebte nach einer autarken Produktion: Die Fabrik betrieb drei eigene Dampfturbinen zur Stromversorgung, ein Pumpwerk für die Deckung des Wasserbedarfs, zudem waren auch eine Druckerei, eine Schlosserei und eine Schreinerei integriert. Eine Filiale in den USA, geführt von Heines Sohn Ben, war für den Verkauf der Produkte in Übersee verantwortlich.

Von welchem Optimismus man damals getrieben war, ist dem Geschäftsbericht der

AG Arnold B. Heine und Co. von 1903/04 zu entnehmen, in dem der rasante Ausbau folgendermassen begründet wird: «Wir befinden uns eben in dem Stadium des Überganges von der Hausindustrie zur Grossindustrie, und diese naturgemässe Entwicklung wird dem Stickereigeschäft zu stabilen Verhältnissen und zu einem nie da gewesenen Aufschwung verhelfen.» Die Ostschweizer Stickereiindustrie war Anfang des 20. Jahrhunderts die wichtigste Exportbranche der Schweiz. In der Statistik von 1913 führt sie die Exportranglisten mit einem Umsatz von 218 Millionen Franken an, dahinter folgt die Uhrenindustrie mit 187 Millionen und die Maschinenindustrie mit 115 Millionen Franken.

Waisenmädchen und Krawalle

Mit dem Ausbau der Fabriken wuchs auch die Anzahl Beschäftigter: von 740 im Jahr 1901 auf 2200 im Jahr 1909. Inklusiv der für Heine produzierenden Heimarbeiterinnen standen

nahezu 5000 Personen im Solde des Grossbetriebs – für damalige Verhältnisse war dies enorm. Nur die Stickerei Feldmühle im nahegelegenen Rorschach war noch grösser.

Das Wachstum der Stickerei Heine, die Saurer als grössten Arbeitgeber des Ortes mittlerweile überholt hatte, wirkte sich auch auf die Einwohnerzahl Arbons aus: 1910 betrug sie 9600, viermal mehr als noch zwanzig Jahre zuvor. Die Hälfte der Einwohner waren Ausländer, vor allem Italiener und Deutsche. Einige hundert minderjährige Mädchen aus norditalienischen Waisenhäusern arbeiteten in Heines Fabriken, für sie stellte der Patron von Nonnen geführte «Mädchenheime» zur Verfügung. Nach dem «bescheidenen Nachtessen» hätten die Mädchen jeden Abend eine Stunde lang italienische Lieder gesungen, schreibt der Arboner Anwalt und Journalist Fritz Hummler in seinen Memoiren. Er habe als Kind die «musikalischen Einlagen aus dem Lande Carusos» von der Strasse her oft

geniessen können. Die Büromitarbeiterinnen kamen vorwiegend aus Deutschland, Heine hatte für sie eine «Töchterpension» bereitgestellt.

Das Bevölkerungswachstum, der hohe Ausländeranteil, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und die akute Wohnungsnot sorgten immer wieder für soziale Spannungen. Die heutigen Migrationsprobleme erscheinen im Vergleich dazu geradezu harmlos: Im August 1902 kam es zu drei Tage dauernden Krawallen in der Stadt, mit Schweizern, Deutschen und Österreichern auf der einen Seite und Italienern auf der anderen. Immer wieder wurde demonstriert und gestreikt.

«Arboner Krieg»

Der Historiker und Journalist der *Wochenzeitung*, Stefan Keller, beschreibt in seinem Buch «Die Zeit der Fabriken» mehrere Arbeitskämpfe in der Stickerei Heine und wie der Chef damit umging. Als 1907 italienische Hilfsarbeiterinnen streiken wollten, schloss Heine die Türen ab, damit sie die Fabriken nicht verlassen konnten. Nachdem sie durch die Fenster entkommen waren, liess er sie erst von der Betriebsfeuerwehr abspritzen, dann schraubte er die Fenster zu, um einen weiteren solchen Vorfall zu verhindern.

1908 streikte die Heine-Belegschaft ganze fünf Monate lang. Konfliktpunkt waren ge-

Heine setzte sich zuerst mit seinem Motorboot, dann in einem Ozeandampfer nach Amerika ab.

plante Lohnkürzungen. Arbeiterbewegungen aus ganz Europa solidarisierten sich mit den Streikenden und sandten ihnen Geldbeträge, damit sie den Streik durchhielten. Der «Arboner Krieg», wie er genannt wurde, ist bis heute einer der grössten Arbeitskämpfe der Schweizer Industriegeschichte.

War Heines Führungsstil tatsächlich so «selbstherrlich», sein Management so «bar jeder sozialen Verpflichtung gegenüber der Arbeiterschaft», wie der Historiker Albert Tanner in seinem Standardwerk «Das Schiffchen fliegt, die Maschine rauscht» schreibt? Der Kurator des Historischen Museums im Schloss Arbon und Buchautor Hans Geisser widerspricht: «Das ist eine sehr einseitige Darstellung und verkennt den Unternehmergeist, die Risikofreude Heines.» Die Fabriken Heines galten mit ihren hellen, gutdurchlüfteten Hallen als vorbildlich, die Arbeiterwohnungen waren zwar einfach, für damalige Verhältnisse aber nicht unterdurchschnittlich.

Heines harte Haltung kam nicht von ungefähr: Der Firma ging es schlechter, als es nach aussen den Eindruck machte. Der erhoffte «nie dagewesene Aufschwung» wollte für die Firma nicht eintreten.

Investoren, Politiker und Journalisten hatten sich vom mondänen Auftreten Heines einlullen lassen – und schenkten ihm fast uneingeschränktes Vertrauen. Wie sehr die Geldgeber an ihn glaubten, überraschte ihn selbst am meisten. Als das Unternehmen 1903 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, sei er nach Feierabend durch die besseren Lokale gezogen und habe vor einer Zeichnung der Aktien gewarnt, da die Spekulation die Preise hochgetrieben habe, wie Fritz Hummler in seinen Memoiren schreibt. «Die Leute wolle alle ihr Geld loswerde», habe er in seinem schwäbischen Dialekt durch die Kneipen gerufen.

Rückblickend mussten die erbosten Aktionäre feststellen: Der gigantische Ausbau war nicht das Resultat von realem Geschäftserfolg, sondern getragen von der blossen Hoffnung auf eine rosige Zukunft. Zu spät realisierten dies die Gläubiger. Der grösste unter ihnen war der Schweizerische Bankverein, der nach der Übernahme der Schweizerischen Unionsbank in St. Gallen 1897 mit der Stickereiindustrie eng verbunden war.

1907, mit dem Börsencrash in den USA, setzte in der Stickereibranche eine grössere Krise ein, wodurch Heine zunehmend ins Schlingern kam. Doch erst 1909 begann man die Unternehmensführung zu hinterfragen. Die Firma musste einen Jahresverlust von drei Millionen Franken bekanntgeben. Die NZZ veröffentlichte einen Brief eines anonymen Urhebers, in dem die «exorbitanten Expansionsbestrebungen der Leitung» massiv kritisiert wurden und von einer «prekären» Situation die Rede war.

Die Flucht in einer «dunklen Nacht»

1910 begann die Entmachtung Heines. Erst wurde er von Albert Schmidheiny als Verwaltungsratspräsident abgelöst, und am 30. Juni 1911 kündigte man dem noch immer als Generaldirektor amtierenden Heine und seinen zwei Söhnen endgültig. Dies, nachdem einzelne Aktionäre die Rechnungslegung als «Bluffsystem einer wildspekulativen Geschäftsleitung» erkannt hatten. Der Bankverein übernahm an der Spitze eines Konsortiums die Aktien Heines – und damit die Macht in der Firma.

Nach Heines Entlassung strebte eine Aktionärsguppe juristische Schritte gegen den gescheiterten Unternehmer an. Die Aussicht auf ein Strafverfahren dürfte mit ein Grund für Heines spektakuläre Flucht gewesen sein. Hummler beschreibt sie in seinen Memoiren: «Eines schönen Tages, das heisst genauer während einer dunklen Nacht, im Frühjahr 1912, verschwand Arnold B. Heine aus Arbon und setzte sich mit seinem schnellen Motorboot über den Bodensee und nachher mit einem Ozeandampfer namens «Carpathia» über den Atlantik nach Amerika ab.»

Heines plötzliche Abreise schreckte die Verantwortlichen im Bankverein-Hauptsitz in Basel auf. Versuchte Heine mit seiner Flucht auch Firmengeld abzutransportieren? Der Fall wurde zur Chefsache erklärt. Der Verwaltungsratspräsident, Oberst Alfons Simonius-Blumer, sowie der Rechtsanwalt Max Staehelin-Maeglin, Direktor der Bankverein-Tochter Schweizerische Treuhandgesellschaft, nahmen persönlich die Verfolgung auf.

Die auf Überseefahrten spezialisierte Agentur Kaiser & Cie. in Basel organisierte den Geschäftsmännern die Tickets für eine schnellstmögliche Überfahrt nach New York. Das Arrangement inklusive der Erstklassickets kostete für Simonius Fr. 897.35, für Staehelin Fr. 770.95, was heute rund 20 000 Franken entspricht. Am Mittwoch, 10. April 1912, bestiegen die beiden in Southampton die «Titanic». Simonius bezog die Kabine A-26, Staehelin die günstigere Innenkabine B-50 – ohne zu wissen, dass sie einem speziellen Ereignis beiwohnten: der Jungfernfahrt des grössten und schnellsten Passagierdampfers der Welt. Erst am dritten Tag auf dem Schiff erfuhren die beiden davon.

«Ein dumpfes Rollen, ein leichter Stoss»

An Bord trafen Simonius und Staehelin den Seidenfabrikanten Max Frölicher-Stehli aus Zürich, der mit seiner Familie in Cherbourg zugestiegen war. Die drei verbrachten viel Zeit zusammen, nahmen gemeinsam die Mahlzeiten ein, spielten Abends Skat. So auch am Sonntag, 14. April. Etwa eine halbe Stunde vor Mitternacht machten sie Schluss und gingen in ihre Kabinen. Die Nacht war sternklar, doch «es war gegen Abend viel kälter geworden, sodass man die elektrische Hitze angedreht hatte», wie Staehelin später berichtete.

Nach der Ankunft in New York, drei Tage nach dem Untergang der «Titanic», schilderte Rechtsanwalt Staehelin einem Journalisten der *Frankfurter Zeitung*, wie er die Katastrophe erlebt hatte: «Ich zog mich [in meiner Kabine] aus und war noch bei dieser Beschäftigung, als ich plötzlich ein zehn Sekunden währendes dumpfes Rollen vernahm, das mit einem leichten Stoss eingesetzt hatte. Dieser war nicht stark genug, mich umzuwerfen. Obwohl ich gar nicht daran dachte, dass etwas Besonderes passiert sein könnte, trat ich auf den Gang hinaus und fragte einen Steward, was los sei. Der Mann versicherte mir, es sei nichts, und ich ging zurück. Indessen beschloss ich, auf Deck zu gehen, hatte aber immer noch keine Ahnung von dem, was kommen sollte. Ich zog mich wieder an, diesmal aber nicht die Abendgarderobe, die ich eben abgelegt hatte, und ging an Deck. Dort fand ich dann auch Simonius, und wir entdeckten, dass auf dem unteren Deck eine grosse Menge Eis lag.»



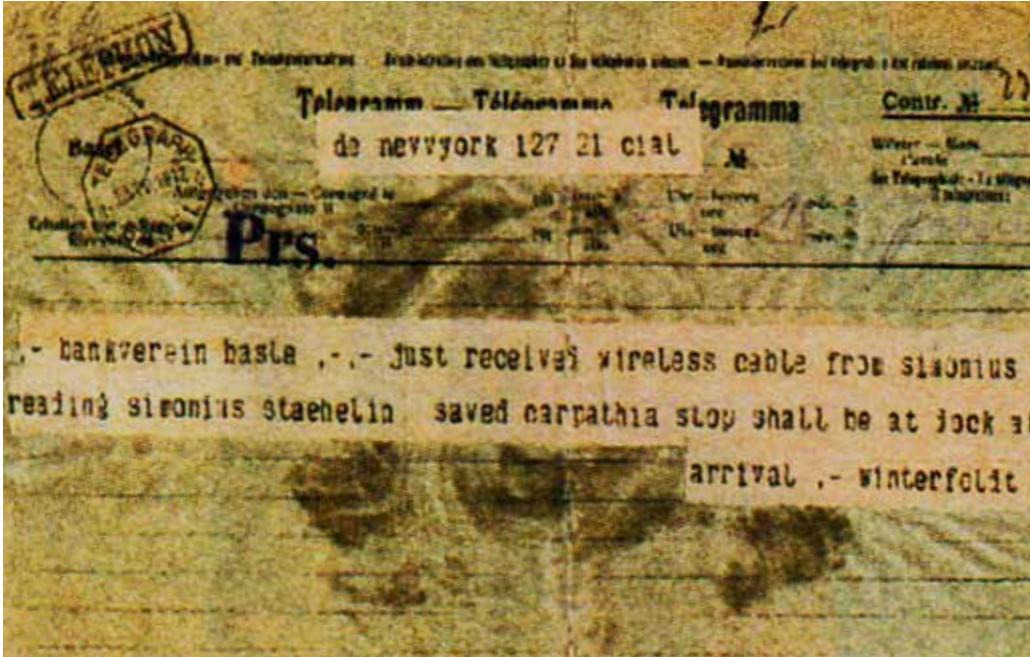
Chefsache: Bankverein-Präsident Simonius.



Günstigere Innenkabine: Rechtsanwalt Staehelin.



«Titanic»-Untergang am 15. April 1912.



«Simonius und Staehelin gerettet»: Telegramm vom 19. April 1912 an den Bankverein.

Die beiden Schweizer Geschäftsleute reagierten geistesgegenwärtig: «Bevor sie die Rettungsboote bestiegen, hatten sie pflichtbewusst noch ihre Geschäftsbücher aus der Erstkabine geholt», sagt Urs A. Müller, Leiter des UBS-Konzernarchivs. Staehelin beschreibt in seinem Augenzeugenbericht, wie er und Simonius in das Rettungsboot stiegen: «Auf Deck angekommen, fanden wir schon viele Frauen in den Booten, aber fast gar keine Aufregung. Ja, es gab manche Frauen, die nicht hineingehen wollten, und so blieben viele Plätze frei. Als Simonius und ich dies sahen, gingen wir in eins der am wenigsten besetzten Boote, obwohl wir noch gar keine Befürchtungen hegten, da die <Titanic> vollständig sicher

schien, die Musik noch spielte und die Mannschaften gute Disziplin bewahrten, wengleich sie ihre Aufregung nicht verbergen konnten.» Mehrere Stunden trieben die beiden Schweizer auf dem bloss zu zwei Dritteln besetzten Rettungsboot durch das kalte Eismeer, bevor sie von der «Carpathia» aufgenommen wurden.

Dass sich die beiden auf ein Boot retteten, das eigentlich für Frauen und Kinder vorgesehen war, brachte ihnen später Kritik ein; am härtesten formulierte diese der Schriftsteller Thomas Hürlimann in einem Aufsatz 1992: «Sie verliessen die Titanic, wie man sich aus maroden Firmen zurückzieht. So vermeidet man Konkurse, so überlebt man Untergänge.»

Auf der «Carpathia» stellten Simonius und Staehelin erfreut fest, dass auch die Familie Frölicher das Unglück überlebt hatte. Unwahrscheinlich ist, dass sie an Bord tatsächlich Heine angetroffen haben, wie dies die Legende besagt: Die «Carpathia» befand sich vor der Rettungsaktion bereits auf dem Weg zurück nach Europa.

Tod im Männerheim

Bei der Ankunft in New York wurden Simonius und Staehelin von einem Vertreter der New Yorker Bankverein-Filiale empfangen und ins Hotel «Ritz» gebracht. Wahrscheinlich haben sie sich in den folgenden Tagen mit Heine treffen können, sicher ist dies allerdings nicht. Je nach Chronik heisst es, Simonius und Staehelin hätten sich mit Heine einigen können, beziehungsweise man habe ihm weder ungetreue Geschäftsführung noch eine andere Straftat nachweisen können. Fest steht: Von einer Strafanzeige wurde abgesehen. Vorstellbar ist, dass Simonius und Staehelin als Überlebende jener Katastrophe milde gestimmt waren und andere Interessen hatten, als einem gescheiterten Unternehmer ein Strafverfahren anzuhängen.

Der Bankverein überwies später einen grösseren Geldbetrag zugunsten bedürftiger Opfer des Schiffsunglücks.

Der Name Heine war in Arbon dermassen in Verruf geraten, dass die Firma in Stickerei-

Pflichtbewusst nahmen die beiden Schweizer die Geschäftsbücher mit ins Rettungsboot.

werke Arbon umbenannt wurde. Alle Sanierungs- und Rettungsmassnahmen scheiterten allerdings. Die gesamte Ostschweizer Stickereibranche befand sich im Niedergang, 1922 wurde die Produktion in Arbon eingestellt, die formelle Liquidierung der ehemaligen Stickerei Heine erfolgte 1926. Arnold Baruch Heine erlebte dies nicht mehr. Er starb 1923 vereinsamt in einem Männerheim in seiner Heimatstadt Wiesbaden.

In Arbon erinnert nur noch wenig an Heine. Die grosse Fabrik an der St.-Galler-Strasse wurde 1992 abgerissen, an deren Stelle steht heute das Einkaufszentrum Novaseta. An der Landquartstrasse fällt die von Heine errichtete Arbeitersiedlung mit den vielen identischen Häusern auf. Beim Bahnhof steht noch das vierstöckige Verwaltungsgebäude, erstellt während der fünften Erweiterungsphase 1907, später von der Firma Hamel benutzt. Wer in dem Städtchen am Bodensee auf den Zug wartet, kann sich kaum mehr vorstellen, dass in dem verkommenen Backsteingebäude auf der anderen Seite der Geleise einmal ein stolzer Herr mit grossen Visionen in seinem geräumigen Büro sass: Arnold Baruch Heine, der «Stickereikönig von Arbon». ○



«Wir müssen uns fragen, ob die Frauen die Männer nicht überfordern»: Kreissaal, Szene aus «Saturday Night Live» mit Tom Hanks (l.).

Wenn Väter stören

Ja klar, der Mann ist bei der Geburt dabei. Es ist ja auch sein Kind. Was wie ein Naturgesetz klingt, ist noch gar nicht lange selbstverständlich. Und ist es auch sinnvoll?

Von Daniela Niederberger

Wie gründlich sich manche Dinge ändern: Noch bis zu den sechziger, siebziger Jahren war es klar, dass der Mann bei der Geburt eines Kindes nicht dabei ist. Dann kam die Frauenemanzipation, und jetzt ist der Mann im Kreissaal so selbstverständlich, dass man gar nicht mehr darüber spricht. Aber ist das auch gut so?

Thomas Hochstrasser* rät angehenden Vätern: «Bleibt daheim!» Er hat zwei kleine Töchter, die erste ist mit Kaiserschnitt, die zweite natürlich zur Welt gekommen. Bei der natürlichen Geburt «war ich das dritte Horn am Büffel, es brachte nichts, dass ich dabei war», sagt er. Es sei gescheiter, wenn Frauen unter sich seien beim Gebären. Zudem: Eine Geburt sei schon sehr blutig, vor allem wenn das Kind gross sei und fast hängenbleibe. Andererseits war es gut, dass er damals anwesend war, als ein Kaiserschnitt nötig wurde. Er konnte das neugeborene Baby halten, die Mutter ist nach einem solchen Eingriff in der Regel zu sediert.

Ein anderer Mann, der mit 41 Jahren Vater wurde, würde ein zweites Mal auch nicht mehr dabei sein wollen. Man sei keine grosse Hilfe, und «der Händchenhalten-Effekt ist an einem kleinen Ort». Sicher sei es gut, eine Vertrauensperson ins Spital mitzunehmen. «Aber ob da der Mann die geeignete Person ist? Eine Freun-

din wäre wahrscheinlich hilfreicher.» Im deutschen Magazin *Eltern* war vor einiger Zeit ein Gespräch unter drei Berliner Vätern zum Thema Geburt und Sexualität zu lesen. Einer von ihnen (Kai, 34) sagte: «Man sollte die Erlebnisse bei der Geburt und was sie mit der eigenen Lust anstellen, nicht unterschätzen. Ich meine, wenn es deine Frau halb zerrissen hat, dann können da in der Wahrnehmung schon ein paar Blessuren zurückbleiben.»

Ein anderer (Robert, 37) sagt, die Geburten seiner beiden Jungs seien beide schwierig verlaufen, weil die Kinder so gross waren. «Meine Frau hatte einen Dammriss und musste genäht werden. Das habe ich leider gesehen und auch den Moment, als ein Teil des Mutterkuchens auf den Boden platschte. Es ist gar nicht so leicht, die Vagina danach wieder mit Lust anzuschauen.»

Der Mann im Nebenzimmer

Und die Frauen? Auch sie nehmen die Anwesenheit des Mannes als gegeben hin. Und sollten sie insgeheim Bedenken haben, sagen sie nichts, um den Liebsten nicht zu verletzen.

Stefanie Ekkehard* ist eine Ausnahme. Ihre drei kleinen Kinder hat sie alle allein geboren. «Mein Mann war jeweils im Nebenzimmer.» Sie sagt: «Ich hätte mich beobachtet gefühlt und unter Druck gesetzt. Mir war nicht wohl

bei dem Gedanken, dass ein Mann dabei sein könnte.» Sie wollte auch nicht, dass ein Arzt ins Zimmer kommt. «Mein Mann hatte kein Problem mit meiner Entscheidung. Er war eher erleichtert.» Ekkehard ist der Meinung, Gebären sei irgendwie Frauensache. Früher seien ja auch nur Hebammen dabei gewesen. «Ich muss das Kind zur Welt bringen. Mein Mann kann mir da nicht helfen.» Dass er sie sieht, wie sie daliegt, und vielleicht noch von vorn, «das müsste ich gar nicht haben», sagt die Juristin.

Tiere gebären in der Abgeschiedenheit

Der renommierte Arzt und Verfechter einer sanften Geburt, Michel Odent, kann dieses Verlangen nach Alleinsein erklären. Im Buch «Es ist nicht egal, wie wir geboren werden», schreibt er, beim Gebären werde die Frau von alten, «primitiven» Gehirnregionen gesteuert. Hemmungen haben ihren Ursprung im «neuen Hirn», im Neokortex, jenem Teil des Gehirns, der beim Menschen hoch entwickelt ist und der als Sitz des Verstandes gilt.

Hebammen, die schon einmal eine ungestörte Geburt erlebt hätten, wüssten, dass eine Frau, die ein Kind zur Welt bringt, irgendwann «auf einem anderen Planeten ist. Sie wagt zu tun, was sie in ihrem normalen Alltag nie tun würde, schreien und fluchen.» Sie gibt

fremdartige Laute von sich. «Sie reduziert die Kontrolle ihres Verhaltens durch den Neokortex.» Anders formuliert: Sie verliert ihre Hemmungen. Odent schreibt: «Eine Frau in den Wehen muss zuallererst vor jeglicher Stimulation ihres Neokortex geschützt werden.» Dieser wird durch diverse Faktoren angeregt. Sicher durch die Sprache. Wenn wir kommunizieren, ist der Verstand aktiv. Deshalb schweigt eine erfahrene Hebamme und verzichtet auf konkrete Fragen.

Helles Licht regt den Neokortex an, ebenso das Gefühl, beobachtet zu werden. «Im Grunde genommen ist jedem klar, dass wir uns anders fühlen, wenn wir wissen, dass wir beobachtet werden», so Odent. Nicht von ungefähr gebären die meisten Säugetiere in Abgeschiedenheit. Auch die Anwesenheit des Mannes kann den Neokortex stimulieren. Heute wagt niemand auch nur darauf hinzuweisen, dass die neue Doktrin von der Teilnahme des Vaters an der Geburt und der spektakuläre Anstieg der Kaiserschnitttrate gleichzeitig auftraten, schreibt Odent.

Näher an der Frau

Niemand rüttelt am neuen Glaubenssatz, auch Hebammen nicht. Dass Kaiserschnitte durch die Anwesenheit der Väter mit verursacht werden könnten, habe sie sich «noch gar nie überlegt», und es schein ihr auch unfair

den Männern gegenüber, so etwas zu sagen, sagt Carolina Iglesias Elsener. Sie ist Hebamme in Zürich. Elsener spricht von der Geburt als «Teamarbeit» und davon, dass der Mann eine grosse Stütze sei. Doch auch sie hat das Gefühl, man sei von einem Extrem ins andere gekippt. Sie findet es schade, dass Paare zu wenig darüber reden. «Frauen getrauen sich nicht, etwas zu sagen, und Männer auch nicht.» Bloss bei Paaren aus anderen Kulturen erlebt sie es hin und wieder, dass die Väter sagen, sie wollten nicht dabei sein.

Silvie Baumann Froesch ist Hebamme im Geburtshaus Zürcher Oberland in Bäretswil. «Bei uns ist der Partner in der Regel dabei», sagt sie. Als sie noch in einem Spital arbeitete, bemerkte sie allerdings immer wieder, dass «Frauen besser in ihre Kraft kamen, wenn der Mann kurz draussen war. Ich bin näher an die Frauen herangekommen.» Sie erklärt es so: Ist der Mann im Raum, nehmen manche Frauen eher eine Opferhaltung ein: «Schau, was bin ich für eine Arme!» Die Frau ist weniger bei sich und konzentriert sich eher auf den Mann. «Ist er nicht im Zimmer, muss sie hingegen mehr selber machen.»

Die Hebamme hat beobachtet, dass es den Geburtsverlauf zudem behindern kann, wenn der Mann sehr ängstlich ist. Störend sei es ausserdem, wenn ein Partner zu viel redet und zu viel fragt. Oder wenn er fotografiert (sic!).

Hilfreich sei es, sagt Baumann Froesch, wenn der Mann mitgehe in den Geburtsvorbereitungskurs. Dann wisse er, wie Frauen sich gebärden können und dass manche sich nicht berühren lassen oder nicht wollen, dass er nur schon den Mund auf tut.

Der Moment zum Wegschauen

Angela Kuck, Chefärztin Gynäkologie und Geburtshilfe am Paracelsus-Spital in Richterswil, spricht von einem «sensiblen Thema». Man sollte den Männern nicht das Gefühl geben, sie müssten dabei sein. «Wir müssen uns fragen, ob wir sie nicht überfordern. Wir dürfen auch nicht vergessen, er hat nicht die Hormone intus wie die Frau: Endorphine und Opiate.»

Die Co-Chefärztin der Frauenklinik Triemli, Brida von Castelberg, findet es zwar gut, wenn der Vater anwesend ist. Es sei aber davon abzuraten, dass er zuschaut, wie der Kopf zwischen den Beinen rauskommt. Dieser Körperteil sei anders konnotiert für den Mann. Das dehne sich alles extrem, dann das viele Blut. Dieses Bild gehe schlecht wieder aus dem Kopf.

* Namen geändert

Michel Odent: Es ist nicht egal, wie wir geboren werden. Risiko Kaiserschnitt. Patmos. 177 S., Fr. 25.90



POLITIKER OHNE GRENZEN BRAUCHEN

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Für faire Wahlen in Russland unterstützen Sie unsere Arbeit auf www.rsf-ch.ch



«Kassengift plus Nervengift»: Schauspielerin Nicole Kidman in «Der goldene Kompass» (2007).



Hitchcocks Nr. 1

Von Jürg Zbinden

Nicole Kidman hat nichts zu verlieren. In den letzten Jahren stand ihr Name nur mehr als abschreckendes Synonym für *box office poison* (Kassengift) und für die Nivellierung durch Botox. Die Formel «Kassengift plus Nervengift» ist nicht gerade erfolgversprechend, und dennoch hat sich die 1,80 Meter lange Australierin eine sogenannte Traumrolle geangelt – sie wird in der französischen Produktion «Grace of Monaco» die 1982 tödlich verunfallte Fürstin spielen.

Diese war Sir Alfred Hitchcocks erklärte Lieblingsblondine, als sie sich noch Grace Kelly nannte. Der «Master of Suspense» konservierte die kühle amerikanische Schönheit drei Mal: in den Filmen «Dial M for Murder» (1954), «Rear Window» (1954) und, ein glamouröses letztes Mal, in «To Catch a Thief» (1955).

Zu diesem Zeitpunkt war Grace Kelly 25 Jahre jung. Als Nicole Kidman 25 Jahre alt war, brannte sie auf der Leinwand mit ihrem damaligen Gatten Tom Cruise durch, von Irland ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nach Amerika. Das 30-Millionen-Dollar-Epos hiess «Far and Away» und scheint schon sehr, sehr lange sehr weit weg.

Der Filmtitel «Grace of Monaco» offenbart es bereits: Nicole Kidman braucht nicht die blutjunge Filmschönheit zu mimen. Ziemlich unwahrscheinlich ist auch, dass sie sich extremer Method-Acting-Methoden befeissigen muss, in der kalorienreichen Tradition von Robert De Niro («Raging Bull») bis Renée Zellweger («Bridget Jones 1–3»). Obschon ja die Fragestellung «Wie viele Kilos kann sich Nicole Kidman anfuttern?» nicht ohne jeglichen Reiz wäre.

Und schliesslich hatte Fürstin Gracia Patricia von Monaco nach der Geburt ihrer Kinder, nach Alkohol- und Eheproblemen mit Rainier III. auch noch gegen Gewichtsprobleme zu kämpfen.

«Grace of Monaco» soll 2014 das Publikum erobern. Der Regisseur, Olivier Dahan, ist bisher vor allem als Produzent von Musikvideoclips hervorgetreten, unter anderem für Zucchero, Johnny Hallyday, MC Solaar und 2003 für Stephan Eicher («Cendrillon après minuit») sowie als Lieferant des bluttriefenden Thrillers «Les rivières pourpres II – Les anges de l'apocalypse».

Der Grossmeister Hitchcock ist tot, aber zu Olivier Dahans Nummer eins kann es Nicole Kidman allemal bringen. Ob das gleichbedeutend sein wird mit einem erfolggekrönten Comeback, bleibt abzuwarten.

Belletristik

- 1 (1) **Jussi Adler-Olsen:** Das Alphabetahaus (DTV)
- 2 (2) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand (Carl's Books)
- 3 (7) **Marcia Willett:** Das verborgene Kind (Bastei Lübbe)
- 4 (3) **Daniel Glattauer:** Ewig Dein (Deuticke)
- 5 (6) **Andrea Camilleri:** Das Ritual der Rache (Bastei Lübbe)
- 6 (5) **Milena Moser:** Montagsmenschen (Nagel & Kimche)
- 7 (9) **Paulo Coelho:** Aleph (Diogenes)
- 8 (8) **Lukas Hartmann:** Räuberleben (Diogenes)
- 9 (4) **Tess Gerritsen:** Grabesstille (Limes)
- 10 (10) **Javier Marías:** Die sterblich Verliebten (Fischer)

Sachbücher

- 1 (1) **Philippe Pozzo di Borgo:** Ziemlich beste Freunde (Hanser)
- 2 (2) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (Hanser)
- 3 (3) **Pierre Dukan:** Die Dukan-Diät (Gräfe und Unzer)
- 4 (8) **Hans Küng:** Jesus (Piper)
- 5 (–) **Kurt Lauber:** Der Wächter des Matterhorns (Droemer Knaur)
- 6 (4) **Pascal Voggenhuber:** Die geistige Welt hilft uns (Giger)
- 7 (6) **Barney Stinson, Matt Kuhn:** Das Playbook (Riva)
- 8 (7) **Barney Stinson, Matt Kuhn:** Der Bro Code (Riva)
- 9 (5) **Judith Giovannelli-Blocher:** Der rote Faden (Nagel & Kimche)
- 10 (–) **Ueli Bernold:** Grill-Ueli (Fona)

Apropos: Politisch korrekt lesen

In Hamburg findet in diesen Tagen das Literaturfestival «Lesen ohne Atomstrom» statt. Zu den Gästen gehören die Bestsellerautoren Roger Willemsen und Frank Schätzing oder der Kabarettist Dieter Hildebrandt. Was hat Lesen mit Atomstrom zu tun? Soll nur noch bei Kerzenlicht gelesen werden? Keineswegs. Die «erneuerbaren Lesetage» wurden aus Protest gegen eine anderes Hamburger Literaturfestival ins Leben gerufen, das von einem Atomkonzern gesponsert wird. Das Konzept könnte Schule machen. Da die Solothurner Literaturtage von der SRG gesponsert sind, würde sich für SVP-Nationalrätin Natalie Rickli das Alternativfestival «Lesen ohne Billag-Gebühren» aufdrängen. Oder für Jean Ziegler als Alternative zum von der UBS gesponserten Filmfestival Locarno das «Filmfestival ohne Raubtierkapitalismus». Der Goldene Leopard als Hauptpreis hätte dort natürlich ausgedient. (rb)

Das Blech und sein Trommler

Es lohnt nicht, in die allgemeine Empörung über die Israel-Kritik von Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass einzustimmen. Aber an einem Punkt muss man einhaken. Von Charles Lewinsky

Günter Grass hat natürlich recht mit dem, was er schreibt. Nobelpreisträger können nicht irren. Schliesslich erklärt Israel seit Jahren, dass der Iran von der Landkarte getilgt werden müsse. Dass er ein Besatzerstaat sei, der keine Lebensberechtigung habe. Dass es eine gottgegebene Verpflichtung sei, ihn mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Oder, hoppla, war das etwa umgekehrt? Ist es am Ende der iranische Regierungschef, der in einer Rede nach der anderen die Vernichtung Israels propagiert? Spielt keine Rolle. Im verschwurbelten Weltbild des alternden Blechtrommlers können solche kleinen Verwechslungen schon mal vorkommen. Wie die Verwechslung, die ihn dazu bewogen hat, seinen Prosatext als Gedicht zu bezeichnen, nur weil er ihn zeilenweise hat abdrucken lassen. Vielleicht weil man sonst gleich gemerkt hätte, dass er ihn heimlich an einem Stammtisch mitgeschrieben hat.

Nachsicht mit den Heroen von gestern?

Nein, Günter Grass' Text macht noch nicht mal Lust zu einem satirischen Angriff. Man soll das Gebrabbel alter Herren nicht auf die Goldwaage legen. Sich ernsthaft mit seinen Thesen auseinanderzusetzen, wäre eine Verschwendung von Druckerschwärze. Wer auch nur ab und zu Zeitung liest oder sich die Fernsehnachrichten ansieht, wird selber merken, dass seine Beschreibung des Verhältnisses der beiden Staaten wenig bis nichts mit der Realität zu tun hat.

Es lohnt nicht. In den Chor der allgemeinen Empörung über die schrägen geopolitischen Ansichten eines Nobelpreisträgers muss man nicht auch noch einstimmen. Nur an einem einzigen Punkt scheint es mir nötig, einzuhaken.

Günter Grass, das merkt man seinem Text an, ist furchtbar stolz darauf, ein Tabu gebrochen zu haben. Auch wenn dieses Tabu schon lange nicht mehr existiert. Auch wenn der Wind des Zeitgeistes schon lange aus der Gegenrichtung weht.

Israel zu kritisieren, behauptet er, das sei in unserer Gesellschaft verpönt. Das traue sich keiner ausser ihm. Und darum, lässt er durchblicken, sei es auch so furchtbar mutig von ihm, eine solche Kritik zu wagen.

Wahrscheinlich sollte man es den Heroen von gestern nachsehen, wenn sie von aktuellen Strömungen nichts mehr mitbekommen und mit geschwellter Heldenbrust auf ein Schlachtfeld ziehen, auf dem schon lang nur noch Denkmäler stehen. Aber weil mancher Leser

geneigt sein könnte, Grass' intellektuelle Pose ernst zu nehmen, nur weil damals die «Blechtrommel» ein wirklich guter Roman war, muss man wohl festhalten: Ein Tabu, das öffentliche Kritik an Israel und seiner Politik verbieten würde, existiert schon lang nicht mehr.

Natürlich, es gab mal eine Zeit, in der es als politisch unkorrekt galt, den jüdischen Staat zu kritisieren. Nach dem Überraschungsangriff der ägyptischen und syrischen Truppen auf Israel im Oktober 1973 war vorübergehend die ganze Welt zionistisch. Niemand hatte einen Zweifel daran, wer in diesem Kampf der David und wer der Goliath war, wer der Angreifer und wer der Angegriffene.

Der Applaus hielt nicht lange vor.

Heute gehört es nachgerade zum guten Ton, Israel Vorwürfe zu machen. Ein Aufruf zum Boykott seiner Produkte vermag viel mehr zustimmend empörte Leserbriefschreiber zu mobilisieren als etwa der Aufruf, Massnahmen gegen die Grausamkeiten des benachbarten

Ursache und Wirkung

Günter Grass veröffentlichte letzte Woche in verschiedenen europäischen Zeitungen das Gedicht «Was gesagt werden muss». Der Literatur-Nobelpreisträger prangert darin den Staat Israel an, der mit seiner Iran-Politik den Weltfrieden gefährde: «Es ist das behauptete Recht auf den Erstschlag, der das von einem Maulhelden unterjochte und zum organisierten Jubel gelenkte iranische Volk auslöschen könnte, weil in dessen Machtbereich der Bau einer Atombombe vermutet wird.» Grass schwingt sich zu einem Tabubrecher empor, der sagt, was er sich lange nicht zu sagen getraut hat: dass die israelische Politik moralisch mindestens so verwerflich sei wie die iranische. Dem Schriftsteller schlug nach der Veröffentlichung eine wuchtige Empörungswelle entgegen: Er sei ein Antisemit, intellektuell nicht mehr auf der Höhe, habe eine «literarische Todsünde» (Guido Westerwelle) begangen. Israel verhängte ein Einreiseverbot gegen Grass, Innenminister Eli Jischai sagte, das Gedicht habe darauf abgezielt, «das Feuer des Hasses auf den Staat Israel und das Volk Israel anzufachen». (rb)

Das Gedicht von Günter Grass finden Sie im Wortlaut unter www.sueddeutsche.de/1.1325809



Spätberufener des Israel-Bashings: Schriftsteller Grass.

syrischen Regimes zu ergreifen. Heute ist man in, wenn man sich diesem Chor anschliesst.

Protest und modische Attitüde

Damit man mich nicht falsch versteht: Es geht mir hier nicht darum, alles blind zu verteidigen, was der israelische Staat tut. Bei manchen Aussagen seines profaschistischen Aussenministers Avigdor Lieberman packt mich das kalte Grausen, und ich freue mich darüber, dass auch viele Israelis gegen die staatlich geförderten Fehlentwicklungen in den besetzten Gebieten lautstark protestieren. Aber die Art, wie es in den letzten Jahren zur modischen

Attitüde geworden ist, an diesen Staat viel strengere Massstäbe anzulegen als an seine Nachbarn, kann einen gewaltig nerven. Vor allem, wenn sich ein Günter Grass als Spätberufener des Israel-Bashings für einen mutigen Tabubrecher hält, wenn er in diesen vieltimmigen, misstönenden Chor auch noch einstimmt. Das nehme ich ihm übel.

Wie heisst doch gleich wieder der alte lateinische Merkspruch von dem Philosophen, der einer geblieben wäre, wenn er nur das Maul gehalten hätte?

Charles Lewinsky ist Schriftsteller und Drehbuchautor.

Jazz

Puntins Suite

Von Peter Rüedi

Wie klingt der aktuelle Jazz? Was sind die heissen Trends? Wohin entwickelt sich diese Musik? Auf solche Fragen bleibt mir nur ein Scherz (etwa, dass das Avantgarde-Potenzial von Thelonious Monk noch gut für ein weiteres halbes Jahrhundert ausreiche) oder Ratlosigkeit. Wenn schon keiner vor fünfzig Jahren den gemeinsamen Nenner zwischen Stan Kenton und Archie Shepp ausmachen konnte, wie sollte Vergleichbares heute gelingen?

Wenn mir bei Todesandrohung trotzdem eine Tendenzmeldung abgenötigt würde: Nie, scheint mir, waren sich komponierte und improvisierte Musik näher als heute (so wie andererseits «Jazz» und Volksmusiken aller Art). Das ist ein Glück insofern, als der eine oder andere «Jazzliebhaber» sich vielleicht doch eine CD anhört, in deren Besetzung ein Streichquartett auftaucht. Claudio Puntin, der knapp fünfzigjährige Klarinetist aus Zug, ist als Grenzgänger seit langem überall anzutreffen, wo's interessant wird: ob in klassischen Orchestern, Ensembles neuer Musik oder eben in improvisiertem Zusammenhang. So hat er, naheliegend, vor zehn Jahren einen isländischen Kompositionsauftrag ausgeführt, Musik für ein Streichquartett und Klarinette. Die Suite heisst «East», spiegelt Puntins Enthusiasmus für die Musik Osteuropas, und wer nach allem noch immer so vernagelt sein sollte, im Streichquartett von Gerdur Gunnarsdóttir plus Puntin fade Kammerfiedelei zu hören, der sollte von der Musik ganz lassen.

Das ist nicht nur in der dem Pionier Naftule gewidmeten Klezmer-Hommage ein geradezu *träumliches* Bacchanal, es ist durchs Band die Kombination von Emotion, Intensität und Intelligenz: in einer Widmung an den grossen armenischen Duduk-Spieler Dschivan; einer An-Spielung an balkanische Zigeunermusik; einer Hommage an Puntins Hausheiligen Sergiu Celibidache; einer Reminiszenz an die griechische Musik und in einem 9/4-Tanz zu Ehren des rumänischen Geigers Benone Dami-an. Nirgends billige Folkloristik, sondern verwandelte, gespiegelte, reflektierte Folklore. Bartók hat's vorgemacht.



Claudio Puntin & Gerdur Gunnarsdóttir String Quartet: East. Unit Records UTR 4320

Top 10

Knorr's Liste

1	Un cuento chino	★★★★☆
Regie: Sebastián Borensztein		
2	Bullhead	★★★★☆
Regie: Michael R. Roskam		
3	Take Shelter	★★★★☆
Regie: Jeff Nichols		
4	Intouchables	★★★★☆
Regie: O. Nakache / E. Toledano		
5	The Pirates! Band of Misfits	★★★★☆
Regie: Peter Lord / Jeff Newitt		
6	The Best Exotic Marigold Hotel	★★★★☆
Regie: John Madden		
7	Poupoupidou	★★★★☆
Regie: Gérald Hustache-Mathieu		
8	The Hunger Games	★★★☆☆
Regie: Gary Ross		
9	The Woman in Black	★★★☆☆
Regie: James Watkins		
10	The Iron Lady	★★★☆☆
Regie: Phyllida Lloyd		

Kinozuschauer

1 (3)	Intouchables	23 444
Regie: O. Nakache / E. Toledano		
2 (1)	The Hunger Games	22 530
Regie: Gary Ross		
3 (-)	Titanic – 3-D	21 866
Regie: James Cameron		
4 (2)	Wrath of the Titans (3-D)	16 070
Regie: Jonathan Liebesman		
5 (5)	The Pirates! Band of Misfits	14 566
Regie: Peter Lord / Jeff Newitt		
6 (-)	Mirror Mirror	14 376
Regie: Tarsem Singh Dhandwar		
7 (4)	Türkisch für Anfänger	14 272
Regie: Bora Dagtekin		
8 (6)	The Woman in Black	7707
Regie: James Watkins		
9 (7)	This Means War	7013
Regie: McG		
10 (8)	The Best Exotic Marigold Hotel	6830
Regie: John Madden		

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Breaking Dawn (Ascot Elite)
2 (-)	Real Steel (Disney)
3 (2)	Tim und Struppi (Sony)
4 (3)	Killer Elite (Impuls)
5 (-)	Game of Thrones (Warner)
6 (4)	In Time (Fox)
7 (-)	Alvin und die Chipmunks 3 (Fox)
8 (6)	Zwei an einem Tag (Universal)
9 (-)	The Help (Disney)
10 (5)	Happy Feet 2 (Warner)

Quelle: Media Control



Prachtvolles Ambiente: Michelle Yeoh als Aung San Suu Kyi.

Kino

Hinein in die Herzen

Luc Besson feiert mit seinem Biopic «The Lady» die burmesische Freiheitskämpferin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Von Wolfram Knorr

Manchmal gelinge es Filmen, «jenseits aller Kriterien, einen Weg zum Herzen der Menschen zu finden», steht am Anfang von Richard Attenboroughs Filmepos «Gandhi» (1982). Auch John Ford hätte das seinem «Young Mr. Lincoln» (1939) und Clint Eastwood «Invictus» (2009) voranstellen können. In den genannten Filmen geht es um grosse, legendäre Freiheitskämpfer, von Mahatma Gandhi über Abraham Lincoln bis Nelson Mandela; und am Ende haben alle porträtierten Persönlichkeiten, jenseits aller Kriterien, eines erreicht: Die Helden und – vor allem – ihre Darsteller lassen vor lauter Lauterkeit, wunderbarer, zu Herzen gehender Überzeugungskraft alle (möglichen) kritischen Einwände einfach vergessen. Das war bei Henry Fonda so, als Abraham Lincoln, bei Ben Kingsley als Gandhi und Morgan Freeman als Nelson Mandela – und es ist bei Luc Bessons «The Lady» nicht anders.

Seine Denkmalpflege gilt der burmesischen Menschenrechtlerin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Michelle Yeoh («Tiger and Dragon») spielt Suu Kyi (im Volk als «Mutter Suu» verehrt) derart herzerwärmend, dass man die kleinste politische Erwähnung als böse Einmischung empfinden würde. Deshalb heisst Bessons Film auch einfach «The Lady», und die bettet er, sehr zart, in ein prachtvolles,

sehr farbenprächtiges Ambiente. Die fragile, schöne Frau lebt in Oxford mit einem lieben Gatten und zwei lieben Kindern. Eines Tages erfährt sie vom Schlaganfall ihrer Mutter und fliegt zurück nach Burma (Myanmar). In Rangun erlebt sie hautnah wie Demonstranten brutal niedergeknüppelt werden. Und weil Suu Kyi die Tochter des Volkshelden Aung San (der einem Attentat zum Opfer fiel) ist und vom Volk verehrt wird, bitten Regimegegner sie, mit ihnen die Demokratisierung im Land voranzutreiben. Tatsächlich gelingt ihr bei der Parlamentswahl ein erstaunlicher Sieg. Die Militärjunta erklärt die Wahl daraufhin sofort für ungültig, sperrt Oppositionelle in Straflager, Suu Kyi erst ins Gefängnis und stellt sie dann unter Hausarrest auf ihrem Anwesen. Er sollte fünfzehn Jahre dauern.

Luc Besson, eigentlich ein purer Action-Filmer («Transporter»), sei nach der Lektüre des Drehbuchs von Rebecca Frayn tief gerührt gewesen. Muss ja nicht stimmen, was in der Branche erzählt wird, aber Bessons Rührung ist tatsächlich zu spüren, ach was, zu besichtigen. Suu Kyi bleibt eine Poster-Ikone, der Film salbt das Idol. Es geht zwar zu wie im Groschenheft: Die Pro-Suu-Kyi-Figuren sind schrecklich lieb, alle Gegner schrecklich böse, aber das einfache, immer wirksame Strickmuster erhält – vor dem aktuellen Hinter-

grund – einen neuen Sinn: Suu Kyi, die erst kürzlich mit ihrer Partei einen grossen Parlamentssieg errang, beweist, wozu Beharrlichkeit führen kann. Da geht «The Lady» erst recht, auf der Direttissima sozusagen, direkt in die Herzen der Zuschauer. ★★★☆☆

Weitere Filmstarts

The Grey — Eine Gruppe von Ölarbeitern stürzt mit dem Flugzeug über der wildesten und frostigsten Wildnis von Alaska ab und findet sich nicht nur in Schneestürmen, sondern auch allein unter ziemlich blutdürstigen Wölfen wieder. Da heulen nicht nur die eisigen Orkane, auch die bösen Rudel. Den gruseligen Survival-Kampf von Joe Carnahan («Smokin' Aces») trägt einzig und alleine Liam Neeson, der als Scharfschütze dafür bezahlt wird, die Wildtiere von der Ölraffinerie fernzuhalten. Folglich kennt er sich unter den Viechern ein wenig aus und wird zum Alphetier der Verzweifelten. Das ist atmosphärisch gelungen, wartet mit einer konsequenten Schlusspointe auf und bewegt sich zwischen Horrorfilm und Thriller. Was beim Western die Indianer waren, sind hier die Wölfe. Menschliche Ratio wird mit dem Instinkt konfrontiert. Schon recht. Aber die computergenerierten Wölfe scheinen eher aus der «Twilight»-Zone zu stammen als aus Alaska. Das haben die real existierenden Wauwas nicht verdient. ★★★☆☆



Trägt den Film: Liam Neeson in «The Grey».

Fragen Sie Knorr

Es werden zurzeit jede Menge Horrorfilme produziert. Haben Sie einen Lieblingsfilm? H. M., Altendorf



Für mich ist Horror, wenn das Garn um jenes Element gesponnen wird, dem die Angst entspringt: die Nacht; da ist unser Augenlicht schwer beeinträchtigt, und wir fühlen uns ausgeliefert. Deshalb sind Horrorgeschichten, die man sich bei Dunkelheit am Lagerfeuer erzählt, am wirkungsvollsten. Vor diesem Hintergrund sind die Filme der

Café de Flore — Ein Doppeldrama für Fans filmischen Kunstgewerbes. Das eine Drama spielt in den Sechzigern, das andere in der Gegenwart. In den Sechzigern gab's die Mutter eines Knaben mit Down-Syndrom, den sie heiss und innig liebt. In der Gegenwart gibt's 'nen dollen DJ, der seine Frau auch heiss und innig liebt, aber dann eine neue kennenlernt



Wie ein Storch auf Stelzen: «Café de Flore».

und die heiss und innig liebt. Die Ex kann es aber nicht lassen, liebt immer noch heiss und innig, und der Down-Syndrom-Knabe lernt ein Mädchen kennen und liebt nun sie heiss und innig. Worum geht's? Keine Ahnung. Ein Heiss-und-innig-Liebe-Schmarren vom Kanadier Jean-Marc Vallée («The Young Victoria», «C. R. A. Z. Y»). Diesen Heiss-und-innig-Liebe-Schnickschnack inszenierte Vallée mit aufgeplusterter Bild- und Montage-Ästhetik wie ein Storch auf Stelzen. Die nervtötende Musik gibt dem Renommiergeprotze den Rest. ★★★☆☆

Opération Casablanca — Der illegal in der Schweiz lebende Araber Saadi (Tarek Bakhari) ist zur falschen Zeit am falschen Ort und gerät ins Fadenkreuz der Terroristenjäger. Die Schweizer Burleske von Laurent Nègre («Fragile») mit Jean-Luc Bideau als ruppigem Opportunisten wartet mit hübsch konstruierten Purzelbäumen auf und macht Spass. ★★★☆☆

britischen Hammer-Produktion bis heute die besten. 1958 entstand für mich das Highlight: «Dracula» mit Christopher Lee und Peter Cushing als Vampirjäger. Das Raffinierte war die Mischung aus kuscheliger Fachwerkhäuser-Idylle, misstrauischen Bewohnern und dem düsteren Schloss auf der Höhe. Die Hammer-Filme – und eben «Dracula» – waren die Umsetzung von Lagerfeuer-Garn-Spinnereien-bei-einbrechender-Nacht. Unerreicht bis heute.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Sonderling Hausfrau

Von Rico Bandle

Das Schweizer Fernsehen widmete sich letzte Woche glücklichen Menschen. Dokfilmer Pino Aschwanden porträtierte lauter Personen mit einem aussergewöhnlichen Lebenslauf: Einen Kleinbauern mit elf Kindern, eine querschnittgelähmte Frau, einen Grosswildjäger, einen Mönch – und eine Hausfrau. Genau: eine ganz normale Hausfrau, die auf ihre drei kleinen Kinder schaut, währenddem der Vater arbeiten geht. «Wir dachten, das sei ein Auslaufmodell», heisst es im Film.

Dass eine gut ausgebildete Frau glücklich ist, wenn sie auf ihre Kinder aufpasst, das scheint für den Filmemacher genauso sonderbar, wie wenn sich ein Mann freiwillig ins Kloster begibt und auf Besitztum und körperliche Liebe verzichtet.

«Wir fragen uns, ist das Hausfrauendasein etwas, was einem wirklich glücklich machen kann?», sagt der Sprecher. Die Kamera richtet sich auf ein weinendes Kind, dann sagt der Filmemacher zur Hausfrau: «Aber Putzen und Waschen und Kindergeschrei von morgens bis abends, das stelle ich mir nicht als sehr glückliche Umgebung vor.»

Um dem Publikum die Tätigkeit der Hausfrau nahezubringen, wird Pino Aschwanden poetisch. Im Hintergrund ertönt Ravels Boléro, der Sprecher meint dazu: «Wir stellen fest: Das Glück der Hausfrau ist schwer verdient. Hausfrauenarbeit ist wie Ravels Boléro: Das ewig Gleiche, immer und immer wieder neu.» Dazu sieht man die Mutter beim Geschirrabräumen, Waschen, Bügeln und Staubsaugen. Und wir fragen uns: Zeichnet sich nicht fast jeder Beruf dadurch aus, dass er das ewig Gleiche ist, immer und immer wieder neu?

Abends kommt der Vater heim in Anzug und Krawatte. Er macht Karriere, sie schaut auf die Kinder. Was vor allem in ländlichen Gebieten noch eher die Regel als die Ausnahme ist, ist für das Schweizer Fernsehen ein exotisch anmutendes Familienmodell. «Dass das Hausfrauendasein so gering geschätzt wird, findet Larissa bedauerlich», sagt die Off-Stimme im Film. Die SF-Verantwortlichen sind wohl mitgemeint.

Glückskinder. Ein Film von Pino Aschwanden.

Liebesgrüsse aus Moskau

Weshalb Schweizer Männer von Russinnen angetan sind.
Von Hildegard Schwaninger



«Fröhlich, herzlich»: Walter und Irina Beller.

Wenn ich durch die Bahnhofstrasse gehe, sehe ich sofort, welche Frau Russin ist. Die Art sich zu bewegen, die stolze Körperhaltung – alles unverkennbar. Die Russinnen haben etwas sehr Anziehendes.» Der Schweizer Mann, der das sagt, ist seit fast zehn Jahren mit einer Russin verheiratet. Er relativiert. Auch die Brasilianerinnen seien attraktiv, die Thailänderinnen und die Schweizerinnen, aber die Russinnen und Ukrainerinnen – sie seien speziell.

Als Hotelier **Caspar E. Manz** vor bald vierzig Jahren die Russin **Ljuba Lurje** heiratete, war das eine Sensation. Dann fiel der Eiserne Vorhang, und die Russinnen strömten Richtung Westen. **Michael Haefliger**, der Intendant des Lucerne Festival, war – damals noch beim Festival in Davos – mit einer Schönheit aus St. Petersburg verheiratet. **Irina Nikita Haefliger** ist eine Pianistin mit berückend blauen Augen. Die Ehe ist heute geschieden. Der Adidas-Milliardär **Robert Louis-Dreyfus** traf im Flugzeug die blonde **Margarita Bogdanova** aus St. Petersburg. Die studierte Ökonomin ist heute Verwalterin seines Vermögens, Mäzenin, Mutter von drei Söhnen. Schlagzeilen machte **Martin Bäumle**, als er eine Blondine aus der Ukraine heiratete. **Yuliya Bäumle** hat zu Hause eine technische Fachhochschule besucht, in der Schweiz arbeitete sie im Tabledance-Lokal «Viper Club» in Dübendorf, wo der Grünliberalen-Chef die Tänzerin kennenlernte.

Die Schweizerinnen fragen sich besorgt: «Nehmen uns die schönen Russinnen und Ukrainerinnen unsere Schweizer Männer weg?»

Es gibt mehrere hunderttausend Frauen zwischen Kiew und Wladiwostok, die in Internetforen ihre Wärme und Sinnlichkeit anbieten, mit strahlendem bis unergründlichem Lächeln locken. Warum wollen diese Nataschas, Swetlanas, Tatjanas und Olgas in die Schweiz? Und was erwarten die Schweizer Männer von den Frauen aus dem grössten Land der Welt?



Eine Sensation: Ljuba Manz.

Jörg Arnold, der aus der Innerschweiz stammende, mit einer Russin verheiratete Direktor des Hotels «Zum Storchen»: «Die Russinnen sind nicht nur schön, sie sind sehr gepflegt, sie

sind häuslich und warmherzig. In Russland herrscht ein riesiger Frauenüberschuss. Da müssen sich die Frauen anstrengen, um einen Mann zu bekommen – und um einen Mann zu halten. Deshalb geben sich die Frauen Mühe, in der Art, wie sie sich schminken, wie sie sich kleiden. Die Russinnen sind lustig, gesellig, feiern gern.»

Jörg Arnold ist seit fünf Jahren mit **Inna** verheiratet. Er lernte sie vor acht Jahren kennen. Die Volleyballspielerin sass mit einer Freundin in der Bar des Hotels «Zum Storchen», der Direktor – «Ich war frisch geschieden, frei und überhaupt nicht auf der Suche» – kam herein, es war Liebe auf den ersten Blick. «Die Russinnen sind wie die Schweizerinnen vor dreissig Jahren. Sie sind weiblich, wollen den Mann verwöhnen und mögen auch, wenn der Mann sie verwöhnt. Bei einer Russin fühlt sich der Mann als Mann.» **Jörg Arnold** hat mit seiner Frau, die nicht nur gut aussieht, sondern auch tüchtig ist (gründete die Firma **Your Exclusive Solution**), ein Glückslos gezogen. «Manchmal möchte ich meiner Frau etwas kaufen, und sie meint dann, das brauche sie nicht.»

Russinnen und Ukrainerinnen sind familienverbunden. Bauunternehmer **Walter Beller**, über dessen Frau **Irina** das Schweizer Fernsehen eine Dok-Sendung dreht (wird am 29. April gesendet), nennt sie «Die Italienerinnen aus dem Osten. Fröhlich, herzlich, offen, und die Familie ist das Wichtigste für sie. Irina hat gern Schmuck,



Im Flug: Robert und Margarita Louis-Dreyfus.

aber für die Familie würde sie ihren ganzen Schmuck verkaufen.» Den Männern imponiert auch, dass Frauen aus dem Osten oft eine gute Ausbildung haben und gebildet sind. Irina Bellers Schwester **Alona** war mit **Marcel Franzen**, dem Sohn des berühmten Selfmade-Man **Bruno Franzen**, verheiratet, bevor sie **David Kalberer**, die rechte Hand von **Viktor Vekselberg**, heiratete. Alona Kalberer spricht sechs Sprachen und ist Juristin. Gegen die Russinnen gibt es viele Vorurteile (vor allem von Männern, die nicht mit Russinnen verheiratet sind), aber ihre Männer machen einen glücklichen Eindruck und, wie **Jörg Arnold** sagt: «Egal, welche Nationalität eine Frau hat, am Schluss geht es um Respekt.»

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Mein Garten

Unser Kolumnist geht (nicht: «fährt») an einen Ort, mit dem man Gäste beeindrucken kann. Und er urteilt streng über Freunde. Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Zürich. Weil ich die *Weltwoche* «Stil»-Ausgabe No. 2 April/Mai 2012, die am 26. ds. M. erscheint (in der Schweiz), ins Bett brachte, wie man sagt. Und weil an Ostern auf Ibiza oft schlechtes Wetter ist (doch nicht dieses Jahr – Karfreitag und -samstag recht gut, Ostersonntag und -montag schön, hörte ich). Ausserdem liess MvH vor den Feiertagen seinen Garten hübsch machen (von Roger Ingold, Oberwil-Lieli, ich empfehle ihn); man rechnete ja nicht damit, dass in 8053, das 604 Meter über Meer beziehungsweise zirka 150 Meter über dem See liegt, Schnee fallen würde.

Ein Garten ist das, sagen wir, It-Charakteristikum, wenn es um *social pull* bei privaten Einladungen geht («it» wie «es», dieses schwer zu beschreibende «es», das man haben muss; *social pull* = die Kraft, Leute an einen Anlass zu holen). Denn feines Essen, von der richtigen Catering-Firma oder einem zu diesem Zweck angestellten Koch, sowie guten Wein gibt es bei jedem. Und (mehr oder weniger wichtige, also teure) Kunst dito. Aber einen Garten zu haben, in dem man Besucher entertainen kann (oder, falls man im Haus sitzen muss wegen der Kälte, den man zeigen kann wenigstens), bedeutet, dass man genug Geld hat, nicht jeden Quadratmeter bebaubares Land nutzen zu müssen. Zudem sei ein Garten «das Allergrösste», die damit zusammenhängende Arbeit «cool», schrieb zum Beispiel Ulf Poschardt, der früher in dieser Zeitschrift, auf der meiner Spalte gegenüberliegenden Seite, Autos beschrieb und Chef von *Vanity Fair* (deutsche Ausgabe) war.

Es gibt auch, natürlich, sogenannte It-Gärtner. In Zürich zum Beispiel ist das Enzo Enea. Mit ihm verbindet mich so etwas wie eine *working relation* (ich schreibe gelegentlich über ihn). Zudem ist sein Geschäftsmodell ein ähnliches wie meines: Die Nähe zu bekannten oder berühmten Leuten, deren Gärten er baute und baut, machte ihn selber irgendwie zu einer bekannten Person. Ich fragte ihn, nebenbei, als ich noch keinen Garten hatte, sondern nur einen Balkon, Verzeihung, eine Loggia, wie viel es kosten würde, falls er respektive Mitarbeiter von ihm, diese gestalten, also Pflanzen daraufstellen würden? (Für einen hohen fünf-, vielleicht niedrigen sechsstelligen Betrag könne eine Lösung gefunden werden, sagte er.) Das erinnert an die Zeile von Rudolf «Ruedi» Hunsperger aus Habstetten, dreimal Schwingerkönig und dann Autohändler bei Bern (mit dem ich nicht bekannt bin), der sagte: «We du ä Fründ bisch, zahlsch echli meh.»

Der Präsident eines SMI-Unternehmens, mit dem ich bekannt bin, rechnete aus, der Unterhalt seines Gartens koste zirka gleich viel, wie er als Student für den Unterhalt seines Lebens ausgegeben habe. Mit anderen Worten, recht wenig (jedenfalls im Vergleich mit Kosten, die man sonst hat als Mann um Mitte vierzig und mit Erfolg...). Was ich sagen will: Man gibt gerne Geld aus für seinen Garten, auch weil der einem etwas zurückgibt sozusagen.

Jetzt zwei Abschnitte, die möglicherweise auf die Nerven fallen. Bei Air Berlin bekam man als Journalist Flugreisen 25 Prozent günstiger (falls freie Plätze vorhanden; kein Rabatt auf Gebühren, Abgaben et cetera). Aber nur, wenn man nicht geschäftlich unterwegs war (keine verdeckte Zahlung an Verlage), sondern privat reiste (verdeckte Zahlung an Meinungsbilder somit). Seit kurzem gibt es Rabatte nicht mehr, ebenso wenig wie die Journalisten-Buchungsstelle, mit der MvH die längste Zeit zu tun gehabt hatte (und wo noch Anfragen von ihm liegen, unerledigt, für Flüge nach IBZ). Ein Call-Center-Mitarbeiter: «Weshalb sollten wir Sie informieren?» (Er hat, im Grunde, recht – man sollte nie zu viel Bereitschaft zu dienen erwarten von deutschen Unternehmen.)

Zum Schluss retour nach Zürich. In der «Atelier»-Bar, die Ihr Kolumnist gut findet sowie empfiehlt, bekommt man Nespresso-«Grand Cru»-Kaffee, wenn man Espresso bestellt. Darf man das (nicht über die Betreiber – Nicolas Maeder, Patrik Bruderer, Dieter Meier –, mit denen ich bekannt bin, streng urteilen in der Zeitung, meine ich, sondern Nespresso aufstellen, in der *branded Tasse*)? Ich finde, nur zum Sagen, Nespresso sei ein starkes Produkt (für Büro und Haushalt vor allem). Doch in Gastronomie-Premium-Betrieben sollten Unternehmer, in meinen Augen, den Extra-Kilometer gehen und einen *hard to get*-Espresso haben.

Gesellschaft

Fellpflege

Von Beatrice Schlag — Frauen kochen nicht mehr. Keine Folge der Emanzipation. Im Gegenteil.

Hin und wieder klagen Männer, dass ihre Frauen lausige Köchinnen seien. Stimmt vermutlich. Die weibliche Lust auf Kreativität am Herd ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. Dafür



gibt es naheliegende Gründe wie etwa den Anstieg weiblicher Berufstätigkeit, preisgünstige Fertiggerichte oder Mikrowellenherde. Den wichtigsten Grund allerdings nannte ein Sexualwissenschaftler. «Meine Mutter», schrieb er, «sagte wie viele Frauen ihrer Generation, Liebe gehe durch den Magen. Sie zielte dabei leider mindestens 15 Zentimeter zu hoch.»

Irgendwann müssen die Frauen gemerkt haben, dass ihre Mütter sich irrten. Der Körperteil, durch den männliche Liebe vorrangig gelenkt wird, sitzt tiefer. Also verlagerten sie ihre Aufmerksamkeit vom Herd ins Bad und widmeten sich vermehrt der eigenen Fellpflege. Da diese meist stattfindet, wenn der Mann nicht dabei ist, und Frauen auch nicht gern darüber reden, haben die meisten Männer keine Ahnung, dass zum Beispiel ein Risotto mit Meeresfrüchten nur halb so viel Aufwand benötigt wie ein Gesichts-Peeling mit paralleler Nagelpflege und anschliessendem Zupfen der Augenbrauen.

Es geht nicht um Luxusgeschöpfe, die den Tag vor dem Spiegel verbringen. Sondern um Normen von Körperpflege, die von unseren Müttern nicht erwartet wurden. Hornhaut an den Fersen, graue Haaransätze, Flaum im Gesicht? Hat man, darf man aber nicht haben. Oder nehmen wir das schmerzhafteste Stichwort Schamhaarfrisur. Erst waren es vor allem erotisch kühne Frauen, die sich da gestalterisch vorwagten. Die anderen begnügten sich damit, zu entfernen, was sich unten rechts und links aus dem Bikini kräuselte. Das ist lange vorbei. Frauen tragen inzwischen zwei Frisuren. Wer Zweifel hat, war schon lange nicht mehr in einer gemischten Sauna. Egal, wie weh das Ausreissen mit dem heissen Wachs tut – und glauben Sie mir, liebe Leser, Sie würden schreien –, es muss heute sein. Die Liste ist weitaus länger, hat aber in dieser Kolumne keinen Platz. Nur so viel: Kochen war deutlich weniger anstrengend.

Die Grazie des Dicken

Von Peter Rüedi



Ich bin ja ein Liebhaber des Sangiovese, des Weins aus der eingeborenen Traube der Toskana. Sie ist, darüber hinaus, die meistangebauteste Sorte Italiens, womit schon gesagt ist, dass sie auf vielen Ebenen funktioniert, zu ebener Erde und im ersten Stock. Ganz oben wird daraus Traumhaftes wie der legendäre Cepparello von Isole e Olena, oder die grossen Weine der Appellation Brunello di Montalcino. Dort ist die Traube als einzige erlaubt, was eben vor drei Jahren Grund für den sogenannten Brunello-Skandal war. Dass ein paar Produzenten ein paar Prozente Merlot beimischten, wollte mir allerdings eher als Kavaliersdelikt erscheinen, verglichen mit den frankensteinischen Manipulationen, die gelegentlich im untersten Preissegment ruchbar werden: Billigweine tatsächlich aus Teufels Küche.

Ich meine nur: So sehr ich sauber vinifizierten Sangiovese bewundere, so wenig bin ich ein Anhänger von Reinheitsgeboten (einmal abgesehen vom bayerischen Bier). Beim nicht weniger prestigösen *Vino Nobile di Montepulciano* sind zwar zusätzlich ein paar weisse Sorten in geringer Menge erlaubt, aber der Königsmacher ist der Sangiovese, hier genannt *Prugnolo gentile*. Auch Rudi Bindella, der Zürcher Gastronomie-Unternehmer und Weinhändler (auf der Liste der grössten Importeure nach der *Schweizerischen Weinzeitung* immerhin auf Platz 14), macht auf seinem eigenen Gut in Montepulciano einen grossen *Nobile* namens «I Quadri». Im Sinn des programmatischen Lobes des Vermischten sei hier aber für einmal seine majestätische Cuvée gepriesen. Sie heisst wie das Weingut «Vallocaia» und ist aus Sangiovese, Syrah und Cabernet Sauvignon gebaut mit Umsicht und Eleganz. Vom Syrah die Frucht, vom Cabernet das Fleisch, vom Sangiovese die Würze. So etwa. Filigrane Fülle. Bei der kommt mir Brechts Preisgesang auf den Körperbau von Charles Laughton in den Sinn: «Sie alle verschleppen ihre Bäuche / Als wäre es Raubgut, als würde gefahndet danach / Aber der grosse Laughton trug ihn vor wie ein Gedicht / Zu seiner Erbauung und niemandes Ungemach.» Zu unserem Vergnügen, im Falle des «Vallocaia».

Bindella: Vallocaia Toscana 2007. 15%. Fr. 37.50
www.bindellaweine.ch

Es duftet nach Sommer

Von Jürg Zbinden

1 — Jeden Monat kommen neue Düfte auf den Markt, in Form von Parfum, Eau de Parfum, Eau de Toilette oder als Eau de Cologne. Noch mehr Düfte werden indes zurückgezogen infolge erdrückender Konkurrenz. Selbst professionelle Marktbeobachter laufen Gefahr, die Übersicht zu verlieren angesichts der Fülle von Neulancierungen und Reeditionen. Eine Orientierungshilfe bietet das Standardwerk «Perfumes – the A-Z Guide» von Luca Turin und Tania Sanchez (Penguin Books). Die Neuerscheinung «Ode», eine englischsprachige Publikation, würdigt das Parfum als Kulturgut. 33 unterschiedliche Menschen, u. a. Designer, Galeristen, Tänzer, Köche, Kunsthändler, Models, Konditoren und Musiker, wurden gebeten, ein Bild sowie einen Kurztext zu ihren Erinnerungen oder Inspirationen einzusenden. Das ebenso lesenswerte wie sehenswerte Magazin, mit zwei Originaltexten in Deutsch, ist ab April weltweit in ausgewählten Buchhandlungen erhältlich sowie online unter www.ode-publication.com zu bestellen.

2 — Der Duft einer einzigartigen Insel – «Arancia di Capri» – feiert die Harmonie des italienischen Mittelmeers. Wie sämtliche «Blu Mediterraneo»-Düfte von *Acqua di Parma* bleibt er auf der Haut und im Gedächtnis haften als sonniger und beruhigender Duft, mit Noten von Orange, Zitrone und Mandarine, einem Hauch Karamell und lustvollem Moschus. Der kostbare Flakon aus reinstem Glas, in tiefblauen Farbtönen, erinnert an das Meer, das mit Lichtreflexen und Transparenz spielt. 150 ml kosten um Fr. 170.–, 75 ml Fr. 110.–.

3 — In einem Flakon aus speziell behandeltem Glas mit Spiegel- und Transparenzeffekt wie bei einer Skibrille und einem Verschluss mit Grip-Effekt verströmt «L'Eau d'Issey pour Homme Sport» einen Hauch erfrischender, belebender Gebirgsluft. Das Eau de Toilette zu 50 ml kostet Fr. 79.–, 100 ml kosten Fr. 111.–.

4 — François Demachy, Parfumeur-Créateur bei Dior, ergänzte die klassische Dior-Komposition mit einem Hauch Iris aus der Toskana. Hinzu kommen sizilianische Limone und würziger Ingwer aus Tansania. Das Eau de Toilette «Dior Homme Sport» – Dior-Ambassador ist der englische Schauspieler Jude Law – kostet Fr. 89.50 für 50 ml, 100 ml kosten Fr. 122.50.



1



2



3



4

Der Preis der Überwachung

Von *Andreas Thiel* — Was macht eigentlich der Preisüberwacher? Regt er an, darüber nachzudenken, wofür die Präventionsabteilung des Bundes nicht zu sensibilisieren vermochte?

Preisüberwacher: Darf ich bitte mal in Ihren Warenkorb schauen?

Konsument: Wer sind Sie denn?

Preisüberwacher: Ich bin Preisüberwacher und muss prüfen, ob Sie nicht zu viel bezahlt haben.

Konsument: Warum überprüfen Sie die Preise nicht vor der Kasse?

Preisüberwacher: Weil ich nicht vom Warenhaus angestellt bin.

Konsument: Sind Sie von der Konkurrenz?

Preisüberwacher: Nein, vom Staat.

Konsument: Was geht es den Staat an, was ich eingekauft habe?

Preisüberwacher: Der Staat möchte auf keinen Fall, dass Sie zu teure Sachen eingekauft haben.

Konsument: Natürlich habe ich keine zu teuren Sachen gekauft. Ich bin ja nicht blöd.

Preisüberwacher: Da sind wir vom Staat allerdings anderer ...

Konsument: Aha, Ihre Sorge ist also nicht, dass ein Anbieter seine Ware zu teuer verkaufen könnte. Sie befürchten lediglich, dass ich als Konsument zu dumm bin, dies zu merken.

Preisüberwacher: Der Verstand ist leider sehr ungleich auf die Konsumenten verteilt.

Konsument: Aber bei der Staatsverwaltung soll er besonders weit verbreitet sein, habe ich gehört.

Preisüberwacher: Ehrlich?

Konsument: Ja.

Preisüberwacher: Wer hat das gesagt?

Konsument: Ein Komiker.

Preisüberwacher: Es ist die Aufgabe des Bürgers, für das Wohl der Verwaltung ... Entschuldigen Sie ... Es ist das Wohl der Verwaltung, für die Aufgaben des Bürgers ... Nein, Moment, jetzt hab ich's ...

Konsument: Sagen Sie mal, wenn Sie jetzt finden, ich hätte für irgendetwas zu viel bezahlt, kriege ich dann mein Geld zurück?

Preisüberwacher: Äh ... Nein.

Konsument: Wieso nicht?

Preisüberwacher: Der Staat überwacht nur.

Konsument: Gut, dann auf Wiedersehen!

Preisüberwacher: Halt, Moment, ich kriege von Ihnen noch fünfzig Franken.

Konsument: Wofür?

Preisüberwacher: Für die Preisüberwachung.

Konsument: Die kostet?

Preisüberwacher: Es ist eine Dienstleistung.

Konsument: Eine weitere gebührenpflichtige Zwangsdienstleistung des Staates?

Preisüberwacher: Die Überwachung muss doch irgendwie finanziert werden.

Konsument: Wieso?

Preisüberwacher: Ich muss doch auch von etwas leben.

Konsument: Warum lassen Sie sich nicht vom Händler bezahlen?

Preisüberwacher: Der würde die Kosten auf die Preise der Waren schlagen, womit für den Konsumenten wieder alles teurer würde.

Konsument: Die Preisüberwachung verteuert die Produkte?

Preisüberwacher: Die Überwachung würde alles verteuern, wenn wir sie den Anbietern verrechnen würden. Aber das wollen wir nicht. Aus Gründen der Kostentransparenz erheben wir deshalb die Gebühren für die Preisüberwachung direkt beim Konsumenten.

Konsument: Und wer überwacht den Preis der Preisüberwachung?

Preisüberwacher: Unsere Überwachung lassen wir periodisch von externen Prüfungsstellen überprüfen.

Konsument: Wissen Sie, wenn mir etwas zu teuer ist, dann kaufe ich es einfach nicht. Und wenn mir eine Bahngebühr zu hoch erscheint, dann nehme ich eben

nicht die Bahn. Ihr Job scheint mir eher in ein sozialistisches Weltbild zu passen.

Preisüberwacher: Was hat das mit Sozialismus zu tun?

Konsument: Das mit der Überwachung hat irgendetwas Gewerkschaftliches: bei der Arbeit mitreden, ohne mitzuarbeiten. Aber in einem freien, marktwirtschaftlichen System sind Sie doch völlig überflüssig.

Preisüberwacher: Ich bin aber auch ein Arbeitsloser weniger in der Statistik.

Konsument: Und zu welchem Preis?

Preisüberwacher: Ich werde diesbezüglich sofort ein externes Gutachten in Auftrag geben.

Konsument: Und was bringt mir das als Konsument?

Preisüberwacher: Kostentransparenz.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



15.90

Coop Naturaplan
Bio-Valpolicella DOC
Ripasso Monte Tabor, 75 cl

Coop verkauft keinen Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren. Erhältlich in grösseren Coop Supermärkten und unter www.coopathome.ch

Für intensiven Weingenuss.

Ein heller, rubinroter Wein, der die Nase mit sehr aromatischen Noten von Himbeermarmelade, roten Kirschen, Brombeeren, Zimt und Datteln überzeugt. Am Gaumen präsentiert er sich füllig und weich mit geschmeidigem Tannin und saftiger Frucht. Ein wuchtiger Ripasso mit intensiver Aromenfülle und langem Abgang, der besonders gut zu kräftigen Gerichten wie Polenta mit Pilzen oder Reiseintopf passt.

Für jeden Anlass den passenden Wein.



Für mich und dich.

**Unbestechlich
unabhängig**

Die Weltwoche deckt Missstände auf.

Und trägt dazu bei, dass in der Schweiz Probleme gelöst werden:

1. **Fall Zuppiger:** Die Weltwoche deckte auf, dass der SVP-Bundesratskandidat Bruno Zuppiger eine fremde Erbschaft für sich abzweigen wollte. Zuppiger musste seine Kandidatur zurückziehen. Aufgrund der Weltwoche-Recherchen blieb der Schweiz ein Bundesrat erspart, der in einen Fall von Erbschleicherei und mittlerweile auch in ein Strafverfahren verwickelt ist.
2. **Fall Hildebrand:** Die Weltwoche deckte als einzige Zeitung auf, dass der Präsident der Schweizerischen Nationalbank auf seinem Privatkonto mit Aktien und Fremdwährungen in Millionenhöhe spekulierte. Er verstrickte sich in einen unauflösbaren und für die Schweiz gefährlichen Interessenkonflikt. Ein Notenbankpräsident kann keine unabhängige Währungspolitik betreiben, wenn er als Privatmann selber mit Währungen spekuliert. Dank Weltwoche-Recherchen wurde der Interessenkonflikt beseitigt und die Reglemente und Kontrollen verschärft.
3. **Fall Stocker:** Die Weltwoche deckte in zahlreichen Artikeln Missstände im Zürcher Sozialamt auf, die zum Rücktritt der Amtsvorsteherin Monika Stocker (Grüne) führten. Die Recherchen bewirkten Reformen und Verbesserungen im Zürcher Sozialwesen.
4. **Fall Holenweger:** Die Weltwoche deckte die fragwürdigen Methoden der Bundesanwaltschaft gegen den Zürcher Privatbankier Oskar Holenweger auf. Holenweger wurde freigesprochen. Mehrere Bundesanwälte mussten zurücktreten. Die Berichte lösten heilsame Veränderungen und eine Verbesserung der institutionellen Kontrollen aus.

Die Weltwoche wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Mächtigen im Staat kontrolliert und Missstände in der Politik ungeachtet der Person und der Partei aufgedeckt werden.

Überzeugen Sie sich selbst: Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à **10 Ausgaben für nur Fr. 40.–**.
Telefon: 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch oder unter www.weltwoche.ch/abo.



Auto

Die Entspannungsmassnahme

Moderne Technik macht aus verteufelten Offroadern saubere Boten der Gemütlichkeit: wie im Mercedes ML. *Von David Schnapp*

Die Begeisterung der Kollegen war gross: «Ein neuer Star, made in USA» (*Tages-Anzeiger*) oder «Der Universal-Mercedes fährt der Konkurrenz auf und davon» (*Schweizer Illustrierte*) hiess es 1997, als Mercedes sein erstes SUV lancierte, ein Auto, mit dem man ebenso über Stock und Stein klettern konnte, wie man damit auch elegant vor der Oper vorfuhr. Das Konzept war ein beeindruckender Erfolg, auch wenn der Zeitgeist es nicht immer so sah. Zehn Jahre später hiess es plötzlich: «Grounding der Offroadern» (*Sonntagszeitung*) oder «Die dicken Verlierer» (*Automobil-Revue*). Der Grund

für die Negativschlagzeilen waren rückläufige Verkäufe im Zuge der polemischen Offroadern-Initiative, die ein breites Angebot von Autos verbieten wollte. Allein: Die Beliebtheit von Fahrzeugen, die Vierradantrieb haben und dank mehr Bodenfreiheit eine bessere Übersicht auf die Strasse bieten, ist ungebrochen. 2011 hatten gemäss Auto Schweiz 4x4-Fahrzeuge einen Marktanteil von 28,7 Prozent, wobei da natürlich nicht nur SUVs dabei sind.

Grösse, dynamisch

Man lernt daraus, dass dem Zeitgeist zu misstrauen ist. Heute gibt es tatsächlich wenig, was gegen einen modernen Offroadern wie den Mercedes ML 350 spricht. Mein Testwagen mit Sechszylinder-Dieselmotor, Abgasreinigung (Bluetec), Start-Stopp-Automatik und einem Normverbrauch von 7,4 Litern ist ein Wunder der Technik. Mercedes nennt ihn «Effizienz-Champion unter den SUVs», die dritte Generation des ML verbrauche 25 Prozent weniger Treibstoff als die Vorgängerversionen, und die Abgaswerte erfüllen schon heute die EU-6-Norm, die erst für 2014 geplant ist.

Die Designer haben das Beste aus der Aufgabe gemacht, ein relativ grosses Fahrzeug relativ kompakt und dynamisch erscheinen zu lassen. In sehr schönem «Citrusbraun metallic» sah der Testwagen edel aus, und innen sorgten braune Eschenhölzer und schwarzes Leder für elegante Gemütlichkeit. Dieser ML wurde als Entspannungsmassnahme gebaut. Die Luftfederung «Airmatic» wiegt die Insassen über die Autobahn, so dass meine erwachsenen Geschwister, die eines Abends nach Hause gefahren wurden, alle selig einschliefen. Für die Entspannung des Fahrers sorgen ausserdem ein Abstandsradar, eine hervorragende Parkhilfe sowie diverse Sicherheitsassistenten. Lediglich das Soundsystem von Harman/Kardon, das man aus der kilometerlangen Aufpreisliste für 1194 Franken aussuchen kann, vermag verwöhnte Ohren nicht ganz zu überzeugen.

Jetzt zur anderen Seite des Mercedes ML: Mit einem Dreh könnte man den Wagen auf ein Allrad-Fahrprogramm umschalten, entweder für leichtes Gelände, für anspruchsvollen Untergrund mit Kletterpassagen oder für Schnee und Eis. Als Freund der Gemütlichkeit sah ich von solchen Ausflügen in die Unebenheiten der Welt ab, klappte stattdessen die Rückbank ab und lud einen Apfelbaum und ein paar Dutzend Kilogramm Erde in den riesigen Gepäckraum. So weit ist es mit den Offroadern gekommen.

Mercedes-Benz ML 350 Bluetec 4Matic

Leistung: 258 PS, Hubraum: 2987 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 224 km/h

Preis: Fr. 73 981.–

Testwagen: 118 435.–



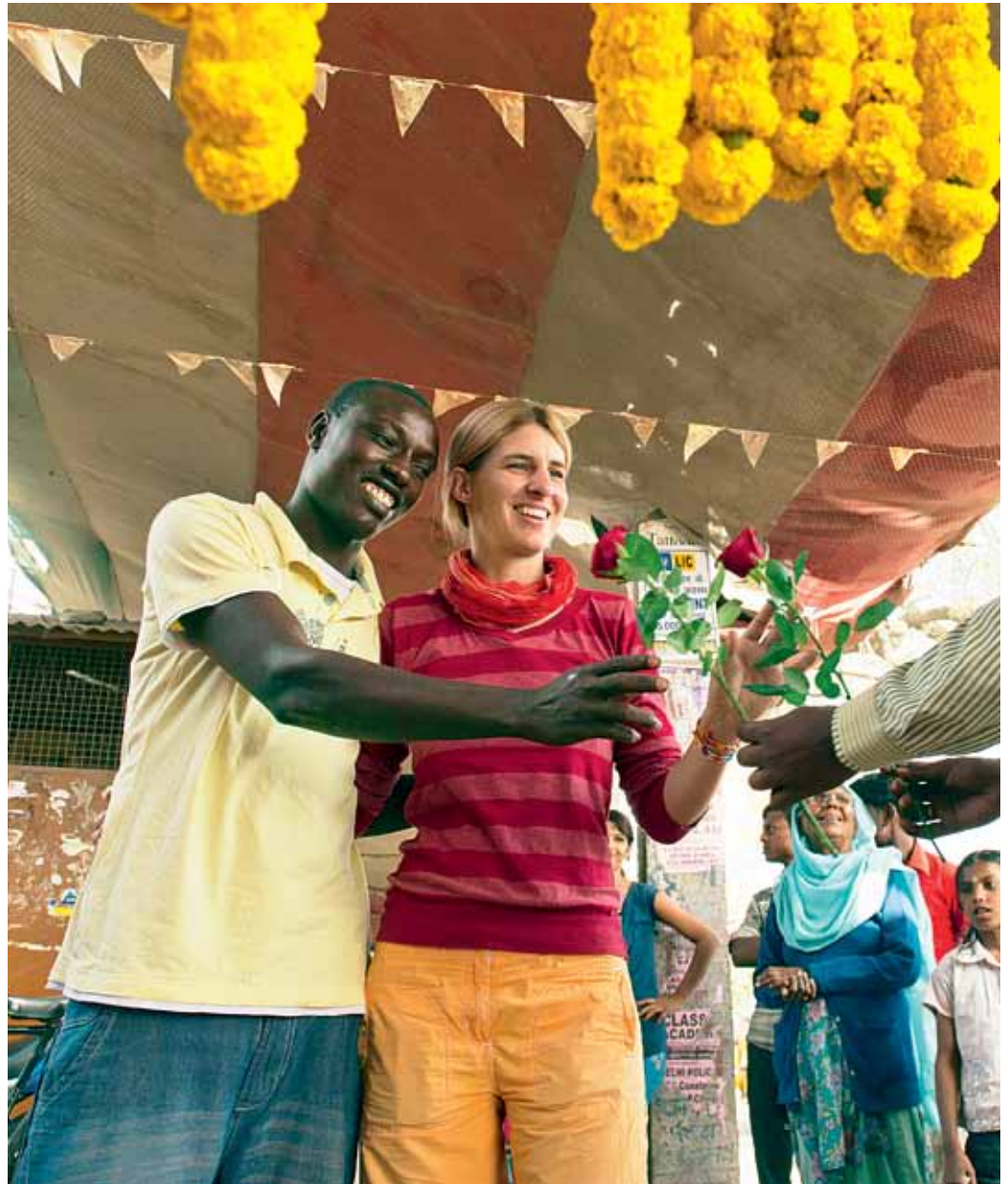
Ideale Kombination

Die Bekleidungstechnikerin Nicole Gyurkovits, 32, und der ehemalige Strassenjunge Juma Mtawa, 32, sind seit sieben Jahren verheiratet. Reicher Kindersegen ist bei ihnen mit oder ohne Nachwuchs möglich.

Nicole: Am Anfang versuchte ich meine Gefühle zu kontrollieren, aber Juma zeigte mir, dass die Liebe ihren eigenen Weg geht. Die Heirat in Tansania könnte man als «Katastrophe mit Happy End» beschreiben. Wir mussten heimlich heiraten, um keine Neider anzulocken, denn Jumas sogenannte Freunde von der Strasse gönnten ihm sein neues Glück nicht. Am Abend vor der Trauung hatte er eine Krise. Die Vorstellung einer solchen Verbindung war für ihn extremer als für mich. Vor lauter Anspannung konnte er sich nicht einmal auf unsere Hochzeit freuen, und so weinte ich mich in den Schlaf. Am nächsten Morgen fragte mich Juma zweifelnd: «Sollen wir jetzt wirklich zum Standesamt gehen?» Romantik sieht anders aus, aber wir zottelten in unseren Flip-Flops los, und die ganze Affäre wäre erneut beinahe geplatzt, weil wir keine Trauzeugen organisiert hatten.

Juma: Der Gipfel war für meine Frau die Frage der Standesbeamtin, welche Art von Ehe wir führen möchten. Nicole, die mit dieser Frage nichts anfangen konnte, bekam wortlos einen Zettel ausgehändigt. Dort war von drei Ausrichtungen die Rede: «Monogamie, Polygamie, potenzielle Polygamie». In Tansania ist die Vielehe erlaubt, aber wir kreuzten glücklicherweise beide das Feld «Monogamie» an.

Nicole: Von einer ewigen Liebe gingen wir zu diesem Zeitpunkt beide nicht aus, eher von einer Liebe, die so stark ist, dass man einander auch wieder loslassen kann, wenn sich neue Ziele eröffnen. Aufgrund seiner verlorenen Kindheit dauerte es zudem lange, bis sich Juma als erwachsenen Mann wahrnahm, und der Umstand, verheiratet zu sein, überforderte ihn anfänglich. Jetzt – sieben Jahre später – gehen wir aber tatsächlich als «Mann und Frau» durchs Leben. Doch meine Bestimmung, Menschen in bitterster Not zu helfen, blieb auch nach der Eheschliessung mein wichtigstes Anliegen. In Indien stellte ich im vergangenen Jahr mit Hilfe meines Vereins ein Kinderpflegeheim auf die Beine. Wir versorgen schwerkranke und mehrfachbehinderte Kin-



«Wir kreuzten glücklicherweise beide das Feld «Monogamie» an»: Ehepaar Mtawa-Gyurkovits.

der. Wenn man einmal erlebt hat, wie ein völlig verwahtes, todkrankes Kind wieder zu Kräften kommt und Lebensmut schöpft, weiss man, was Sinn und Erfüllung bedeuten. Auch Juma fand beides, denn niemand versteht die verletzten Seelen dieser kleinen Wesen besser als mein Mann. Die Kinder lieben ihn, gleichzeitig ist er heute eine grosse Hilfe bei der Bewältigung der täglich anfallenden Arbeiten.

Juma: Seit ich Nicole kenne, weiss ich, dass sich das Leben jederzeit zum Positiven ändern kann, dass man aber auch hart daran arbeiten muss. Sie hat mir das Leben in anderen Ländern gezeigt, und so erfuhr ich, dass es überall Gutes und Schlechtes gibt. Nicht alles in Afrika ist schlecht, und nicht alles in Europa ist gut. Auch die immense Armut in Indien hat meinen Blick verändert, in dem Sinn, dass ich anderen Menschen heute etwas zurückgeben möchte. Ich finde es toll, wie meine Frau alles plant und organisiert, so dass es am Ende auch tatsächlich klappt. Ich schätze ihre guten Rat-

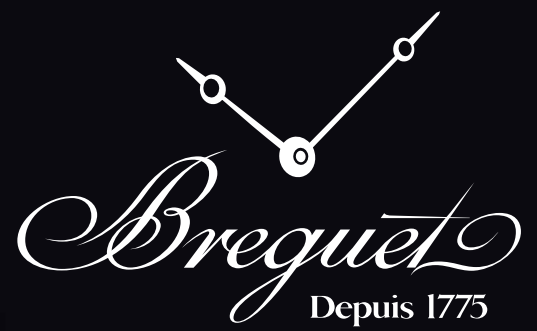

schläge, die mir schon oft im Leben weitergeholfen haben. Mittlerweile rauche ich nicht mehr, finde mit ihrer Hilfe immer Arbeit und weiss jetzt besser, wie ich mit meinem Geld umgehen kann. Ich habe eine starke Frau wie Nicole gebraucht, um gemeinsam mit ihr mein Lebensglück zu finden. Bald wollen wir wieder mehr Zeit in Tansania verbringen und auch dort ein Kinderdorf für schwerkranke und mehrfachbehinderte Kinder aufbauen.

Nicole: Angesichts unserer Arbeit ist der reiche Kindersegen gegeben, aber wir möchten auch gerne eine eigene Familie gründen. Aufgrund unserer Erfahrungen sagen wir heute: Es kann keine schlechte Entscheidung sein, sich auch in Zukunft vom Schicksal treiben zu lassen.

Nicole Mtawa: Sternendiebe. Knauer. 271 S., Fr. 13.50

www.humandreams.org

Protokoll: Franziska K. Müller



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Die Kunst und der Stil von Breguet, 1775

Als Erneuerer der traditionellen Uhrenästhetik Ende des 18. Jahrhunderts ersetzte Breguet deren Schnörkel durch ein zeitlos-puristisches Design. Heute findet sich dieser klassische Breguet Stil mit seinen typischen Merkmalen im Modell Classique 5157 wieder: ein elegant verfeinertes Profil, das kannelierte Gehäuse, Breguetzeiger und ein fein von Hand guillochiertes goldenes Zifferblatt. Wir schreiben die Geschichte fort...

